

Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Abonnementspreis für einen Monat einschließlich Bringerlohn 6.— Mk., bei Selbstabholung 5.50 Mk. Durch die Post bezogen vierteljährlich 18.— Mk., für einen Monat 6.— Mk., Bestellgeld vierteljährlich 90 Pfg., monatlich 30 Pfg. Preis der Einzelnummer 30 Pfg. — Tel. 4598. — **Postcheckkonto** Nr. 53477

Redaktion: Leipzig, Tauchaer Str. 19/21
Telegramm-Adresse: Volkszeitung Leipzig
Telephon 18603. — **Verlag in Leipzig,** Tauchaer Straße 19/21 — **Telephon** 4598

Inseratenpreise: Die 7 gespaltene Kolonelspalte oder deren Raum 1.80 Mk., bei Platzvorkauf 2.30 Mk.; Familiennachrichten, die 7 gespaltene Zeile 1.70 Mk.; Reklame-Kolonelspalte 7.50 Mk. — **Telephon** für die Inseraten-Abteilung 2721
Schluß der Inseraten-Aufnahme für die künftige Nummer vormittags 9 Uhr

Die Leipziger Volkszeitung erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Bestellungen nehmen die Austräger, Zweiggeschäfte und alle Postanstalten entgegen.

Manifest der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei Deutschlands an das deutsche Proletariat!

Die Entscheidung ist gefallen! Ein Teil der Delegierten zu dem vom Zentralkomitee der USPD. einberufenen Parteitag hat seinen Austritt aus der Partei vollzogen und ist in das kommunistische Lager übergegangen.

Die revolutionäre Arbeiterbewegung ist durch diese Spaltung für den Augenblick geschwächt worden. Statt Zusammenfassung aller Kräfte im Kampf für die Eroberung der Macht und für die Verwirklichung des Sozialismus haben die Kommunisten unter dem Druck von außen die revolutionäre Massenpartei des deutschen Proletariats zerlegt und ihre Kraft zerstückelt.

Die USPD. hat stets unerschütterlich und unter großen Opfern den Kampf für die Grundzüge des revolutionären internationalen Sozialismus geführt.

Sie ist entstanden im Kampfe gegen die Preisgabe der sozialistischen Prinzipien durch die Reformsozialisten und sie hat schon während des Krieges in Zimmerwald und Kienthal für eine Internationale der revolutionären Tat zur Beendigung des imperialistischen Krieges und zur Niederwerfung des Kapitalismus gewirkt.

Während der Revolution setzte sich die Partei ein für die Diktatur des Proletariats bis zur endgültigen Sicherung der proletarischen Herrschaft und der Befreiung aller politischen und ökonomischen Machtpositionen der Bourgeoisie.

Die Politik der USPD. wurde vereitelt durch die Rechtssozialisten.

Sie hielten an der Koalition mit dem Bürgertum fest, politisch, indem sie ihnen die Ministerien überließen, die sofortige Einberufung der Nationalversammlung forderten und der Ablösung der proletarischen Diktatur durch den bürgerlichen Parlamentarismus die Wege ebneten, ökonomisch, indem sie an Stelle der sofortigen Verwirklichung des Sozialismus in den entscheidenden Wirtschaftszweigen die Politik der Arbeitsgemeinschaft mit dem kapitalistischen Unternehmertum fortsetzten.

Auf der anderen Seite haben die Kommunisten in dieser Entwicklungszeit die gemeinsamen Aktionen des revolutionären Proletariats aus Eigenjüchtelei durch die slavische Nachahmung russischer Methoden durchkreuzt und geschwächt. Die USPD. hat solchen sinnlosen Ausschereien, hat konfuse halbsozialistische und antiparlamentarischen Parolen stets ihre Politik der Sammlung aller Energien der Arbeiterklasse zum Kampf für die Eroberung der politischen Macht entgegengehalten. Es fällt von dem Bewußtsein, daß die Krise des Kapitalismus von der Arbeiterklasse zum revolutionären Kampf sich ausgenutzt werden muß, aber auch im Besitz der marxistischen Einsicht in die ökonomischen Bedingungen zum Kampfe, vertrat sie in jeder Phase der revolutionären Entwicklung das Gesamtinteresse der Bewegung gegenüber der rechtssozialistischen Kompromisspolitik wie gegenüber der kommunistischen Revolutionsmache.

In diesem Kampfe wurde die USPD. zur revolutionären Massenpartei. Die Hoffnung war begründet, unter ihrer Fahne das gesamte Proletariat zu sammeln, zu einigen und es so bereit zu machen für den Entscheidungskampf gegen den Kapitalismus.

In diesem Augenblick wurde die Partei überfallen! Die russischen Kommunisten fordern zu ihrer Unterstützung die sofortige Entlassung des Bürgerkriegs und der Revolution in allen Ländern, ohne Rücksicht auf die Verschiedenheit der ökonomischen und politischen Voraussetzungen für das Proletariat und ohne Rücksicht auf die Folgen. Die deutschen Kommunisten sind infolge ihrer Politik eine einflusslose Sekte geblieben, so schwach, um als revolutionärer Sturmtropp

gebraucht zu werden. Deshalb sollten die Massen der USPD. unter die kommunistische Diktatur kommen. Damit aber diese Diktatur widerstandslos angelehrt werden könne, mußte die USPD. gespalten werden. Alle, die den kommunistischen Wahn erkannt hatten, die russischen Methoden auf Deutschland uneingeschränkt zu übertragen, mußten ferngehalten werden. Daher die Bedingungen und Thesen der Moskauer Internationale, die die Spaltung der Arbeiterparteien fordern, um über den verbleibenden Rest uneingeschränkt herrschen zu können.

Die USPD. hätte mit der Annahme der 21 Bedingungen nicht nur ihr Wesen geopfert, sondern auch die Zukunft der revolutionären Arbeiterbewegung in Deutschland.

Diese wäre rettungslos ausgeliefert worden den Bedürfnissen der russischen kommunistischen Partei. Die deutsche Arbeiterbewegung wäre das Objekt einer Hazardpolitik geworden, auf die sie keinen selbständigen Einfluß mehr gehabt hätte.

Das durfte nicht geschehen und das wird nicht geschehen! Die USPD. bleibt bestehen als die deutsche revolutionäre sozialistische Partei! Sie muß bestehen bleiben, weil nur sie imstande ist, die Aufgaben zu lösen, die die revolutionäre Situation der Arbeiterklasse stellt. Wir halten fest an unserm Leipziger Aktionsprogramm. Wir erstreben mit allen Mitteln die Eroberung der politischen Macht und ihre Behauptung durch die Diktatur des Proletariats. Wir führen den Kampf weiter gegen die rechtssozialistische Politik des Reformismus, der Koalition mit den bürgerlichen Parteien und den Arbeitsgemeinschaften mit dem Unternehmertum.

Wir lehnen es aber ab, die Arbeiterklasse mit täglich wechselnden Parolen in neue Tümpel hineinzuziehen und durch Täuschung über die wirklichen Machtverhältnisse unerlösbare Illusionen zu wecken. Das Proletariat wird in Deutschland einen harten und schweren Kampf gegen einen gut gerüsteten, gut organisierten und festen Gegner, der ihm einig und geschlossen entgegentritt, haben.

In diesem Kampfe kann die deutsche Arbeiterklasse nur den Sieg in einem zähen Ringen erobern, wenn sie selbst einig ist.

Geht kann das Proletariat nicht werden durch Einigungsagenten, vorzeitige Schaffung politischer Arbeiterräte und durch andre Organisationsplekereien oder durch ausgefallene Parolen. Einig kann das Proletariat nur werden im revolutionären Kampfe um Ziele die aus seiner Klassenlage, aus seinem Klassenbewußtsein sich mit Notwendigkeit ergeben. Deshalb muß das Proletariat in den Kampf um konkrete Ziele, die ihm reale Massenerweiterung bringen, geführt werden. Nur in diesen Kämpfen, die mit zunehmender Energie, zunehmender Geschlossenheit und Einigkeit geführt werden müssen, werden die Massen zum Entscheidungskampfe um die Eroberung der politischen Macht gesammelt werden. Im Vordergrund dieser Kämpfe muß aber immer die Verwirklichung des Sozialismus stehen.

Deshalb fordern wir in der gegenwärtigen Situation die proletarische Massenaktion zur sofortigen Inangriffnahme der Sozialisierung in den entscheidenden Wirtschaftszweigen, insbesondere den Kampf um die sofortige Sozialisierung im Bergbau.

Wir fordern angefaßt der schweren ökonomischen Krise die

Arbeiter und Angestellten auf zum Kampfe um die Erweiterung der Rechte der Betriebsräte zur Erzielung der Produktionskontrolle.

Die wichtigste Aufgabe ist gegenwärtig der Kampf gegen die Arbeitslosigkeit. Da die Arbeitslosigkeit die untrennbare Begleiterscheinung des kapitalistischen Wirtschaftslebens ist, so ist die Verwirklichung des Sozialismus die wirksamste Hilfe für die Arbeitslosen.

Wir fordern das Verbot der Stilllegung der Betriebe, ihre Fortführung zur Herstellung von Bedarfsgegenständen des Massenkonsums.

Wir fordern zur Beseitigung der augenblicklichen Not ausreichende Arbeitsbeschäftigung für die Arbeitslosen und durchgreifende Erhöhung der Unterhaltung bis zur Garantie des Existenzminimums, das unter Mitwirkung der Gewerkschaften und Betriebsräte festzusetzen ist.

Unser Vertreter in den Gemeinden müssen eine energische kommunalistische Wohnungspolitik betreiben, insbesondere eine sozialistische Wohnungspolitik, unterstützt durch eine Sozialisierung des Baugewerbes mit der Bauhilfskassen und der Fortsetz.

Wir fordern ausreichende soziale Fürsorge, insbesondere für die Kriegsgeschädigten und Hinterbliebenen, Arbeitslosen und Altersrentner.

Die Partei ist sich bewußt, daß die Erfüllung aller dieser Forderungen des Proletariats eine dringende Aufgabe ist, die nicht durch parlamentarische Entscheidungen gelöst werden kann.

Die gesamte politische und ökonomische Macht der Arbeiterklasse muß in diesen Kämpfen zur Anwendung gelangen.

Deshalb müssen auch die ökonomischen Organisationen der Hand- und Kopfarbeiter mit revolutionärem Geist erfüllt werden. Deshalb verpflichtet die Partei ihre Vertreter in den Gewerkschaften und Betriebsräten, unablässig die Politik der Arbeitergemeinschaften zu bekämpfen. Sie lehnt alle parasitären Selbstverwaltungsober ab und erbt in einer von diesen getragenen Planwirtschaft auf kapitalistischer Grundlage eine schädliche Illusion die die Arbeiterklasse von dem Kampfe um den Sozialismus ablenkt. Gewerkschaften und Betriebsräte müssen sich vor allem als Organisationen zur Verwirklichung des Sozialismus betrachten. Die Gewerkschaften werden diese Aufgabe um so besser erfüllen, je mehr sie sich auch organisatorisch für die Kämpfe hängen. Deshalb unterstützen wir die Umwandlung der Gewerkschaften in Industrie-Organisationen und lehnen jede Zersplitterung und Spaltung der Gewerkschaften auf nationaler oder internationaler Basis mit aller Entschiedenheit ab.

Gelten ihrer bisherigen Haltung ruft die USPD. alle Arbeiter auf, sich im Kampfe um sie zu scharen!

Die Entwicklung seit dem 9. November hat den Bankrott des Rechtssozialismus befestigt. Seine Politik hat der Bourgeoisie zur Herrschaft geholfen, das Proletariat geknechtet. Die kommunistische Partei aber hat ebenfalls die Politik des wissenschaftlichen Sozialismus ausgegeben und verfiel immer mehr dem Abenteuerertum, durch russische Aktionen von Minderheiten die Revolution erzwingen zu wollen. Diese Politik führt nur zur neuen Zersplitterung und zu gefährlichen Niederlagen. Die USPD. ruft die Arbeiterklasse auf gegen den Opportunismus rechts und den Bolschismus links zur Führung einer energischen Politik, die den Kampf um konkrete Ziele der Arbeiterklasse steigert bis zur Entscheidung um den Besitz der politischen Macht.

Es lebe die Unabhängige Sozialdemokratie Deutschlands! Es lebe der internationale revolutionäre Sozialismus!

Halle, 17. Oktober 1920.
Vorführende: Crispian. Ledebour.
Zentralkomitee: Brühl, Dittmann, Künstler, Moses, Nemig, Rosenfeld, Schneider, Math, Wurm und Zieg.
Beirat: Dittmann, Donalies, Knaut, Kürbs, Lipinski, Ludwig, Sender (Toni), Simon.
Kontrollkommission: Agnes (Vore), Bock, Fuchs-Magdeburg, Güth-Kiel, Karsten-Beine, Schwarz-Mannheim, Wengels-Berlin.

Trennung und Zusammenbruch.

Unter schmerzlichen Zuständen, aber mit zusammengebißenen Zähnen, mit dem eisernen Entschluß, weiter zu leben und weiter zu kämpfen, hat die Unabhängige Sozialdemokratie, hat die revolutionäre Arbeiterpartei Deutschlands in Halle eine schwere, lebensgefährliche Operation überstanden. Frisch blutet noch die Wunde und die Schmerzen wühlen in Hirn und Herz, aber lebenskräftig, von frischem Impuls durchströmt, steht die Partei schon wieder auf dem Kampffelde. Die Unabhängige Sozialdemokratie lobt und schreibt entschlossen zu neuer Arbeit, zu neuem Kampfe mit dem festen Willen, zu bleiben was sie war; die Bannerträgerin des revolutionären Proletariats Deutschlands, das deutsche Korps in der Weltarmee der revolutionären Arbeiterklasse der Welt!

Die Tage von Halle sind für alle, denen das Geschick der deutschen Arbeiterklasse am Herzen liegt, schwarze Tage gewesen. Ein Sinowjew mag prahlend erklären, daß diese Spaltung, daß die (Neukommunistische) Partei von den „Agenten der Bourgeoisie“ reinige, die Arbeiterbewegung nicht schwäche. Wir geben uns ja solcher Verschleierung der Wahrheit nicht her. Wir halten es mit dem ehernen Wort Lassalles, daß es die Pflicht des politischen Führers ist, auszusprechen, was ist, und wie wollen es allen Arbeitern und allen Revolutionären zurufen, daß diese Spaltung in einer Zeit, da die Reaktion frecher als je ihre Anschläge gegen das Proletariat schmiedet, da die Gegenrevolution aus jedem Hecker der Arbeiterklasse neuen Mut und neuen Impuls schöpft zu ihren freischiessenden Plänen, daß diese Spaltung ein Verbrechen ist an der Arbeiterklasse. Schwere Schuld fällt auf die, die sie gewollt, die sie planmäßig herbeigeführt und durchgeführt haben. Zentnerschwere Schuld liegt auf den Schultern der Moskau- und ihrer deutschen Gefolgschaft. Vor der Geschichte werden sie dastehen als die Herolde, die die revolutionäre Massenpartei der deutschen Arbeiter zu zerstören versuchten, um ihre Parteiluppe zu fochen.

Die es verstanden! Daß es ihnen nicht gelingen wird, dafür büßt uns der erhebende Verlauf der kurzen Tagung des Sonntags. Sie war durchplagt von einer Hochstimmung, die nicht aus leichtfertiger Verurteilung der ganzen Schwere der Entscheidung entsprang, sondern aus dem festen Entschluß, einzig zusammenzustehen, einzig zu kämpfen, damit das schändliche Werk der Zerstörer nicht gelinge. Diese Hochstimmung war das Bewußtsein der guten Sache, war der Ausfluß der belebenden Kraft, die dem erwakten, gemeinsamen Treuegelübde festverbundener Kämpfer einströmt. Sie überwand die Schmerzen, die die Trennung von so manchem alten Kampfgenossen und so manchem wackeren Mitstreiter in alten und neuen Kämpfen ausgewühlt hatte. Wir wissen, es stehen auf der andern Seite nicht wenige, die uns teuer gewesen sind als gute Kameraden. Wir werden sie mit Trauer als Gegner uns gegenübersehen, aber wir haben die feste Überzeugung, daß diese Besten von drüben über kurz oder lang ihren Irrtum erkennen werden und aus dem kommunistischen Lager wieder zur Unabhängigen Sozialdemokratie zurückkehren werden. Und wir dürfen vertrauen, daß so mancher unter Klassen-genossen, dem die schwere Not der Zeit den Blick verdunkelte, den die jermürbende Sorge der Arbeitslosigkeit verzweifeln ließ an den Methoden des Kampfes, die uns nun einmal durch die deutschen Verhältnisse diktiert sind, allmählich das feste Gleichgewicht wiedergewinnen und die veräußerte Erkenntnis wiederfinden wird, daß man mit dem bloßen Willen nicht Geschichte machen kann. Wir sind der festen Zuversicht, daß die deutsche Arbeiterklasse in ihrer großen Mehrheit die Unfruchtbarkeit, die Unmöglichkeit russischer Methoden für Deutschland erkennt, oder, wenn sie es noch nicht tut, in Kürze erkennen wird. Daß wir diese Mehrheit der politisch denkenden Proletarier trotz aller demagogischen Manöver der Gegenseite, trotz aller Schimpfanreden russischer Sendboten und ihrer gelehrigen deutschen Schüler, mit denen wir auf diesem Gebiete weder konkurrieren können noch wollen, um unser Banner sammeln werden. Wir wissen wohl, daß das suchtbare Glied, in das uns der verbrecherische Krieg, der heutige gierige Imperialismus der Entente und die verpöterliche Grundlosigkeit der Rechtssozialisten gestürzt hat, der Selbstbestimmung, dem nächsten Abwärtigen der Dinge, dem scharfen Erfassen hemmender Schranken nicht günstig ist, daß es gewisslosen tabulalen Phrasen nur zu leicht fruchtbareren Boden bereitet. Aber wir wären nicht wert, Unabhängige Sozialdemokraten zu heißen, nicht würdig, kämpfende Vorhut der Arbeiterklasse zu sein, wenn wir es nicht wagen wollten, auch unangenehme Wahrheiten denen zu sagen, die von der Partei Parole und Lösungswort erwarten. Unabhängiger Sozialdemokrat sein, d. h. Marxist sein, d. h. Bekenner und Anwender der wissenschaftlichen Erkenntnis, die die Methoden von Karl Marx und Engels, die die materialistische Geschichtsauffassung uns über das Werden, über die Bedingungen und Richtung der Entwicklung einflößen. Diese wissenschaftliche Erkenntnis haben wir zu vertreten auch dann, wenn ihre Ergebnisse unpopulär sind, wenn sie der Stimmung der Massen widersprechen, und wir können es tun, wenn es nötig ist, in der sicheren Zuversicht, daß die bessere Erkenntnis uns schließlich recht geben wird.

Daß wir es dürfen, dafür gibt uns schon der Verlauf des Parteitag die sichere Gewähr. Er war ein Sieg des Marxismus, ein unbestreitbarer Triumph, gegen den die (übrigens nach der Art ihres Zustandekommens noch sehr zweifelhafte) Mehrheit der Zahl seiner Gegner nicht aufzukommen vermochte. Das Duell Sinowjew-Hilferding, der Kampf zwischen Bolschewismus und Marxismus hat mit einer eklatanten Absicht des russischen Kommunismus geendet. Seine Niederlage war so groß, so offensichtlich, daß sein Vertreter Sinowjew es vorzog, auf die vernichtende Beweisführung Hilferdings, auf die zerschmetternde Anklage Marxtows nicht zu erwidern, daß er auf das Schlusswort verzichtete. So erging es dem Meister — reden wir nicht erst von seinen deutschen Nachbarn. Wer die Gründe wägt, nicht die Worte, der weiß, wo die Stürze, wo die Einsicht, wo die sittliche Ueberlegenheit zu finden ist. Wir sagen das letztere nicht ohne Trauer, denn es schmerzt uns wahrlich, bisherige Kampfgenossen in die machiavellischen Methoden Lenins verfallen zu sehen, die alles verleugnen, was bislang unter Klassen-genossen als Gebot von Treu und Glauben galt. Und gerade diese Methode der Verhehlung der Klassen-genossen untereinander, dieser kruppellose Gebrauch jedes Mittels, das — kurzlichlich gesehen — dem Zwecke zu dienen scheint, ist es gewesen, die den Neukommunisten in Halle einen ihrer

besten Kämpfer gekostet hat. Es war unter dem erschütternden Eindruck der Sinowjewischen Rede, daß Genosse Paul Hennig, der leitende Redakteur des Volksblattes für Halle, der in dem Blatte bis zuletzt eine Vermittlung gesucht und gefordert hatte, die den Kommunisten weit mehr gegeben hätte als uns, die Unmöglichkeit der Annahme des russischen Diktats erkannte und den Einfluß sagte zu dem tapferen Artikel, der in der Sonnabend-Nummer unseres halleschen Organs den Niederlegungsmethoden der Moskau-eroffene Forderung ansetzte. Wir sind sicher, daß ihm mancher wackere Kämpfer folgen wird, der bisher dem Gefühl der Solidaritätspflicht mit der russischen Revolution unterlag, wenn er diese Rede Sinowjews gelesen haben wird. Die Unabhängige Sozialdemokratie, wird ihr Stenogramm als Verbeschriftung für sich herausgeben müssen. Der Leiter der kommunistischen Internationale wird zu spät erkennen müssen, daß er für die Unabhängige Sozialdemokratie Deutschlands gearbeitet hat, die er zerstören wollte.

Sie wird nicht zerstört werden! Unsere Feinde lauzhen, die Bourgeoisie, die Rechtssozialisten wähen das Ende der revolutionären Arbeiterpartei Deutschlands gekommen und die Neukommunisten glauben uns das Vertrauen der revolutionären Proletarier rauben zu können, indem sie die vergiftete Bestätigung austreuen, wir würden in Kürze bei den Rechtssozialisten angelangt sein. Wir können des kurzlebigen Schwindels lachen. Wie sehr Unabhängige Sozialdemokratie und Rechtssozialismus voneinander verschieden sind, das hat jedem klarschauenden Klassen-loben mit klarer Deutlichkeit gezeigt. Wir bleiben was wir waren, die Partei des revolutionären Willens, gelenkt von wissenschaftlicher Einsicht. Wir gehen unsern Weg zum Ziel und nichts wird uns verfehlen, in die Stimpfe des Reformismus, noch in die Irrwege des Bolschewismus abzubiegen.

Das hat die kurze Tagung, die den Parteitag am Sonntag beschloß, in kristallener Klarheit herausgestellt. Sie atmete nichts von Niedergeschlagenheit und Kleinmut. Sie war erfüllt von fester Zuversicht und entschlossenem Willen, die uns bürden für harte Arbeit und mutigen Kampf. Die deutsche Arbeiterbewegung hat, das wollen wir nicht verläugern, in Halle eine schmerzliche Niederlage erlitten. Helmsüchtiger Verrat hat ihr eine klaffende Wunde geschlagen. Aber ihr Körper hat gesunde Heilkräfte genug, um diesen schweren Bluverlust zu überwinden und in neu-gesammelter Kraft das Schlachtfeld zu betreten. Notwendig ist, das Wort von Marx zu erfüllen, daß die proletarische Revolution lernt aus ihren Niederlagen. Daß es so werde, dazu ergeht heute der Ruf an alle Genossen, an alle, die sich fürderhin mit Recht unabhängige Sozialdemokraten nennen wollen. An jeden, einzeln, an welcher Stelle in unsern Reihen er steht. Jetzt, in der Stunde der Gefahr, kann die Sache der Arbeiterklasse, kann die Sache der proletarischen Revolution keinen Kämpfers entbehren. Uns Werk denn! Die Arbeit ruft. Die Kampfführer erheben, Jeder tue seine Pflicht. Es gilt vorwärts, nicht zurück zu schauen, vorwärts zu schreiten unter dem Kampfruf und mit dem Treuegelübde:

Es lebe die Unabhängige Sozialdemokratie Deutschlands!

Der Parteitag der Rechtssozialisten.

Rassel, 15. Oktober.
Zum 6. Punkt, Parteiprogramm, erklärt Braun: Wir müssen ein Programm schaffen, unter dem sich das ganze Proletariat vereinigen kann. Es muß einfachlich werden durch Spezialprogramme. Wir müssen uns auf eine lange Koalitionsregierung einstellen, da die unabhängige Partei zerbrochen ist, müssen Widerstand gegen jede Abenteurerpolitik treiben. Wir sind eine Partei, die alle Klassen vom Universitätsprofessor bis zum ungelerten Arbeiter vereinigt, doch muß der Industriearbeiter bei der Festlegung des Programms den Ausschlag geben. Wir sind die erste Partei, die nach dem Krieg in der Revolution sich ein neues Programm schafft. Zur Mitwirkung sollen Sachverständige herangezogen werden, auch muß ihm eine sprachlich schon klingende Fassung gegeben werden. Bernstein soll nicht in die Kommission aufgenommen werden, weil er vielfach als Vater des Revisionismus betrachtet wird.

Georg Schmidt spricht über die Richtlinien der Agrarfrage. Die zur Gemeinwirtschaft reifen großen Land- und Forstbetriebe sind zu sozialisieren, die übrigen Verhältnisse nicht zu stören. Nichtbearbeitung sowie unwirtschaftliche Bewertung des Bodens zieht die Enteignung nach sich. Die Siedlungspolitik ist zu fördern unter besonderer Berücksichtigung der Kultivierung der Oede- und Heideländer. Auch ist Land aus übermäßigem Großgrundbesitz vornehmlich von Kriegsgewinnlern erworbenes Land zu Siedlungszwecken zu enteignen. Die Produktion und Verteilung der für die landwirtschaftliche Erzeugung notwendigen Maschinen und Betriebsmaterialien, vor allem der künstlichen Düngemittel und der Kohlen, sind zu sozialisieren. Die Kleinbauern, Pächter und landwirtschaftlichen Arbeiter sind gegen Ueberarbeit und Anfall zu schützen. Die Arbeitsbedingungen sind durch Tarifverträge, Schiedsgerichte und Arbeiterschutzgesetze festzusetzen. Alle Zweige der Sozialversicherung sind den Bedürfnissen der Kleinbauern, Pächter und landwirtschaftlichen Arbeiter anzupassen. Gefordert wird Sozialisierung aller Zweige des land- und forstwirtschaftlichen Versicherungswesens. Das Programm sucht also die Sozialisierung mit der Siedlungspolitik zu vereinigen. Gefordert wird weiter Gleichstellung der Landarbeiter mit dem höchsten Industriearbeiter und ein Betriebsrätegesetz für sie. Die Unabhängigen haben in der Nationalversammlung durch ihr Stimmrecht bei der Abstimmung ein solches erreicht.

In der Debatte ermahnt Paul Lüttner-Hamburg, keine Prophezeiungen aufzustellen. Unmarxistisch ist die Forderung der Gewalt. Das Programm soll populär abgefaßt sein. Wäntig-Halle verweist auf die Notwendigkeit der Universitätsreform, die von der Bureaucratie sabotiert wird. In der Einleitung zum Programm solle man nicht in wissenschaftliche Breite gehen, sondern ein Kulturideal aufstellen, im Gegensatz zu dem hürgehenden, das eine Materialisierung der Kultur bedeutet. Dr. Knack-Hamburg empfiehlt eine Neuordnung des Gesundheitswesens und Schaffung eines Reichsgesundheitsministeriums. Er fordert stärkere Berücksichtigung der Beamtenpolitik. Mollenhuth erklärt: Wir sind nicht anders geworden, nur die Zeit hat sich geändert. Durch das Programm soll Vorarbeit für Jahrhunderte geleistet werden. Bernstein: Um der Werhearbeit willen wird vom Programm vor allem theoretische Klarheit zu fordern sein. Die Geschichtsauffassung von Marx und Engels muß mindestens den Geist des Programms diktiert. Unsere Stellung zur Diktatur ergibt sich aus den Verhältnissen und nicht aus Zitaten von Marx. Ich werde des Revisionismus beschuldigt, muß aber denselben Vorwurf gegen die Partei erheben. Die Karlsruher: Die formale Demokratie hat ihre Grenzen. Wir müssen deutlich erklären, daß wir uns mit allen Mitteln wehren werden, wenn sie etwa zur Wiederherstellung der Monarchie benutzt werden sollte. Sachs-Dresden: Das neue Programm soll vor allem Gegenwärtigen Forderungen berücksichtigen. Wissenschafts Planwirtschaft ist keine theoretische Spieltheorie. Sie muß kommen, wenn sie auch niemand fordert. Wir dürfen nicht tatenlos zusehen, wie die Unter-nachmer sich organisieren. Wir haben schon eine Art Planwirtschaft in der staatlichen Kontrolle über den Bergbau. Ihr ist es zu ban-

ken, daß die Kammern nicht vernünftigerweise niedrig sind. Ein Ziel ist zeitlich zur Sozialisierung, wenn Konzentration und Organisation einen hohen Grad erreicht haben. Diesen müssen wir herbeiführen. Eine Steigerung der Produktion durch Planwirtschaft kann die Lage der Arbeiter bessern, auch ohne völlige Beseitigung des Unternehmerrückes. Rathenau ist ernt zu nehmen, er hat die wirtschaftlichen Probleme tief erfaßt. Ein Antrag auf Schluß der Debatte wird angenommen.

Braun erklärt im Schlusswort: Niemand betraute die Demokratie als Endziel, aber wir brauchen sie als Durchgangsstadium. Er empfiehlt die Annahme der Richtlinien. Schöpflin erklärt im Namen der badiischen Delegierten, daß sie nicht der Meinung des Dr. Dieß sind. Es kommt zur Abstimmung. Angenommen werden der Antrag der Programmkommission, ebenso die Richtlinien für das Agrarprogramm. Es kommt zur Wahl der Mitglieder der Programmkommission, die Zahl wird von 7 auf 8 erhöht. Bernstein wird hineingewählt.

Sachs spricht zur Wohnungsfrage. Das Wohnungsgeld hat von den Industriezentren auf Landstädte und das Land übergegriffen. Die hohen Arbeiterlöhne sind keine Entschuldigung für das Nachlassen der Bautätigkeit. Sie betragen vor dem Kriege die Hälfte der Baukosten, jetzt nur 1/3, wohl aber sind die Preise der Baumaterialien ungeheuerlich gestiegen, infolge der hohen Dividenden der Großindustriellen. Die Wohnungsfrage ist privatwirtschaftlich nicht mehr zu lösen.

In den Leitfäden zur Behandlung der Wohnungsfrage heißt es: Das einzige Mittel für wirkliche Abhilfe der Not ist die Ueberführung der vorhandenen Mietwohnungen in die Verwaltung und das Eigentum von Selbstverwaltungsgesellschaften. Mit der Vergesellschaftung der Mietwohnungen hat der Erfolg eines Reichswohnungsgesetzes und die Errichtung eines Reichswohnungsamtes einherzugehen.

Der zweite Referent, Engler-Freiburg, setzt auseinander, daß eine Wohnungsreform nur auf dem Grund einer Bodenreform möglich sei. Am Schluß stellt er fest, daß die Verammlung vortragsmäßig sei (Heiterkeit), und daß er den Schluß seines Referats zu Protokoll geben werde.

Rassel, 16. Oktober 1920.

Aus den Leitfäden zur Behandlung der Wohnungsfrage ist folgendes nachzutragen: Das einzige Mittel zur wirklichen Abhilfe der Wohnungsnot ist die Ueberführung der vorhandenen Mietwohnungen in die Verwaltung und das Eigentum von Selbstverwaltungsgesellschaften öffentlichen Rechts. Hand in Hand mit dieser Vergesellschaftung der Mietwohnungen hat der Erfolg eines Reichswohnungsgesetzes und die Errichtung eines Reichswohnungsamtes zu gehen.

Der zweite Referent Engler-Freiburg setzt auseinander, daß eine Wohnungsreform nur auf Grund einer Bodenreform möglich sei. Am Schluß stellt er fest, daß die Verammlung vortragsmäßig sei (Heiterkeit) und daß er das Zahlenmaterial zu seinem Referat zu Protokoll geben werde.

Das Resultat der Vorstandsarbeit ist folgendes: Aus-geschieden ist Otto Braun auf eigenen Wunsch, denn der Parteivorstand ist gemeinsam mit den Regierungsmitgliedern der Ansicht, daß der Parteivorstand gegenüber der preussischen und Reichsregierung freie Hand haben müsse. Es ist aber Vorfrage getroffen, daß die Mitglieder des Parteivorstandes, die aus der Regierung ausscheiden, wieder nach entsprechenden Beratungen ihre Funktionen im Parteivorstand aufnehmen können.

In der Debatte zur Wohnungsfrage wird die Annahme eines Antrages empfohlen, der eine Kommission aus Vertretern der Reichstagsfraktionen des Allgemeinen deutschen Gewerkschaftsbundes und Sachverständigen fordert, die die Gesetzesentwürfe zur Vergesellschaftung des Wohnungswesens ausarbeiten haben. Es wird sehr bald Schluß der Debatte beantragt und beschlossen. Sachs erklärt im Schlusswort den zeitlichen Schluß der Debatte mit der Erkenntnis, daß die Wohnungsfrage ein so heikles Thema sei, daß sie in ihren Einzelheiten nicht erörtert werden kann. Engler verzichtet auf das Schlusswort. Es kommt zur Abstimmung, der empfohlene Antrag wird einstimmig angenommen. Damit sind alle anderen zu Punkt 5 der Tagesordnung erledigt. Dem Parteivorstand und Ausschuss überwiegen werden alle Anträge, die sich mit der Festlegung des Tagungsortes des nächsten Parteitags beschäftigen. Damit ist die Tagesordnung erledigt.

In seinem Schlusswort spricht Müller den Rassel Genossen den Dank für die gute Aufnahme aus. Der Parteitag habe sachliche Arbeit geleistet und auf Sensationen verzichtet. Unsere Gegensätze sind kameradschaftlich ausgetragen worden im Gegensatz zum halleschen Parteitag. In der Sozialisierungsfrage haben wir keinen Zweifel darüber gefaßt, daß Kosten- und Eigengewinnung für die Volksozialisierung reif sind. Zur Erhaltung der Arbeitsfreudigkeit der Bergarbeiter ist sie auch nötig. Auch in der Landwirtschaft muß die Sozialisierung der großen Wäldungen in Privatbesitz kommen. Die kommenden Landtagswahlen müssen zeigen, daß das alte Preußen tot ist. Einstimmig haben wir uns erklärt für die Einzelstaatsrepublik. Hoffentlich wird die Abstimmung in Ober-Schlesien zeigen, daß die junge Republik auch genügend Werbekraft hat. Schließlich gedenkt Müller unter großem Beifall der Kärntnerdeutschen und der Deutschösterreicher. Wir sind bereit, die Republik zu verteidigen. Leider sind ihre äußeren Zeichen bei uns noch so wenig sichtbar. Zu den Anträgen für einen Nationalfeiertag und die gleichzeitige Abkehr der Redner, daß wir die letztere nicht von dieser Regierung haben wollen, sondern erst, wenn wir gefaßt haben. Vorläufig wollen wir den 1. Mai feiern, als wenn er gleichmäßig wäre, schon aus dem Grunde, weil die Weisheit das einzige ist, was die drei sozialistischen Parteien gemeinsam haben. In Bezug auf die Internationale sagt er, daß die Sozialdemokratische Partei von ihr so oft als tot erklärt worden sei und dennoch den ausländischen Bruderparteien bewiesen habe, daß sie wohl arbeitsfähig sei. Der Parteitag schließt mit dem Gesang der Marschlied.

Ausweisung Sinowjews und Losowskys?

Berlin, 18. Oktober. (Eigene Drahtmeldung der L. B.) Die unser Korrespondent erzählt, hat das Kabinett am Sonntagabend die Ausweisung sowohl des Vorsitzenden des Exekutivkomitees der 3. Internationale, Sinowjew, als auch des Präsidenten der russischen Gewerkschaftsverbände, Losowsky, beschlossen, und zwar aus dem Grunde, weil entgegen der abgegebenen Versprechungen und Zusicherungen beide wiederholt in Deutschland bolschewistische Propaganda getrieben haben. Auf Veranlassung der Reichsregierung hat am Sonntag der preussische Minister des Innern, Severing, die Ausweisung Losowskys und Sinowjews aus-gesprochen. Durch Beamte des Polizeipräsidiums wurde Losowsky am Sonntag früh, kurz vor seiner Abreise nach Dresden, der Ausweisungsbefehl zugestellt. Es wurde gleichzeitig über ihn Hausarrest verhängt und ihm die Benutzung des Telefons verboten. Dagegen ist ihm der Empfang von Besuchern gestattet, soweit diese bereits vorher angemeldet waren. Die Reisevorbereitungen der Russen werden durch Polizeibeamte überwacht. Die Berliner Montagspost erzählt noch dazu, daß Losowsky sich von Dresden nach Stuttgart begeben wollte, um von Süddeutschland aus mit den italienischen Bolschewisten Fühlung zu nehmen, da ihm vorläufig mitgeteilt worden ist, daß die italienische Regierung die erbetene Einreiseerlaubnis verweigert. Losowsky will nun nach Hamburg zurückkehren und von dort aus auf seinem im Hafen liegenden Dampfer Deutschland verlassen.

Sinowjew ist angeblich krank und wird deshalb Berlin in den nächsten 24 Stunden nicht verlassen. Nach Mitteilung der Montagspost ließ er sich durch einen Arzt untersuchen, der an einer Fieber festgestellt. Auch er wird von Polizeibeamten überwacht, die jeden Verkehr mit der Außenwelt kontrollieren.

Berlin, 18. Oktober. (Eigene Drahtmeldung der L. B.) Die Berliner Presse, soweit sie in den Montagausgaben vorliegt,

Frage über die Lösung der Neu-Kommunisten nur einen ganz kurzen Bericht, während sie die Sitzung der Reden ausführlich behandelt.

Der Lokalanzeiger berichtet noch zur Frage der Ausweisung der russischen Delegierten, daß die Reichsregierung zahlreiche Protesttelegramme erhalten habe. Besonders habe sich der Präsident des Reichsbürgerrats, Staatsminister von Loebel, in einem Schreiben an den Reichspräsidenten auf den Wunsch des Russen Sinowjew zum Bürgerkrieg auf dem Parteilager in Halle hingewiesen, und die Rede als eine offensündige Aufforderung zum Klassenkampf bezeichnet. Die Vorbereitung einer bolschewistischen Herrschaft habe bei dem deutschen Bürgertum die schwersten Bedenken wegen des Schutzes, den die Reichsregierung ihm angedeihen lassen müsse, ausgelöst.

Verfuchter Einbruch in das Bureau des Zentralkomitees der U. S. P.

Berlin, 18. Okt. (Eigene Drahtmeldung der U. S. P.) In der Nacht vom Sonnabend zum Sonntag drangen vier Leute in das Haus Schiffbauerdamm 21 ein, in dem sich das Bureau des Zentralkomitees der U. S. P. befindet, und versuchten mit Hilfe von Schlüsseln in dieses Bureau einzudringen. Es gelang ihnen jedoch nicht, da die Schlösser nicht paßten. Als der Portier des Hauses hinzutraf und den unbefugten Eindringlingen drohte, die Polizei herbeizurufen, berieten sich die vier auf Däumlein, Stöcker und Roenen, die ihnen den Auftrag zu ihrer Expedition gegeben hätten. Der Portier bestand aber darauf, daß sie das Haus zu verlassen hätten, worauf sie einen Trupp Leute, die auf der Straße gewartet hatten, zu ihrer Unterstützung herbeizurufen. Der Portier alarmierte darauf die Sicherheitspolizei, die die Eindringlinge entfernte.

Kommunistische Hege gegen Dittmann.

Berlin, 18. Oktober. (Eigene Drahtmeldung der Leipziger Volkszeitung.) Die von der R. P. D. einberufene Versammlung in der Neuen Welt, in der Sinowjew sprechen sollte, war überflüssig, da auch die Neu-Kommunisten ihre Werbetrümmer eifrig gerührt hatten. Die Regierung hatte ausdrücklich beschlossen, Sinowjew sprechen zu lassen und die Polizei hielt sich von dieser Veranstaltung fern. Nach Stundenlangem Warten aber verließ der Verhandlungsleiter, daß Sinowjew frant sei, aber doch kommen würde und versuchte würde, einige Minuten zu sprechen. Nach einer Zeit trat er ein. Er war sehr heiser und entfernte sich sofort, ohne ein Wort gesprochen zu haben. An seiner Stelle sprach dann Ernst Wenzel, der sich in den heftigsten Angriffen auf Dittmann erging und schließlich der Hoffnung Ausdruck gab, daß auch Deutschland bald eine Räterepublik sein werde, dann werden die Kommunisten Gelegenheit haben, mit Dittmann und allen anderen Gegnern nach russischem Muster abzurechnen. In der mehrstündigen Debatte traten unter anderem auch Vertreter der R. P. D. auf, und die Kommunisten mußten sich von dem Syndikalisten Dr. Broß sagen lassen, daß der Spartakusbund opportunistische Taktik treibe, und daß es lächerlich sei, zu glauben, daß Leute wie Adolf Hoffmann und Däumling echte Revolutionäre seien. Auch er führte das Bündnis mit dem Armenierschlächter Enver Pascha an. Darauf brach ein ungehöriger Lärm aus. Broß konnte nicht weiter sprechen.

Debs und die dritte Internationale.

Der Daily Herald veröffentlicht folgende Erklärung des amerikanischen Sozialisten Debs zur 3. Internationale: Ich bin Sozialist und nicht Kommunist. Wenn die 3. Internationale ausschließlich kommunistisch ist, so kann ich ihr nicht angehören. Ehemals bildeten die nationalen Organisationen die Internationale. Jetzt versucht die 3. Internationale nationale Sektionen zu bilden. Alles wird durch Moskau vorweg bestimmt. Debs ist zur Zeit wegen seiner im Kriege entfalteten Propaganda im Gefängnis. Die sozialistische Partei Amerikas hat ihn als Präsidentschaftskandidaten aufgestellt.

Rückgang der sozialdemokratischen Stimmen bei den österreichischen Wahlen.

Berlin, 18. Oktober. (Eigene Drahtmeldung der U. S. P.) Der Montagspost wird aus Wien gemeldet: Die Wahlen in Wien sind ruhig verlaufen. Nur in der Leopoldstadt kam es zu kleinen Schlägereien zwischen Frontisten und jüdischen Sozialdemokraten. Die Verkündung des Wahlergebnisses ist, da sie in sehr umständlicher Weise vorgenommen wird, noch nicht beendet. Bekannt ist jedoch bereits, daß der österreichische General in Wien, Professor Ludo Sartmann, der als dritter auf der sozialdemokratischen Liste im Wahlkreis Innen-West stand, durchgefallen ist. An seine Stelle tritt der prodeutsche Oberstaatsanwalt Dr. Frank. Die Wahl des früheren Ministers des Äußern, Zischner, der im ersten Wiener Wahlkreis für die bürgerliche Arbeiter-Partei kandidierte, ist gesichert. Im allgemeinen läßt sich in Wien ein starker Rückgang der sozialdemokratischen Stimmen feststellen, der in einzelnen Bezirken bis zu 30 Prozent beträgt. Demgegenüber steht ein Anwachsen der christlich-sozialen und großdeutschen Stimmen. Die Wahlbeteiligung war um 10 bis 12 Prozent geringer als im Vorjahre.

Wien, 17. Oktober. Die Beteiligung an der Wahl für die Nationalversammlung in den Wiener Bezirken war in den Vormittagsstunden auffällig schwach, erreichte aber im Laufe des Tages 80-86 Prozent. Bisher sind gewählt im 1. Wahlkreise (Wien Inner-Ost) zwei Sozialdemokraten, drei Christlich-Soziale, ein Großdeutscher und ein Mitglied der bürgerlichen Arbeiterpartei, im Wahlkreise 2 zwei Sozialdemokraten, zwei Christlich-Soziale und ein Großdeutscher, im Wahlkreise 3 drei Sozialdemokraten, zwei Christlich-Soziale und ein Großdeutscher.

Nach diesen ersten Meldungen über den Ausgang der Wahlen bedeuten die Wahlen einen Rückgang. Es kommt darin zum Ausdruck, daß die allgemeine gegenrevolutionäre Welle auch nach Österreich hinübergeschlagen ist. Unsere österreichischen Genossen, die in der schwierigen Situation die Leitung des bankrotten, lebensunfähigen österreichischen Staates übernehmen mußten, müssen nun anscheinend mit für die Sünden der Gewalttäter in Österreich büßen, durch die das österreichische Volk in seine jetzige furchtbare Lage gebracht worden ist. Eine eingehende Würdigung des Ergebnisses wird erst möglich sein, wenn das Gesamtergebnis vorliegt.

Deutsch-ungarischer Handelsvertrag.

U. Budapest, 14. Oktober. Der kürzlich abgeschlossene deutsch-ungarische Handelsvertrag hat zu dem interessanten Ergebnis geführt, daß Deutschland sich bereit erklärte, alle Zölle für den Export von Ungarns gegen Marktauszahlung zu übernehmen und die Kompensationsartikel in Industrieerzeugnissen zu liefern. Gleichzeitig wird über ein ungarisches Marktguthaben und eine ungarische Markanleihe verhandelt.

Abstimmung in Oberschlesien im Frühjahr?

U. Breslau, 16. Oktober. Nach Mitteilungen aus englischer Quelle hat der Oberste Rat in Paris beschlossen, die Abstimmung in Oberschlesien erst im kommenden Frühjahr abhalten zu lassen, da es technisch nicht möglich sei, sie früher vorzunehmen.

Beginn des Bergarbeiterstreiks in England.

U. Haag, 18. Oktober. Nach den hier vorliegenden Meldungen aus London setzte der Bergarbeiterstreik in England am Sonnabend mit aller Schärfe ein. Lloyd George richtete eine Kundgebung an die Bevölkerung, in der er u. a. sagt: Die Bergarbeiter suchen ihren Zweck mit Gewalt zu erreichen. Die ganze Nation müsse Widerstand leisten und wird mit allen Kräften diesem Angriff widerstehen.

London, 18. Oktober. (Mentor.) Die Zahl der am Streik beteiligten Bergleute übersteigt eine Million. Schon heute sind die Bergwerke in England völlig stillgelegt. Schon heute sind die Bergwerke in England völlig stillgelegt. Schon heute sind die Bergwerke in England völlig stillgelegt.

London, 18. Oktober. (Mentor.) Die Zahl der am Streik beteiligten Bergleute übersteigt eine Million. Schon heute sind die Bergwerke in England völlig stillgelegt. Schon heute sind die Bergwerke in England völlig stillgelegt.

London, 18. Oktober. (Mentor.) Die Zahl der am Streik beteiligten Bergleute übersteigt eine Million. Schon heute sind die Bergwerke in England völlig stillgelegt. Schon heute sind die Bergwerke in England völlig stillgelegt.

London, 17. Oktober. (Havas.) In einer Versammlung, an der die Vertreter von 25.000 Transportarbeitern von London teilnahmen, wurde eine Resolution im Sinne einer nationalen Forderung eines Mindestlohnes von 4 Ltr. 7 Sch. für die Woche angenommen.

London, 16. Oktober. Der Vollausschuss der englischen Eisenbahnervereinigungen trat heute in London zusammen und beschloß, daß mit Rücksicht auf die Lage im Kohlenbergbau die Einberufung einer besonderen Delegiertenkonferenz am 20. Oktober erforderlich sei. Der Vollausschuss hat die Zweigstellen angewiesen, bei ihrer Beschlussfassung auf der Konferenz darauf Rücksicht zu nehmen, wie ernst sich die Lage im Falle eines Unterliegens der Bergleute gestalten würde.

London, 16. Oktober. Der Vollausschuss der englischen Eisenbahnervereinigungen trat heute in London zusammen und beschloß, daß mit Rücksicht auf die Lage im Kohlenbergbau die Einberufung einer besonderen Delegiertenkonferenz am 20. Oktober erforderlich sei.

London, 16. Oktober. Der Vollausschuss der englischen Eisenbahnervereinigungen trat heute in London zusammen und beschloß, daß mit Rücksicht auf die Lage im Kohlenbergbau die Einberufung einer besonderen Delegiertenkonferenz am 20. Oktober erforderlich sei.

Einigung über die Entschädigungszahlung?

Rotterdam, 15. Oktober. Der Brüssler Korrespondent des Neuen Rotterdamschen Courant hatte eine Unterredung mit dem Ministerpräsidenten Delacroix, der sich hofbedient über die Ergebnisse seiner Londoner Reise äußerte. Der Grundgedanke, auf dem sich Frankreich und England geeinigt hätten und dem wahrscheinlich auch Italien zustimmen werde, sei, daß in Brüssel der Vertrag der Entschädigung auf einmal fertiggestellt werden solle. Nachdem man sich in Brüssel über die Summe geeinigt habe, solle sie dann in Genf endgültig festgesetzt werden.

Basel, 16. Oktober. Der belgische Ministerpräsident Delacroix erklärte gegenüber einem Vertreter der National belge, daß Lloyd George vor allem den Grundgedanke vertritt, man müsse es Deutschland ermöglichen, sich zu erholen, damit es seinen Wiederaufbau nachkommen könne. Weiter äußerte sich Ministerpräsident Delacroix in einem Interview über das Ergebnis seiner Besprechung mit Lloyd George etwa folgendermaßen: Nach dem Kompromiß werden die Mitglieder der Wiedergutmachungskommission als Vertreter ihrer Regierungen in Brüssel zusammenzutreten. Deutschland wird zwei Delegierte zur Konferenz entsenden, die das Recht haben, mitzufahren. Die Regierungshaupter werden dann die noch nicht entschiedenen Konferenzpunkte verhandeln und die Wiedergutmachungsfrage im Laufe einer weiteren Konferenz zwischen den alliierten und deutschen Regierungshauptern erledigen. Die Wiedergutmachungskommission wird also nur noch als beratende, aber nicht entscheidende Stelle fungieren. Die Deutschen werden nunmehr zur Beratung des Obersten Rates zugelassen werden.

Der Krieg im Osten.

Paris, 17. Oktober. Nach einem Havasbericht aus London mißbilligt die polnische Regierung die Besetzung von Wilna. Sie sei aber der Ansicht, daß die im Zentrum Litauens gelegenen Gebiete einen polnischen Charakter haben, und daß ihr Schicksal nicht durch einen Willkürakt, sondern durch eine Volksabstimmung entschieden werden müsse.

Engreis Englands und Frankreichs?

London, 16. Oktober. Times meldet aus Warschau, daß die Vertreter Englands und Frankreichs Marshall Bilsudski eine gemeinsame Note ihrer Regierungen bezüglich der Bilsudski-Frage überreicht haben. Man vermute, daß die Alliierten die polnische Regierung für die Besetzung Wilnas verantwortlich machen wollen.

Bilsudski will zurücktreten.

Warschau, 15. Oktober. Marshall Bilsudski hat sein Rücktrittsgesuch als Präsident der Republik Polen eingereicht. Auf dringendes Ersuchen der Regierung hat Bilsudski sein Gesuch nachträglich einziehen zurückgezogen.

Amerika will den russisch-polnischen Vertrag nicht anerkennen?

Paris, 16. Oktober. Wie der Chicago Tribune gemeldet wird, werden die Vereinigten Staaten den Vertrag zwischen Polen und Rußland nicht anerkennen, weil über russisches Gebiet ohne Einwilligung der interessierten Bevölkerung verhandelt worden sei.

Fortsetzung der Kämpfe.

Warschau, 15. Oktober. Polnischer Generalstabbericht vom 15. Oktober: Nordöstlich von Wilejka zerstörte unsere Kavallerie während ihres Vormarsches in der Richtung auf Krawice die 6. Sowjetdivision. Unter den einigen hundert Gefangenen, die in unsere Hand fielen, befinden sich einige Regimentskommandanten. Sonst keine bedeutenden Veränderungen.

Haag, 16. Oktober. Wie die Neue Courant aus London meldet, haben die Polen nach dort eingetroffenen Meldungen Binst befehligt.

Der russische Bericht vom 14. Oktober meldet hartnäckige Kämpfe westlich von Rost und am Fluss Buzuluk und kleinere örtliche Erfolge in den Abichnischen Kowalen und Ulezanowsk, sowie in der Richtung auf Lunines und Nowogros Wolhonsk.

General Wrangel meldet, daß seine Truppen die Bolschewisten auf dem rechten Ufer des Dnjepr weiter zurückgedrängt haben. Die Bolschewisten sollen die Bahnhöfe Nikolaj-Alexandrowsk verloren haben. Mehrere Tausend Gefangene seien gemacht worden.

Der polnische Eisenbahnerstreik beendet.

Warschau, 16. Oktober. Der Ausstand der Eisenbahnangehörigen ist beendet. Die Verhandlungen, die die ganze Nacht andauerten, hatten ein günstiges Ergebnis. Nach einer weiteren Meldung sind den Streitenden wesentliche Lohn erhöhungen bewilligt worden.

Unterzeichnung des russisch-finnischen Friedensvertrags.

Seltingfors, 15. Oktober. Der Friedensvertrag zwischen Rußland und Finnland ist gestern in Dorpat unterzeichnet worden.

Die Kundgebungen für Sowjet-Rußland in Italien.

Rom, 15. Oktober. (M. T. B.) Am Nachmittag wurde in Befolgung des Beschlusses der sozialistischen Parteileitung und des allgemeinen Gewerkschaftsbundes von 3 bis 5 Uhr die Arbeit eingestellt, um die Solidarität mit Rußland zu betonen und gegen politische Verfolgungen zu protestieren. Die Arbeitseinstellung in Rom war nur teilweise; die Straßen hatten fast das gewöhnliche Aussehen. Nur die Straßenbahnen hatten ihren Verkehr eingestellt. Nachrichten aus anderen Städten melden, daß sich nirgends irgendwelche Zwischenfälle ereignet haben außer in Bologna, wo während des Umzuges eine Truppe von Extremisten die Polizei angegriffen. Es wurden Schüsse gewechselt, wodurch eine Person getötet und mehrere verletzt wurden.

Türkisch-armenischer Krieg.

Konstantinopel, 15. Oktober. (T. U.) Nach Meldungen aus Batum hat die armenische Republik den türkischen Nationalisten den Krieg erklärt und eine Generalmobilisation angeordnet. Bei der Regierung von Georgien wurde angefragt, ob Armenien auf die wohlwollende Neutralität Georgiens rechnen könne. Es erhielt eine bejahende Antwort. Armenien wurde ferner erlaubt, die in Georgien wohnhaften Armenier zu rekrutieren.

Der Eisenbahnerstreik in Portugal.

Lissabon, 15. Oktober. Der Direktor und der Subdirektor der portugiesischen Eisenbahngesellschaft sind verhaftet worden. Der Zugverkehr wird ohne Zwischenfall aufrechterhalten. Auf den Linien des Südens und Ostens ist der Zugverkehr beinahe normal. Auf den anderen Linien wird er mehr und mehr wieder aufgenommen. Militärkraftwagenführer und Mannschaften der Militärverwaltung erhielten sofortigen Marschbefehl. Gegen das Streikkomitee der Eisenbahner ist ein Haftbefehl erlassen worden. Die Regierung berät über die Aufhebung der verfassungsmäßigen Garantien. Die Zentralstelle des Eisenbahnerverbandes ist auf Verlangen der Regierung geschlossen worden.

Wachsende Mißstimmung gegen Giolitti.

Berlin, 18. Oktober. (Eigene Drahtmeldung der U. S. P.) Der Lokalanzeiger erhält eine Drahtmeldung von seinem Sonderberichterstatter aus Luano, in der es heißt: Der Einmarsch italienischer Truppen in das Abstimmungsgebiet wird fortgesetzt und hat in Italien sehr verstimmt. Die Regierung beauftragte ihren Vertreter im Völkerkongress, mit aller Energie in der Sache, die Italiener besonders interessiert, vorzugehen. Die Stellung Giolittis gilt infolge der wachsenden Unzufriedenheit in konservativen, liberalen und liberalen Kreisen mit der nachsichtigen Politik Giolittis gegenüber den Herausforderungen der Sozialisten, als erschüttert. Der Courrier de la terra erwartet den Rücktritt des Ministers beim Zusammentritt der Kammer Mitte November.

Ausbreitungen der Jugoslawen in Kärnten.

Klagenfurt, 18. Oktober. Die Jugoslawen haben auf den Befehl der internationalen Kommission, die von ihnen besetzte Zone A zu räumen, bisher noch keine Antwort erteilt. Während sie in dem meisten Bezirken sich anscheinend auf einen dauernden Aufenthalt einrichten oder dies wenigstens der Bevölkerung vorzugeben, haben sie das obere Kärnten im Laufe der Nacht in aller Stille geräumt. Sie haben aber dabei unzählige Minderungen verübt. Sie nahmen alle den früheren österreichischen Behörden gehörende Möbel und Einrichtungsgesamtheiten, insbesondere aber die telegraphischen und postlichen Apparate mit. Bei dem Auszug dieser Apparate haben sie das Gebäude gewaltsam zerstört. Die deutschsprachige Bevölkerung wurde bis auf dem Berg ausgetrieben, wobei besonders Wälsche mitgenommen wurde. Es wurden sogar eiserne Bänke von den Promenaden auf Lastautos verladen und über die Grenze geschleppt. Die internationalisierte Kommission wurde von den Jugoslawen benachrichtigt und hat infolgedessen, jedoch verziätet, Offiziere zur Grenzüberwachung abgestellt. Vor der Räumung Kärntens haben die Jugoslawen dortige jugoslawischgezimmte Burgen mit Militärgewehren und Munition ausgerüstet und mit der Anweisung versehen, auf die einrückende österreichische Gendarmen zu schießen und einen Widerstand zu organisieren, um einen Vorwand zum sofortigen neuen Einrücken der Jugoslawen zu schaffen.

Keine weitere Beteiligung der belgischen Sozialisten an der Regierung?

Brüssel, 16. Oktober. Die Vereinigung der belgischen Sozialdemokraten hat in einer Versammlung Stellung genommen zu der Frage, ob die Sozialisten auch weiterhin an der Regierung teilnehmen sollen. Bisher hat die Frage nicht mehr diskutiert, wenn die Militärdienstzeit nicht auf 6 Monate herabgesetzt und wenn das Streikrecht nicht mehr in vollem Umfang gewährleistet werde.

Ein slowakisches Mühlenwerk in der Verwaltung der Arbeiter.

Bregenz, 15. Oktober. Heute wurde im Ministerium für die Slowakei über die Übernahme der staatlichen Mühlenwerke in Bregenz in der Verwaltung der Arbeiter diskutiert. Der bisherige Wächter veräußerte zugunsten der Arbeiter auf die Nacht. Am 1. November 1920 übernimmt die Gewerkschaft „Erstes slowakisches Mühlenwerk in Bregenz“ die Mühlen in ihre Verwaltung. Zu dem Werk gehören eine ganze Reihe von Betrieben und eine ausgedehnte Landwirtschaft. 160 Familien mit 550 Mitgliedern sind daran interessiert. Der gesamte erzielte Gewinn wird für humanitäre und kulturelle Zwecke verwendet.

Deutschland.

Nachen führt die Rationierung der Kartoffeln wieder ein.

Die Stadt Nachen hat die Kartoffelrationierung wieder aufgenommen, damit, wie es in der Antikundgebung heißt, die von künftiger Seite zur Ausgabe gelangenden Kartoffeln gleichmäßig an die Bevölkerung zur Ausgabe gelangen.

Beim Kartoffelsuchen erschossen.

Wie aus Berlin gemeldet wird, war die 31 Jahre alte Ehefrau Mathilde Hensel mit der Ehefrau Weidhof nach Jünsdorf gefahren, um dort die Acker nach Kartoffeln abzuhacken. Dabei sollen die Frauen mit einem Feldhüter zusammengestoßen sein, der von der Waffe Gebrauch machte und Frau Hensel erschoss, während Frau Weidhof so schwer verletzt wurde, daß sie ins Krankenhaus Buzow geschafft werden mußte.

Selbst ist noch immer das Eigentum und Proletarierleben sind ja heute so wertlos!

Von Nah und Fern.

Saarbrücken, 18. Oktober. Auf der Heube Krankenholz hat Verbach wurden heute während der Frühkälte fünf Bergleute durch schlagende Wetter getötet.

Erdbeben in Südamerika. Madrid, 17. Oktober. Die Tagesblätter veröffentlichten ein Telegramm aus Lima, wonach ein Erdbeben die Stadt Santa Lucia zerstört hat. Mehrere hundert Personen sollen ums Leben gekommen sein.

Verantwortlich für den redaktionellen Teil: Heinrich Fleißner in Leipzig.

Verantwortlich für den Inseratenteil: Friedrich Piller, Borsdorf-Leipzig.

Druck u. Verlag: Leipziger Buchdruckerei Aktiengesellschaft, Leipzig

Diese Nummer umfaßt 12 Seiten.

Das gute Niebeck Bier

Neues Theater.

Montag, den 18. Oktober 1920
Der Troubadour.
 Oper in 4 Akten nach dem Drame von G. Cammerme
 von Heinrich Pruch. Musik von Giuseppe Verdi.
 Besetzung: Albert Gerns, Salome: Maria Schöber.
 Opernpreis (einschl. 10% Zuschlag) 10 bis 15 Mk.
 Anfang 7 Uhr. Ende gegen 10 Uhr.
 Dienstag, den 19. Oktober, bei aufgehobenem Zutritt, Besetzung
 (ein Kartenverkauf): Kibella. Anfang 7 Uhr.
 Mittwoch, den 20. Oktober: Die Inzucht. Besetzung (3. Folge,
 nach: Die Inzucht. Anfang 7 Uhr.

Altes Theater.

Montag, den 18. Oktober: Besetzung (ein Kartenverkauf):
 Venusberg. Anfang 7 Uhr.
 Dienstag, den 19. Oktober: Was. (Definitive Besetzung —
 Singspiel. Anfang 7 Uhr.
 Mittwoch, den 20. Oktober: Was. (Definitive Besetzung —
 Singspiel. Anfang 7 Uhr.

Neues Operetten-Theater.

Montag, den 18. Oktober: Besetzung (ein Kartenverkauf):
 Die Glühbirne. Anfang 7 Uhr.
 Dienstag, den 19. Oktober: Fräulein aus. Anfang 7 Uhr.
 Mittwoch, den 20. Oktober: Die schöne Helena. Anfang 7 Uhr.

Leipziger Volksbühne.

Leitung: Robert Oberweg.
 Dienstag, den 19. Oktober. Serie 19
Johannisfeuer.
 Ein Spiel in 4 Akten von Hermann Sudermann.

Bathenberg

Varieté.
 Täglich abends 7/8 Uhr:
**Die orsklassigen
 Oktober-Spezialitäten.**
 U. a.:
Georg Busse
 der Rheinische
 Meister-Humorist.

Theater.
 Abends 7/8 Uhr:
„Der Weg zur Schande.“
 Lebensbild v. Fr. Kroneck
 u. P. Wolfgang.
 Morgen:
„Der Weg zur Schande.“

Vorverk.: Tagesk. Zig.-G. K. Hrsch, Katharinenstr. 6.

Drei Linden

Täglich abends 7/8 Uhr:
Gastspiel Hermann Mestrum
 Deutschlands erfolgreichster Charakterkomiker
Gertrud Mangelndorf
 ehem. Mitglied der Königl. Schauspiels, Berlin
 in dem Sensationsstücken
„Es lebe die Freiheit!“
 sowie die weiteren Welt-Attraktionen.
 Vorverkauf: Tageskasse (Tel. 33405 und 33543),
 Th. Althoff, Petersstr., Konsumverein, K.-Helne-Str.

Weinpalast Eden

Kurprinzstr. 2. Tel. 15902.
 Täglich Moderne Tanaufführungen

Blumensäle.

Täglich abends 7/8 Uhr
Künstler-Kabarett.
 Sonntags 2 Vorstellungen. * 4 Uhr u. 7/8 Uhr.

Touristen-Verein Die Naturfreunde

Mitglied des Arbeiter-Turn- und
 Sportbundes u. Ortsgr. Leipzig
**Sonnabend, 23. Oktober, in der
 Goldenen Krone zu Connewitz**
Kunst-Abend
 anlässlich des 25jährigen Be-
 stehens des Gesamtvereins
 Mitwirkende: Klaviertrio Herr K. Wolckke
 (Violine), Herr R. Wingen (Violoncello), Mit-
 glieder d. Gewandhausorch., Herr M. Rossett
 (Klavier); Fri. G. Loebe, Mittgl. d. Volksbühne
 (Rezitationen); Rhythim, Tänze u. Leit. v. Fri.
 A. Schlesinger; Gemischter Chor L.-Süd, Dir.
 Herr R. Lösche. Plügel: Julius Blüthner.
 Einlad. 7 Uhr — Anfang 8 Uhr
 Eintritt einschl. Steuer u. Gurderebe 2,50 M.

Großer Volksball

Eiskeller L.-Connewitz
 Morgen von 7 Uhr an
Feiner Ball.

Gangsfouci Heute ab 7 Uhr Ball



Stuart Webbs
 Heute Montag
Stürme des Belfais!
 Durchschlagender Erfolg und mit Begeisterung
 aufgenommen.
In atemloser Spannung
 folgt das täglich total ausverkaufte Haus den
 Erlebnissen des berühmten Meister-Detektivs
Stuart Webbs
 Eine Darbietung, wie sie die Lichtspiel-Bühne
 seit Jahren nicht gesehen hat.
**Die Jagd nach dem Meister
 und König der Ausbrecher**
 6 Akte 6 Akte
 1. Akt: Der geheimnisvolle Safer.
 2. Akt: Der gefasste Meister-Detektiv.
 3. Akt: Ueberlistet. — In die Falle gegangen
 4. Akt: Der König der Ausbrecher.
 5. Akt: Ausbruch — Flucht — Verfolgung.
 6. Akt: Ein Kampf ums Leben.
 sowie der übrige erstklassige Spielplan.
Kammer-Lichtspiele
 Windmühlenstr. 7. Am Königsplatz.

Gosenschlösschen, Eutritzsch.

Heute Montag Feiner Ball Abwechselnd Herr.-u. Damenwahl. Tanzfrei

3 Mohren L-Anger

Im festlich decorierten Ballsaal
Oktober-Fest
 ab 8 Uhr
 Bunter Musik — Stimmung — Betrieb.
 8 verschiedene bayerisches Starkbier. — Dinstl.-Kostüme erw.

Schiller-Schlösschen

Heute ab 7 Uhr
Amüsanter Oktoberfest-Ball.

Sächsischer Hof Leipzig-Schönefeld

Heute Montag: Das beliebte Ballfest.

Die Reichseinkommensteuer

von Rudolph Weß. — Preis 1,50 Mk.
 Leipziger Buchdruckerei U. G., Zauchaer Str. 19/21

Witschels Fisch-Haus

Leipzig-Plagwitz, 3 Schochersche Straße 41a
 Frisch eingetroffen:
 Blutfrischen Bratfisch Pfund 1.95
 ff. Mittelschellfisch Pfund 2.40
 Seelachs zu Koteletts Pfund 3.50
 Pa. Norweger Bollheringe Pfund 1.50
 Heringsmilch Pfund 1.20
 Heringsrogen Pfund 1.00
 Empfehle ferner Fischspeck Pfund 5.00
 sowie meine beliebten Räucherwaren und Marinaden.
 Billigste Tagespreise!
 Mein Grundsatz: Der große Umsatz.

Rauchtabak-Übersee

Preislisten 21, 23, 25 u. p. Pfd.
 Goldgelber Virginier-Shag
 30 und 35 u. p. Pfd.
 Ja rein Orient. Zigaretten-
 Tabak goldg. 70 u. 80 u. p. Pfd.
 Karl Appenrodt, Tabak-
 fabrikate, Eisenstr. 10, I.
 Reparaturen
 an Ihren jed. Zeit
 nur streng solide
 Ausführung u.
 unt. Garant. bei
Gustav Kaniss
 Uhrmach. Zauchaer Str. 6.

Gegen Würmer

hat sich Wurmfeind als
 Abwehrmittel für Gew. und
 Kinder vorzüglich bewährt.
 Nur echt König Salomo-
 Apotheke, Leipzig.

Haarnisse

in Frauen- u. Mädchenhaar
 entfernt garant. sofort
Niska D. 2. 5. H.
 708 205
 Anfahrtskarte kostenlos.
Fr. B. Mückenhaupt
 Nürnberg L. 10.

Alle Herren-Arbeitschneider
 mit Doppelhöhe und Hob-
 eisen, Gr. 40/46, Paar. 1140.—
 Leichtere Herren-, Damen- und
 Kinderkleider in allen Größen
 billigst. Versand u. auswärtig
 u. Kadnahme. **J. Cofhold**,
 Schönefeld, Taubeltz. 37, I. 1.

Schuhmacher

die beste und billigste Be-
 ausstattung
Heinrich Mensing
 Ledergröbhandlung
 Leipzig, Elsterstraße 3.
 Ein Versuch erndert Kund-
 schaft. — Geschäftszeit von 8
 bis 4 Uhr.

Leipziger Schauspielhaus.

Sopranist. 1710 Direktion: Fritz Stiebing. General 1090
 Montag, den 18. Oktober 1920
Bambur.
 Eine irische Komödie für erste Leute von Oliver Wilde (5 Akte).
 Deutsch von Franz Wiel.
 In Szene gesetzt von Ferdinand Wittenhahn.
 Personen: John Woodling (Ella Woodley), Vincent Monceley
 (John Steiner), Boby Woodley (Ella Woodley), Owendoline
 (Irene Todter (Miss Garton), Cecily Garton, Woodling's Wives
 (Mrs. Woodling), Miss Griffin, Ihre Gouvernante (Stella Woodley),
 Ransford's Bedchambermaid, Clara in Boston (Herrn Wittenhahn),
 Maximan, Kammerdiener bei Woodling (Karl Braunstein),
 Rene, Diener bei Monceley (Karl Wulst).
 Preise nach dem 1. und 2. Akt.
 Einlad. 7 Uhr. Anfang 7 Uhr. Ende gegen 9 1/2 Uhr.
 Dienstag, den 19. Oktober: Bambur. Anfang 7 Uhr.
 Mittwoch, den 20. Oktober: Bambur. Anfang 7 Uhr.
 Donnerstag, den 21. Oktober: Bambur. Anfang 7 Uhr.
 Freitag, den 22. Oktober: Bambur. Anfang 7 Uhr.
 Sonnabend, den 23. Oktober: Neu einführt: Der Richter von
 Salomon. Anfang 7 Uhr.

Der zweite Spielabschnitt läuft vom 6. Oktober bis 31. Oktober 1920,
 wie zu diesem Tage auch die zweite Karte der Jahreskarte an
 der Tageskasse eingelöst sein.
 Beliebige Eintrittskarten müssen eine halbe Stunde vor Beginn der
 Vorstellung abgeliefert sein, andernfalls wird darüber verfügt.

Kammerspiele

Telephon 12900 Theater in der Elsterstraße 42. Telephon 12300
 Täglich 7 1/2 Uhr. Der große Erfolg.
Die Freundin.
 Von Hermann Sudermann.
 Sonntags 4 Uhr und 7 1/2 Uhr: Die Freundin.

Krystall-Palast

Täglich abends 7/8 Uhr
Ballett Charell
 und das weitere
Weitstadt-Programm.

Nachtkalter

Gainsstraße 18
 Abends 7 1/2 Uhr
**Erstklassige
 Kabarett-Darbietungen**

Katharinen-Klause

Katharinenstraße 20
Gastwirtschaft Weinstube
 Vorzügliche Küche
 Weine erster Häuser
 Täglich Künstlerkonzert
Gröffnung
 morgen Dienstag, den 19. Oktober 1920.
 Frau Margarethe Fischer.

Lichtspiele & Silberhölzer

Krystall-Palast
**Der Meisterdetektiv
 Harry Hill**
 in
**Der Kampf in
 den Lüften**
 Detekt.-Sens.-Film in 4 spann. Akten.
Detektiv Fredt Korst
 in
**Der rollende
 Korridor**
 Spannender Kriminalfilm
 in 4 fabelhaften Akten.
 Nur für Erwachsene über 15 Jahre!

Leipziger Angelegenheiten.

Leipzig, 18. Oktober.

Parteilangelegenheiten.

Alt-Leipzig, Bezirk Süden. Dienstag, den 19. Oktober, abends 7/8 Uhr, wichtige Funktionärsitzung im Volkshaus.

Die Bezirksvertreter.

Deutscher Verein Alt-Leipzig, Bezirk Norden. Dienstag, den 19. Oktober, abends 7/8 Uhr, im Appelboom, Berliner Straße 34, haben sich sämtliche Gruppenführer wegen Entgegennahme von Material einzulinden.

Die Bezirksvertreter.

Ostbezirk. Heute Montag, abends 8 Uhr, in der Silberpappel, Volksmarsdorf, Sitzung der örtlichen Vertrauensleute.

Der Bezirksvertreter.

Deutscher Verein Paundorf. Dienstag, den 19. Oktober, abends 7/8 Uhr, Funktionärsitzung im Bibliothekshaus.

Thonberg-Neuendorf. Vorstand und Beisitzer, heute abend 7 Uhr in der Bibliothek Sitzung.

Südtierth-Neuendorf. Frauen! Morgen Dienstag, den 19. Oktober, abends 7/8 Uhr, Fortsetzung des Kurses der Genossin Gerber in Stadt Hof. Praktisches und zahlreiches Erscheinen aller dringend erwünscht!

Ortsverein L. Nordau. Dienstag, den 19. Oktober, abends 7/8 Uhr, Funktionärsitzung im Restaurant Stange.

Achtung, Betriebsräte!

Die Rufe des Genossen Jenßen beginnen nicht, wie am Sonnabend irrtümlich gemeldet wurde, am 28. Oktober, sondern heute und die folgenden Tage in den einzelnen Bezirken.

Der Kursus von Genossen Petermann beginnt Dienstag, abends 8 Uhr, im Volkshaus; im gleichen Lokal beginnt am Mittwoch, abends 8 Uhr, der Kursus des Gen. Jablonsky, Gewerkschaftsartikel Leipzig, Abteilung Betriebsräte.

Der Frauendiskussionsabend in Gohlis findet nicht heute, sondern Mittwoch abend 8 Uhr im Rikau-Ausschank statt. Erziehungsfragen.

Proletarische Bildungsarbeit.

Kursus Graf: Die Entwicklungsgeschichte des Kapitalismus. Beginn Dienstag, den 19. Oktober, abends 6 Uhr im Gartenhof des Volkshauses.

Kursus Dr. Popitz: Das Leben der Pflanzen. Dienstag, den 19. Oktober, abends 7/8 Uhr, im großen Hörsaal des Zoologischen Instituts.

Kursus Herr: Die Entwicklung in der Natur. Beginn für Zentrum und Südbezirk: Dienstag, den 19. Oktober, abends 8 Uhr, im Gartenhof des Volkshauses, Leipzig, Zeiner Straße 32; Ostbezirk: Mittwoch, den 20. Oktober, abends 8 Uhr, im Saale der Silberpappel, Volksmarsdorf, Kirchstraße; Westbezirk: Donnerstag, den 21. Oktober, abends 8 Uhr, im kleinen Saale des Deutschen Hauses, Lindenau, Markt; Nordbezirk: Freitag, den 22. Oktober, abends 8 Uhr, im kleinen Saale des Gohlis-Hörsaals, Gutrigisch, Seitengasse.

Arbeiterbildungs-Institut Leipzig.

Aus den Ratsbeschlüssen.

Erhöhung der Gas-, Strom- und Wasserpreise. Der Rat hat die Mehrausgaben für die Erhöhung der Gemeinbedienstetenlöhne auf die Zeit vom 1. Oktober 1920 bis 31. März 1921 auf 1 375 000 Mark berechnet. Davon entfallen auf die städtischen technischen Werke 534 600 Mk. Zur Deckung dieser halben Million hat der Rat eine weitere Erhöhung der Gas-, Strom-, und Wasserpreise beschlossen. Der Gaspreis wurde von 1,68 Mk. auf 1,88 Mk. für den Kubikmeter, der Wasserpreis von 58 Pfa. auf 60 Pfa. für den Kubikmeter und der Lichtstrompreis um 15 Pfa., der Kraftstrompreis um 5 Pfa. für die Kilowattstunde erhöht. Zustimmung der Stadterordneten ist einsehend.

Es ist in diesem Zusammenhang notwendig, daran zu erinnern, daß der Rat auch anders kann. Als durch die Steigerung der Ausgaben, im besondern durch die höheren Aufwendungen für Gagen, Gehalte und Löhne der Betrieb der städtischen Theater immer kostspieliger wurde, da dachte der Rat nicht daran, sofort die Eintrittspreise für die Theater zu erhöhen. Er bewilligte vielmehr die Erhöhungen auf allgemeine Unkosten, so daß der Zuschuß für das Theaterkonto glücklicherweise auf 3 Millionen Mark angewachsen ist, trotzdem die Stadterordneten nur eine halbe Million bewilligt haben. Die Theatergenossen wurden also nicht verteuert, aber die wichtigsten Lebensbedürfnisse der breiten Masse der ärmeren Bevölkerung werden sofort verteuert. Gegen diese unterirdische, unsoziale Handlung werden die Stadterordneten Einbruch erheben müssen.

Dienststunden. Mit Rücksicht auf die zunehmende Kürze der Tage wurde, um Beleuchtungsmittel zu sparen, beschlossen, in der Zeit vom 1. November bis 28. Februar für die städtischen Dienststellen die Zeit von 8-4 Uhr, Sonnabends von 8-1/4 Uhr als Dienststunden zu bestimmen.

Dachwohnungen. Den vom Ministerium des Innern angeregten Änderungen der ortsgesellschaftlichen Bestimmungen über den Einbau von Dachwohnungen wurde zugestimmt. Zustimmung der Stadterordneten ist erforderlich.

Sprunghaftes Wachsen der Teuerung in Leipzig.

Nach den Berechnungen des Statistischen Amtes der Stadt Leipzig betrug der Mindestaufwand einer aus 2 Erwachsenen und 4 Kindern von 12, 7 und 1/2 Jahren bestehenden Familie in je 4 Wochen in Leipzig (in Mark):

Table with 4 columns: Category (Nahrung, Körperpflege, Kleidung, Unterhaltungswerte), and 4 columns of prices for different dates (23.8, 30.8, 6.9, 13.9, 20.9).

Die Teuerungszahl I ist weiter erheblich und zwar zu Anfang dieses Monats sprunghaft ansteigen; sie hat den Stand von Ende Mai/Anfang Juni wieder erreicht. Der Grund liegt in dem Ansteigen der Preise für Hülsenfrüchte und Fett sowie für Fleisch infolgedessen, als hierfür nach Aufhebung der Zwangswirtschaft im letzten Berwogenabschnitt zum erstenmal eine amtliche Verteilung ausgeteilt und daher nur noch der höhere Freihandelspreis zur Berechnung kam. Die Teuerungszahl II hat gleichfalls eine geringe Erhöhung erfahren.

Die Teuerungszahlen I und II sind nach der Anweisung der Reichsstatistik die Teuerungszahlen II nach den vom Statistischen Amt der Stadt Leipzig aufgestellten Grunddaten, beide unter Mitwirkung eines Ausschusses von Vertretern der Leipziger Arbeiter- und Arbeitnehmerverbände und des Groß- und Kleinhandels, berechnet; vergleiche Dr. Rübörst, Preise und Kosten der Lebenshaltung in Leipzig, in Heft 1 und 2

der Mittelungen des Statistischen Amtes (Verlag von Wilhelm Schönte, Köpferstraße Buchhandlung in Leipzig; Preis 3 Mk. und 20 Prozent Teuerungszuschlag).

Wann wird es wieder Gas für Haushaltungen geben?

Wie wir zuverlässig erfahren, wird die normale Gasversorgung der Haushaltungen in dem Umfange wie vor dem Gemeindearbeiterstreik noch immer einige Tage auf sich warten lassen. Es wird damit gerechnet, daß am Mittwoch zum ersten Male in der Mittagszeit eine Stunde Gas zur Benutzung gestellt werden kann. Am Donnerstag dürfte sich dann die Gasbenutzung auf zwei Stunden ausdehnen. Ob am Freitag oder erst am Sonnabend der Normalzustand wieder hergestellt sein wird, kann noch nicht mit Sicherheit festgestellt werden. Die Gasversorgung hängt davon ab, ob die Öfen während des Streiks dicht geblieben sind. Dies wird sich erst heute oder Dienstag genau feststellen lassen. Trotzdem die Notstandsarbeiten während des Streiks verrichtet worden sind, haben sich die Retorten doch so stark abgekühlt, daß sie erst wieder auf die notwendige Temperatur gebracht werden müssen.

Zum Leipziger Wohnungselend

wird uns noch gelehrt: „Der Zustand auf dem Leipziger Wohnungselend spottet jeder Beschreibung. Fröhlich 8 Uhr wird geöffnet. Um 7 Uhr wird schon angefüllt, denn jeder denkt, als er eine Wohnung zu bekommen. Aber der Mensch denkt und der Hauswirt lenkt. Nachdem man lange gewartet hat, werden die Wohnungen verteuert. Nun geht ein Haufen und Jagen los, die Straßenbahn wird benutzt, um ganz sicher zu sein, eine der Wohnungen zu erhalten. Ist man an dem betreffenden Hause angekommen und hat sein Anliegen dem Hausbesitzer vorgebracht, wird man von diesem -- wenn man nicht von untergeordneten Personen schon vor der Tür abgefertigt wird -- von oben bis unten gemustert. Dann kommt die Frage: Haben Sie Kinder (?!?) und wieviel (?!?). Wenn diese Frage bejaht wird, ist die Wohnung gewöhnlich schon vermietet oder man wird aufgeschrieit, um nie wieder etwas davon zu hören. Ich gehe schon jetzt 1/2 Jahr habe eine Kottwohnung, die gesundheitsschädlich ist, aber die Wohnungen, welche ich zugewiesen erhalten habe, waren immer schon vermietet (!!). Es ist tatsächlich eine Verhöhnung der Wohnungsuchenden, denn wie könnte es sonst raffen, daß die Wohnungen schon immer vermietet sind und zwar hinterher. Der Leipziger Rat müßte nur die enormen Kosten bezahlen, die den Wohnungsuchenden täglich entstehen.“

Das ist ein unerhörter Zustand, der nur möglich ist, weil die Hausbesitzer nur auf ihren Vorteil bedacht sind und weil die Mehrheit des Rates nicht ihre Pflicht erfüllt. Warum schreit

Seht die Wählerlisten zu den Landtagswahlen ein! Sie liegen bis 1/4 Uhr nachmittags aus.

man gegen die Hauswirte nicht ein, die ihre Wohnungen nicht an Familien mit Kindern vermieten? Wir verlangen, daß auf dem Rathaus mit der Saumfreigkeit, die hier an den Tag gelegt wird, gebrochen wird. Der Schandrian muß aufhören, hier mit den großen Wohnungen, mit den Billen für die Wohnunglosen!

Bis 10 000 Mark Miete für eine Wohnung.

Dieser Tage brachten die Leipziger Neuesten Nachrichten nachstehendes Inserat:

Junges Ehepaar, kinderlos, mit Bedienung, sucht für sofort, 1. 12. oder 1. 1. eine halbe große Wohnung als Untermieter. Bedingung: herrschaftliches Haus und große Zimmer. Eigene Möbel vorhanden. Event. übernehmen ganze Wohnung, möbliert oder unmöbliert, gegen Abstand. Zahlen jährlich bis 10 000 Mark Miete.

Das „junge Ehepaar“ braucht also eine halbe große Wohnung -- etwa fünf bis sechs Zimmer -- und, beiseite, wie es ist, -- begnügt es sich schließlich mit einer ganzen Wohnung. Die Hauptfrage ist: herrschaftliches Haus und große Zimmer! Was sagt der Rat dazu? Dürdet er diese Zustände? In Leipzig gibt es 7000 Familien, die auf eine Wohnung warten. Sie können in der Lage vergebens warten, wenn die Zahlungsfähigen, die Schieber, die Kriegsgewinnler, den Armen die Wohnungen wegkaufen.

Volkshausbau und Kommunisten.

Eine Reihe von Gewerkschaftsmitgliedern, die politisch bei der Kommunistischen Partei (KPD) organisiert sind, haben sich geweigert, dem Beschluß der Gewerkschaftsfunktionäre, „einen Tagesverdienst zum Wiederaufbau des Volkshauses abzugeben“, nachzukommen. Sie begründeten ihre Haltung damit, daß ihre Partei einen Beschluß gefaßt habe, nichts zum Volkshausbau beizusteuern. In der Kartellversammlung vom 14. Oktober erklärte Genosse Henschel in seiner Eigenschaft als Vorstandsmitglied der KPD, daß diese Behauptung auf Unwahrheit beruhe. Die Kommunistische Partei betrachte es als selbstverständlich, daß ihre Mitglieder als Gewerkschaftsmitglieder den Beschluß der Gewerkschaftsfunktionäre einhalten.

Wir bringen diese Erklärung den Funktionären und Betriebsräten zur Kenntnis. Gewerkschaftsartikel Leipzig.

Eine Sitzung der Stadterordneten findet am Mittwoch, den 20. Oktober, abends 8 Uhr, statt. Das Kollegium wird u. a. beraten über den Haushaltsplan der Stadt Leipzig auf das Jahr 1920/21 im allgemeinen, über Verringerung des Entwurfes des 1. Nachtrags zur Leihhausordnung, über Gewährung eines außerordentlichen Beitrages an den Verein der Kinderfreunde (Kindereltern), über die Gewährung erhöhter Bauförderzuschüsse an die Eisenbahner-Baugenossenschaft m. B. in Leipzig und die Baugenossenschaft für Eisenbahndienstleistungen in Leipzig-Engelsdorf zu Wohnungsbauten, über Ordnung der Gebühren für Benutzung einiger öffentlicher Einrichtungen der Stadt Leipzig.

Das Leipziger Tageblatt muß konstatieren, daß jetzt Fleisch und Wurst nur der launen kann, der einen Geschbeutel hat, der dem Umfange der Fleischstücke unmaßig entspricht. Trotzdem hält es an der „Freien Wirtschaft“ fest. Es ist eine Hoffnung auf die -- Preisüberwachungsstellen. Deren Aufgabe sei es, gegen die Wucherpreise, „scharf und unerschütterlich“ einzuschreiten. Dann würden wir allmählich auch zu erträglichen Preisen kommen. Es gehört zu den Aufgaben des Tageblattes, für die kapitalistische Wirtschaft, für den freien Handel und ähnliche Dinge einzutreten, daß man das aber in dieser Weise macht, sollte man nicht für möglich halten. Wer noch auf die Preisüberwachungsstellen hofft, der ist entweder ein Narr, oder er betreibt keine Keller in der gewissenlosesten Weise.

Die höchsten Schweinepreise in Leipzig. Für den Zentner Lebendgewicht Schweine wurden in den letzten Tagen gezahlt in Berlin 1300-1600 Mk., Magdeburg 1200-1600 Mk., Dresden 750-1000 Mk., Leipzig 1300-1750 Mk., Hannover 1220 bis 1500 Mk., Elberfeld 1600-1750 Mk., München 1000-1300 Mk.

Fettausgabe für Kriegsbeschädigte und Hinterbliebene. Soweit die Bezugscheine des Ortsamtes für Kriegerversorgung wegen des Andranges bisher nicht haben berücksichtigt werden können, findet Fettausgabe auf diese Scheine Montag, den 18. Dienstag, den 19., und Mittwoch, den 20. Oktober, im Schlachthof, Schaumant 11, Eingang Scharnhorststraße, in der Zeit von vormittags 9 bis 12 Uhr statt.

Mütterkurs des Vereins für Mutterjah in Leipzig. Der erste Mütterkurs beginnt mit dem 2. Vortrag: Schwangerschaft, Vortragende Frau Emma Kauschenbach, Dienstag, den 19. Oktober, Lessingstraße 4, um 6 Uhr abends; der zweite Mütterkurs mit demselben Thema am Freitag, den 22. Oktober, um 6 Uhr abends, gleichfalls Lessingstraße 4. Der erste Vortrag mit Lichtbildern des Herrn Prof. Seih: Mutter und Kind in sozialhygienischer Beleuchtung, der wegen des Gemeindearbeiterstreiks am 12. Oktober ausfallen mußte, wird für die beiden Kurse zusammen, Donnerstag, den 21. Oktober, in der Liebigstraße 24 gehalten.

Der Leipziger Bürgerausschuß hielt am Sonntag seine Hauptversammlung ab. Ein Herr Dr. Krüger aus Essen wandte sich gegen die Sozialisierung der Bergwerke. Der Bürgerausschuß muß doch Sturm laufen gegen die Sozialisierung. Dabei wird kein Aufwand verschwendet. Die Sozialisierung kommt und wenn alle reaktionären Herrschaften sich gegen sie hemmen. Bezeichnend ist, daß man keine letzte Hoffnung auf die Entente setzt. So hat der Redner im Bürgerausschuß erklärt, es werde viel zu wenig beachtet, ob sich die Entente der Sozialisierung gesellen lassen werde. Sie wird sich schon fügen müssen, wenn das Proletariat einig ist. Nach dem Vortrag wählte die Versammlung zum ersten Vorsitzenden an Stelle des Herrn Professor Gohs Landgerichtsrat Dr. Müller. Er meinte u. a., bei der nächsten Stadterordneten-Wahl müsse das Bürgerium geschlossen aufzutreten und nur eine Liste aufstellen.

Keine zweite Paketbestellung und keine dritte Briefbestellung. Die Sachverständigen der beteiligten Kreise nachgehend, eruchte die Handelskammer der Leipzig um Einführung einer zweiten Paketbestellung und einer vierten Briefbestellung. Diese Forderungen sind von der Oberpostdirektion abgelehnt worden.

Zudem rechtzeitig abholen. Die Abholung des Jagers auf die Zuckerkarten, Bezugsarten und Ergänzungsarten für den bis zum 31. Oktober 1920 laufenden Bezugszeitraum beim Kleinhandler muß reiflos bis zum 20. Oktober 1920 erfolgen.

Berücksichtigen Leipzigs. Die Handelskammer schreibt uns u. a.: Von großem Interesse dürfte sein, daß endlich ein Plan in Erfüllung gehen soll, für den sich die Handelskammer schon vor dem Kriege wiederholt eingesetzt hat. So soll voraussichtlich im Februar 1921 der Betrieb auf der Strecke Rohlau-Wiesenburg, über die künftig der Verkehr Leipzig-Berlin in der Hauptsache geleitet werden wird, zunächst auf der fertigen Teilstrecke Rohlau-Jebers-Bergfrieden aufgenommen werden. Diese Strecke wird nach ihrer Vervollendung den Leipziger Reisenden insofern Vorteile bringen, als sie in Berlin in die Stadtbahn einmündet und eine direkte Verbindung mit dem Schließlichen Bahnhof herstellen wird. Es ist bekannt, daß die Handelskammer sich lebhaft für eine Vereinheitlichung der deutschen Eisenbahnen und die Schaffung einheitlicher Verkehrsleistungen und Verkehrsformen einsetzt. Unter diesem Gesichtspunkte ist es zu begrüßen, daß neuerdings die Begehung „Preussische Seite“ und „Sächsische Seite“ für die beiden Hauptbahnhöfe auf der Unterscheidung der bundesstaatlichen Betriebsleistungen in „Westhalle“ für die frühere „Preussische Seite“ und „Osthalle“ für die frühere „Sächsische Seite“ geändert ist.

Nachdem das Reichspostministerium anfangs den Wünschen der Kammer, die Grenze für Postnachnahmen heraufzusetzen, wegen der technischen Schwierigkeiten nicht entsprechen zu können glaubte, hat es schließlich doch den wiederholten Bemühungen der Kammer nachgegeben und gestattet, daß nunmehr bei Paketen Postnachnahmen bis 5000 Mk. zulässig sind.

Eine Eingabe an das Reichsfinanzministerium mit der Forderung, dafür Sorge zu tragen, daß bei der Postüberwachung zur Verhütung der Kapitalflucht unliebsame Verzögerungen in der Zustellung der Postpakete vermieden werden, hatte den Erfolg, daß für die allernächste Zeit derartige Verzögerungen in Aussicht gestellt sind, daß die Zuführung der Auslandspost zu den Postüberwachungsstellen überhaupt entbehrt werden wird.

Ueber die Arbeitsentlohnung auf dem Lande schreibt man uns: Am 11. September 1920 wurde mein Neffe vom Arbeitsamt Leipzig dem Arbeitsamt Jersch überwiesen. Von dort wurde er dem Gutsbesitzer Bunge in Mühlendorf als Kleinrentner zugewiesen. Die Arbeitszeit war von früh 5 Uhr bis abends 7 1/2 Uhr. Gelegente Pausen waren nicht vorhanden. Also ergab sich eine durchschnittliche Arbeitszeit von 15 Stunden täglich! (Das widerspricht den gesetzlichen Bestimmungen!) Für diese geleistete Arbeit zahlte Herr Bunge -- sage und schreibe -- eine ganze 18 Mark die Woche! Hier wurden in Abzug gebracht für Steuern 3,35 Mk., für Kost 2 Mk. Wahrscheinlich hat der Junge, der im 18. Lebensjahre steht, mehr gesehen als dem Bauer fleh war. Somit verblieb ein Wochenlohn von 12,65 Mk. oder die Stunde 14 Pfa.! (Und da sollen die Arbeiter aufs Land gehen.) Nach diesen wahrheitsgetreuen Angaben wäre der Bauer imstande, seine Karolinen für 5 Mk. pro Zentner zu liefern und nicht, wie jetzt, für 20 Mk. und noch mehr. Außerdem scheint für den Ort Mühlendorf die Waffenausbgabe nicht zu bestehen. Am 3. Oktober war Revision der Gewehre. Es wurde geprüft, ob jeder noch im Besitz seiner Waffe wäre. Die Durchsicht unternahm ein Felderer Feldweseh, jetziger Landwirt Herr Falkenberg in Mühlendorf. Die Gewehre nahmen natürlich die Bauern wieder mit nach Hause. Ich frage deshalb, ob die gesetzlichen Bestimmungen nur für die Wolefarur geschaffen sind und zu welchem Zweck die Bauern im Besitz der Waffen bleiben?

ha. Marken zu 100 und zu 50 Mk. sind jetzt bei der Post zu haben. Es sind dies Einkommenssteuermarken, die bei den heutigen Geld- und Einkommensverhältnissen natürlich dringend gebraucht werden. Beide Marken sind in zweifarbigen Buchdruck auf welchem Papier hergestellt, das mit dem Wasserzeichen „Bierpap“ versehen ist. Sie sind natürlich ebenso groß wie die kleineren Werte. Die 100-Mk.-Marke zeigt blau mit gelb einen einfachen ovalen Rahmen um die große Zahl 100. In dem Rahmen liest man „Einkommenssteuer“ und „Mark“. Die Marke zu 50 Mk. zeigt den neuen Reichsadler ohne Krone und Bewehrung mit nach außen und oben gepreilten großen Flügeladlern. „Fünzig Mark“ ist hier in Buchstaben ausgedrückt.

P. Sturz aus dem Eisenbahnzug! Am Donnerstag, dem 14. dieses Monats, ist eine in Gohlis wohnende 71-jährige Witwe auf der Poststelle Gohlis-Möden aus einem Abteil des 6 Uhr 45 Minuten von Corbeitha einlaufenden Zuges auf bis jetzt noch nicht geklärt Weise rücklings auf den Bahndamm geallert, wo sie bemußlos liegen blieb. Die bedauernswerte Frau wurde von 2 Arbeitern nach dem Bahnhofsgelände getragen und von da später mit Rettungswagen nach dem Krankenhaus St. Georgs gebracht.

Die Beratung hat bis jetzt das Bewußtsein noch nicht wieder erlangt und wird leider wohl kaum mit dem Leben davonkommen. Wer über den Unfall und insbesondere dessen Ursache Angaben zu machen vermag, wird gebeten, sich sofort bei der Kriminalabteilung zu melden.

Kleinfleischverkauf. Hüblich-Blagwitz von 2 Uhr an Wurstverkauf, Hüblich-Kleinjäger von 9 Uhr an Fleischverkauf, Pohle-Anger von 9 bis 4 Uhr Fleisch- und Wurstverkauf.

Lebensmittelliste für Dienstag, den 19. Oktober.

Nur Haushaltungen.

Ausgabe. Nahrungsmittel für Kinder bis zu zwei Jahren: Beginn — bestellt mit H 4, M 4, N 4, Z 4 der Lebensmittellisten S 1, S 2, S 3.

Nahrungsmittel für Schwangere: Beginn — bestellt mit SN 4 der Sonder-Lebensmittelliste für Schwangere usw.

Nur Händler.

Butter und Kolosse: Bezugskartenablieferung.

Wochenplan.

Leipziger Schauspielhaus. Montag, Dienstag, Mittwoch, 7 Uhr: *Bunbury*. Donnerstag, 7 Uhr: *Sumpf*. Freitag, 7 Uhr: *Bunbury*. Sonnabend, 7 Uhr: *Der Richter von Salamea*. Sonntag, 1/4 4 Uhr: *Die Fledermaus*; 7 Uhr: *Der Richter von Salamea*. Montag, 7 Uhr: *Bunbury*. Dienstag, 7 Uhr: *Der Richter von Salamea*.

Theater in der Operstraße (Kammertheater). Montag bis Freitag täglich 8 Uhr: *Die Freundin*. Sonnabend, 4 Uhr: *Der Sturmpeter*; 8 Uhr: *Die Freundin*. Sonntag, nachmittags und abends 8 Uhr: *Die Freundin*.

Sächsische Angelegenheiten.

Die Chemnitzer Kartoffelsteigerung.

Die Chemnitzer Kartoffelsteigerung, der vorgeworfen wird, daß sie 20 Wagen Kartoffeln nach Böhmen habe verschicken wollen, findet endlich das Wort zu folgender Erklärung:

„Es handelt sich um eine amtliche Maßnahme der Kartoffelstelle, die diktiert war von einem Notstand. Ende September war die Stadt Chemnitz derartig gut mit Kartoffeln versorgt, daß sich 80—100 Waggons auf dem Hauptbahnhof anammelten, die nicht abgeholt werden konnten. Die Bevölkerung war wütend über die Qualität der Ware geworden, weshalb konnten eine ganze Reihe von Waggons, die minderwertige, unsortierte Ware enthielten, schlechterdings nicht an den Mann gebracht werden. Die Kartoffelstelle versuchte zunächst, die Ware auswärtigen sächsischen Gemeinden anzuführen, auf 20 Ladungen bildete sie aber keinen. Insbesondere war das Ergebnis durch den Handel relativ mit Kartoffeln eingebüßt; selbst die Landesartoffelstelle konnte nicht helfen und lehnte im übrigen ab mit dem Vermerk, daß die Zwangswirtschaft vorbei sei und sich jeder selbst helfen müsse. Bei der äußerst kritischen Finanzlage der Stadt durfte die Kartoffelstelle die Ware nicht verschicken. In dieser kritischen Situation wendeten sich die Bürgermeister der Gemeinden Witten und Wieditz und übernahmen die 20 Ladungen, die hier nicht unterzubringen waren, zu einem Preise der wenigstens die Verkehrsstellen deckte. Die Bürgermeister erklärten, daß sie die Kartoffeln für die notleidende Bevölkerung ihrer Gemeinden verwenden wollten. Die Ladungen wurden zunächst von der Kartoffelstelle Chemnitz nach Johanngeorgenstadt dirigiert, weil das Geld noch nicht eingegangen war und sollten sobald letzteres gekommen sei, in Johanngeorgenstadt zur Verfügung der Käufer gehalten werden. Von einer Verschönerung oder Verheimlichung kann schlechterdings keine Rede sein. Der Städtischen Kartoffelstelle stand für die Ausfuhr ein Schein des Reichskommissars für Ein- und Ausfuhr, Berlin, zur Verfügung, dessen Gültigkeitsdauer auf dem Schein selbst bezeugt war. Es ist richtig, daß schon früher 18 Ladungen an die genannten Käufer abgestellt werden mußten, weil sie anderweit nicht unterzubringen waren. Solche Maßnahmen zu treffen, ist aber nicht allein die Städtische Kartoffelstelle Chemnitz gewungen gewesen, sondern auch andere Städte haben bei Kartoffelüberfluß an Deutschland-Böhmen geliefert. Die disponierte Ware war keine Kellerware, sie konnte also in Chemnitz auch nicht für knappe Zeiten aufgehoben werden.“

Der Betriebsrat der Eisenbahnen des Bahnhofes Schwarzenberg hielt die Sendung an, da er der Meinung war, es handle sich um eine Scheinung unter mißbräuchlicher Verwendung der amtlichen Stempel. Trotzdem er auf telephonischen Anruf sofort verständigt worden war, daß es sich um eine offizielle Maßnahme der Städtischen Kartoffelstelle handle, hinderte er im Verein mit den Betriebsräten die Weiterbeförderung der Ladungen. Die Städtische Kartoffelstelle hat, nachdem sie sich überzeugt hatte, daß die Maßnahme in Schwarzenberg nicht verstanden wurde und Erregungen hervorbrachte, von der Ausfuhr ab und verhandelte mit den Betriebsräten in Schwarzenberg über die Freigabe der Kartoffeln zur Verwendung im Inlande. Die Städtische Kartoffelstelle mußte leider die Erfahrung machen, daß die Schwarzenberger Betriebsräte es sich in den Kopf gesetzt hatten, auf Kosten der Chemnitzer Bevölkerung einmal recht billige Kartoffeln zu essen. Weber die Eisenbahnverwaltung des Bahnhofes Schwarzenberg, noch der Stadtrat zu Schwarzenberg, noch die Amtshauptmannschaft, so sehr sie der Meinung waren, das Verfügungsrecht im Inlande könne der Städtischen Kartoffelstelle durch die Betriebsräte nicht genommen werden, hatten die Macht, die Städtische Kartoffelstelle zu schützen, insbesondere zu verhindern, daß die Betriebsräte die Ladungen umstellen und keinen Käufer an sie heran ließen. In zweitägigen Verhandlungen wurde die Kartoffelstelle unter ständigen Drohungen der Betriebsräte, die Kartoffelladungen durch die Arbeiterfirmen zu lassen, gezwungen, 10 Ladungen zu 20 Mk. an die Betriebsräte und 10 weitere Ladungen zu 25 Mk. an andere Gemeinden des Bezirks abzugeben, und zwar frei Bahnhof Schwarzenberg, was für die Stadtgemeinde Chemnitz einen Schaden von circa 70 000 Mk. bedeutet. In diesem Verhalten der Betriebsräte konnten auch die Beauftragten des sächsischen Gesamtbetriebsrates sächsischer Arbeiter und des Betriebsrates der Eisenbahnen, die die Verhandlung führten, nichts ändern. Inzwischen ist nach der Beauftragung des Reichskommissars für Ein- und Ausfuhr eingeschritten und hat den für die Kartoffelladungen bestimmten Kaufpreis beim Stadtrat zu Schwarzenberg mit Beschlag belegt, weil nach seiner Ansicht der Ausfuhrschein zu beanstanden ist. Die Kartoffelstelle beharrt demgegenüber auf ihrem Standpunkte, daß der Ausfuhrschein zur Zeit noch gültig ist, da eine Gültigkeitsdauer bis zum Dezember d. J. auf dem Schein selbst vermerkt ist. Der Rat der Stadt wird gegen den Reichskommissar auf nichtrechtlichem Wege die Aufhebung der Beschlagnahme zu erwirken suchen, sowie gegen die, die durch Drohung die Kartoffelstelle zur Verschleuderung der 20 Ladungen gezwungen haben, straf- und zivilrechtlich vorgehen, insbesondere die Anfechtung des durch Drohung zustande gekommenen Kaufvertrages mit der Stadtgemeinde Schwarzenberg ins Auge fassen, um auf diese Weise wieder zu seinem Gelde zu kommen.“

Aus dieser „Aufklärung“ geht lediglich eine Befestigung darüber hervor, daß Kartoffeln von der städtischen Kartoffelstelle nach dem Ausland verschoben werden sollten. Daran ändert auch die Ausrede von der angeblichen Notlage nichts, in der sich die Kartoffelstelle befinden habe. Es hätten sich in Sachsen nicht eine ganze Reihe Gemeinden gefunden, deren Einwohner unter der Kartoffelnot zu leiden haben. Aber für die Chemnitzer Kartoffelstelle war, wie aus der Erklärung hervorgeht, die Angelegenheit zunächst eine Finanzfrage. Die böhmischen Gemeinden zahlten lebenslang besser. Und da konnte ein Teil der sächsischen Bevölkerung ruhig weiter darüber. Der Vorgang zeigt wieder einmal die Unhaltbarkeit des ganzen letzten Ernährungssystems.

Neue Anfragen in der Volkstammer.

Die sozialdemokratische Fraktion der Volkstammer hat folgende Anfrage eingebracht:

Am 23. Juli hat die Volkstammer folgenden, die Arbeiterrentenempänger betreffenden Beschluß gefaßt: Die Regierung zu ersuchen, unter erstem Hinweis auf die äußerst bedauerliche Lage der Arbeiterrentenempänger in Sachsen bei der Reichsregierung mit allem Nachdruck für die sofortige Gewährung einer einmaligen Beihilfe an die bedürftigen Arbeiterrentenempänger einzutreten und, falls das Reich sich hierzu nicht binnen kürzester Frist einverstanden erklären sollte, die Regierung zu beauftragen, zur Milderung der Notlage sofort selbst entsprechende Maßnahmen durchzuführen und die Mittel dafür nachträglich im Nachtrage zum Staatshaushaltplan anzufordern. Was hat die Regierung getan, die in diesem Beschluß enthaltenen Forderungen zu erfüllen und die Not der Arbeiterrentenempänger zu mildern?

Eine weitere Anfrage der sozialdemokratischen Fraktion will Aufklärung darüber, ob die Staatsregierung bereit ist, für die Wahlen zu den Stadterordnetenvereinigungen und Gemeinderäten eine Verordnung zu erlassen, um die fehlende Klarheit über die Frist, innerhalb deren die Wahlen stattzufinden haben, zu schaffen.

Sächsische Ausführungsvorschriften zur Reichsverordnung über die Erwerbslosenfürsorge.

Vom sächsischen Arbeitsministerium sind weitere Ausführungsvorschriften herausgegeben worden, in denen zunächst darauf Bezug genommen wird, daß mehrfach Strafgerichte Erwerbslose freigesprochen hatten, gegen die von den Gemeinden Strafmaßnahme wegen Betrugs gestellt worden war, weil die Betreffenden sich durch Verschweigen der Tatsache, daß ihre Frauen Arbeitsverdienst hatten, eine hohe Erwerbslosenfürsorge verschafft hatten. Diese Freisprüche sind damit begründet worden, daß eine Rechtspflicht zur Anzeige der Tatsache, daß die Ehefrau in der fraglichen Zeit Arbeitsverdienst hatte, für den Erwerbslosen nicht bestanden habe, da weder eine Verpflichtung in der Reichsverordnung über Erwerbslosenfürsorge ausgesprochen sei, noch dem Erwerbslosen seine Behauptungen widerlegt werden konnten, daß er speziell über eine solche Angelegenheit niemals befragt worden sei. Das Arbeitsministerium bringt dies zur Kenntnis, um die Gemeindeverwaltungen darauf hinzuweisen, daß sie bei den Ermittlungen über die Personenverhältnisse sorgfältig sein müssen. Es werden dann noch verschiedene andere Erläuterungen und Klarstellungen gegeben, und vor allem wird noch angeordnet, daß die wegen Verminderung der Reichswehr zur Entlassung kommenden Reichswehrangehörigen für die ersten acht Wochen vom Tage der Entlassung an, keinerlei Unterstützung erhalten sollen, weil ihnen ihre Bezüge vorläufig noch fortgezahlt werden. Sind sie nach Ablauf der acht Wochen erwerbslos, so ist ihnen Unterstützung ohne Einhaltung einer Wartefrist zu zahlen. Für die Arbeitsvermittlung sind die entlassenen Reichswehrangehörigen so zu behandeln, als ob sie zu dem Zeitpunkt um Arbeit nachgesucht hätten, an dem die vorgeschriebene Meldung der Fürsorgestelle für Entlassene beim Wehrkreiskommando dem zuständigen Arbeitsnachweis zugeht.

Gegen das Zweiklassenystem auf der Eisenbahn.

Gegen die beabsichtigte Neueinteilung der Eisenbahnklassen in eine Holz- und Posterklasse ist von den sächsischen Eisenbahnbehörden angelehnt wegen finanzieller Bedenken Einspruch erhoben worden. Begründend wird u. a. gesagt, daß für die Holzklasse nur der heutige Fahrpreis der 4. Klasse möglich sein werde, denn die Fahrpreise sind bereits so hoch, daß eine weitere Heraushebung nicht eintreten dürfe, wenn die Einnahmen nicht noch wesentlich geringer werden sollten, wie sie es heute schon sind. Ein weiterer Ausfall der Einnahmen würde aber untragbar sein. Genau so liegen die Verhältnisse für die Posterkasse, für die nur der heutige Fahrpreis der 2. Klasse in Frage kommen könnte. Eine andre Schwierigkeit liegt im internationalen Verkehr. Es sei unmöglich, daß Deutschland inmitten anderer Staaten, die ein mehrklassiges Eisenbahnsystem haben, nur einseitig ein Zweiklassenystem einführe. Ausländische Reisende, die zum Endziel ihrer Fahrt nur durch Deutschland gelangen können, hätten ein Recht darauf, auch in Deutschland in der Klasse befördert zu werden, die sie bezahlt hätten.

Rochitz. Die Stadterordneten beschäftigten sich in ihrer letzten Sitzung mit der Frage der Ausgestaltung der Amtshauptmannschaft Rochitz aus der Leipziger in die Chemnitzer Kreisshauptmannschaft. Die Stadterordneten sprachen sich gegen eine Stimmführung für den Rotobeschluß aus, wonach die Amtshauptmannschaft Rochitz im kreisshauptmannschaftlichen Bezirk Leipzig verbleiben soll.

Döbeln. In Steinbrunn brannte das große Säeunengebäude des döbelner Gutes nieder. Reiche Vorräte an Getreidekörnern und landwirtschaftlichen Maschinen sind durch das Feuer vernichtet worden.

Freiberg. Die Stadterordneten bewilligten 10 000 Mark zur Verbilligung von Holzstücken für Kriensbesitzende und Kriegsheimkehrer. Die gleiche Summe als Beihilfe für die Handwerksleute (vom Stadtrat waren dazu nur 6 000 Mark ausgesetzt worden). Ferner 10 000 Mark Beihilfe für die Landtags-, Stadterordneten- und Kreisverordnetenwahlen. Das Schulgeld an hiesigen Realgymnasien ist für einheimische Schüler auf 400 Mark, für auswärtige auf 800 Mark festgesetzt worden.

Aus der Umgebung Leipzigs.

Blutimpfung bei Maul- und Klauenseuche.

Mit Rücksicht auf die besonders in Bayern beobachteten guten Erfolge der Blutimpfung bei Maul- und Klauenseuche ist auf Anordnung des Wirtschaftsministeriums den Tierärzten Sachsens eine Anleitung zur Blutimpfung gegen die bösartige Maul- und Klauenseuche mit dem Anbelag gegeben ausgefertigt worden, in geeigneten Fällen danach zu verfahren.

Das Impferfahren besteht darin, daß man alle Tiere eines selbst angelegten Niederbestands mit Blut von Rindern impft, bei denen die Maul- und Klauenseuche seit 7—14 Tagen abgeheilt ist. Das von ihnen Gerinnungsstoffen befreite Blut wird Kindern in einer dem Gewicht jedes Tieres entsprechender Menge in die große Wirtelgefäße oder die Bauchhöhle eingespritzt. Bei bereits erkrankten Tieren soll das eingespritzte Blut heilende bei noch nicht erkrankten Tieren vorbeugende Wirkung enthalten. Da jedoch die vorbeugende Wirkung nur von kurzer Dauer ist und bei fortwährender Infektionsgefahr die Möglichkeit besteht, daß die geimpften Tiere doch noch erkranken, empfiehlt es sich, bei der Blutimpfung aller Tiere zu noch nicht offensichtlich erkrankt sind vor allem auch keine Blasenbildung zeigen und noch nicht steifer in der gewöhnlichen Weise anzustehen, d. h. ihnen Speichel- oder Blaseninfekt frischerkrankter Tiere in die Maulschleimhaut einzutreiben. Die ganze Behandlungsweise, insbesondere auch die Blutentnahme, ist für die Tiere durchaus ungefährlich. Die Blutimpfung kann natürlich nur von einem Tierärzte vorgenommen werden, der auch nur allein imstande ist, die einschlägigen Verhältnisse zu beurteilen, und der auch weitere Auskunft über das Verfahren erteilen wird. Es hat im eigenen Interesse der Viehbesitzer, den Ausbruch der Maul- und Klauenseuche recht frühzeitig zu stoppen und alsbald tierärztliche Hilfe in Anspruch zu nehmen. Die etwa vorzunehmenden Impfungen erfolgen ausschließlich auf Rechnung und Gefahr der Tierbesitzer. Es darf wohl von der Einsicht der Tierbesitzer erwartet werden, daß sie zu einem Verfahren das in anderen Mitgliedstaaten des Reiches mit recht gutem Erfolge zur Anwendung gekommen ist, ihre Rinder zur Blutentnahme zur Verfügung stellen und damit dazu beitragen, daß die Verluste weiter herabgemindert werden.

Böhlitz-Heuberg. Zur Landtagswahl. Von Sonntag, den 17., bis Sonntag, den 24. Oktober, liegen die Wählerlisten täglich von 8 bis 1 Uhr vormittags im Gemeindeamt zur

Einsichtnahme aus. Diejenigen Wähler, die an der Einsichtnahme verhindert sind, wollen sich an die Genossen Bretau, Weitznerstr., Meinhardt, Haarenreckschütz, Hindenburgstr., und Meckert Annumverein, wenden, die die Einsichtnahme übernehmen. Zur Wahl ist der Ort in drei Bezirke eingeteilt worden. Für den ersten Bezirk ist das Wählerlokal das Restaurant Grüne Aue. Dort wählen alle Wähler, deren Name mit den Anfangsbuchstaben A—H beginnt. Zweiter Bezirk. Wählerlokal: Restaurant Schloß Weitz. Buchstabe: J—Q. Dritter Bezirk. Wählerlokal: Restaurant zur Börse. Buchstabe: R—Z.

Lieberwolkwitz. In der letzten Gemeindeversammlung hat Genosse Schirmer, die Sitzungen möglichst an dem dafür bestimmten Tage (Dienstag) stattfinden zu lassen. Dem soll entsprochen werden. Das Objt der Gemeinde, das zum großen Teil in eigener Regie bewirtschaftet wurde — ein kleiner Teil wurde in kleinen Losen verpachtet —, ergab einen Reingewinn von 4576 Mk. Ein Beitrag, den laut der Händler einsteckt, kommt hier der Allgemeinheit zugute. In zweiter Lesung wurde ein 0,5prozentiger Zuschlag zur Grunderwerbsteuer für Rechnung der Kirchengemeinde fassen angenommen. Aus der Kirche Ausgetretene sind hier von befreit. Die Pachtzinsen für kleinere Feldstücke, die bei der letzten Verpachtung eine geradezu un sinnige Höhe erreicht hatten (bis 1000 Mk. pro Acker), beschloß man in doppelter Höhe des Betrags von vor sechs Jahren zu erheben, mit der Begründung, daß die Produkte, die die Pächter nicht in eigener Wirtschaft brauchen, der Gemeinde zu angemessenen Preisen zur Verfügung stellen. Die Herstellung eines kleinen Schmuckplatzes am Eingang der Blumenstraße wurde einstimmig beschlossen. Für die Fuhren der Gasanstalt wurden 75 Mk. pro 200 Zentner und für die Gemeindefuhren 15 und 8 Mk. pro zwei resp. einpännige Geschirrfuhne bewilligt. Zu einem Gesuch der Firma Kiesel u. Co. wegen Freileistung zwecks Stromversorgung wurde Vertagung beschlossen zur Beschaffung mehrerer Unterlagen. Ein Gesuch des Vertreters der Erwerbslosen um Erhöhung seiner Entschädigung für Zeitaufwand bei der Arbeitsvermittlung von 25 auf 40 Mk. wurde zur Weiterbehandlung an den Erwerbslosenausschuß zurückverwiesen. Die Beschaffungsbeihilfe in der vom Ausschuss festgesetzten Höhe wurde einstimmig angenommen. Es erhalten danach: über 20, 13, 8 und 4 Wochen Arbeitslose:

Gruppe I:	350 Mark, jeder Angehörige 100 Mark
II:	250 „ „ „ „ 100 „
III:	150 „ „ „ „ 60 „
IV:	100 „ „ „ „ 30 „

In der Hauptsache werden dafür Kohlen und Kartoffeln geliefert und ein kleiner Betrag in bar. Einem Gesuch des Vereins Heimatkunde um Erhöhung des Jahresbeitrags wurde stattgegeben und 50 Mk. bewilligt. Die Wahl eines Sauerbrotvereins wurde zurückgestellt, da noch eine Auskunft vom Finanzamt gewünscht wurde. Eine unvermutete Revision der Gemeindefuhren ergab keine Beanstandungen. Einen breiten Raum nahm die Behandlung der Kartoffelsteigerung ein. Die Preisfrage erregte bei allen Parteien heftigsten Unwillen, hauptsächlich bei den sogenannten Vertragskartoffeln. Die verfehlte Preispolitik der Regierung zeigte sich hier in ihrer ganzen Schablonenart. Die Vertragskartoffeln kommen der Gemeinde frei Bahnhof Lieberwolkwitz auf 84 bis 85 Mk. zu stehen. Doch sind Möglichkeiten ins Auge gefaßt, auch diese Kartoffeln mit 25 Mk. pro Zentner abzugeben, um die Versorgung der Einwohner so erträglich wie möglich zu gestalten. Ein geharnischter Protest an die Amtshauptmannschaft zur Weitergabe an die Regierung wurde einstimmig beschlossen. Für Minderbemittelte soll eine weitere Preisermäßigung eintreten. Zur Feststellung der Minderbemittelten wurde eine Kommission gewählt, bestehend aus Herrn Gemeindevorstand Kluge sowie den Herren Frauendorf, Scheide, Göpperz und Fischer. Eingaben in dieser Sache sind im Gemeindevorstand niederzuliegen. Zu einer erregten Aussprache führte eine Beschwerde der unabhängigen Fraktion über das Verhalten eines Beamten gegenüber den Arbeitslosen, die von der Behörde Aufführung und schneller Erzielung ihrer Angelegenheiten erwarten. Wegen vorgeschrittener Zeit wurde die Aussprache über die Volksküche vertagt.

w. Erßern. Gemeindevorstand vom 15. Oktober. Der Nachtrag zur Gemeindevorstandsbesetzung, die Erhebung der Grundsteuer betr., wurde in seiner staffelförmigen Wänderung genehmigt, die Besteuerung des steuerfreien Einkommens dagegen einstimmig abgelehnt. In Abrechnungssachen des früheren Gemeindevorstandes Flügel wurden Beschlüsse gefaßt, die zur Regelung dieser seitigen Angelegenheit führen sollen. Einer Kommission, bestehend aus dem Gemeindevorstand Jäger und den Herren Kretschmar und Staul, wurde diese Sache überwiesen. Hierauf wurde Bericht gegeben über die Verlegung der Gemeindeglieder mit Kartoffeln. Obwohl den Landwirten des Ortes nachgewiesen wurde, daß ein Preis von 15 Mk. für den Zentner Kartoffeln vollständig genügend sei und für die Landwirte noch ein schöner Verdienst herausspringt, verbarren sie hartköpfig auf ihrem gefassten Beschluß, 25 Mk. pro Zentner zu verlangen. Es koste ihnen alles das Zehnfache, folglich müßten sie auch alles um das Zehnfache verkaufen. Dabei bedenten die Herren aber nicht, daß das Einkommen eines Arbeiters nur um das Fünftel- und Sechsfache seit Kriegsbeginn gestiegen ist. Wollen die Arbeiter, um diesem Wucher zu begegnen, durch neue Lohnforderungen einen Ausgleich herbeiführen, dann sind es gerade wieder dieselben Leute, die über Unangenehmheit der Arbeiter weinen. Es muß dabei aber anerkannt werden, daß es dem Genossen Kretschmar als 2. Gemeindevorstand, sowie dem Gemeindevorstand Jäger gelungen ist, bei dem Rittergutsbesitzer Fiedler-Croftewitz circa 500 Zentner Kartoffeln, unausgelesen, wie sie das Feld liefern, für 10 Mk. zu erhalten. — Eine derbe Abrechnung und Auseinandersetzung gab es darauf mit den prestigetragenden Vertretern der Landwirtschaft, besonders mit Herrn Kluge, der mit Hilfe des bürgerlichen rechtssozialistischen Blocks nach Zusammensetzung des Gemeindevorstandes zum 1. Gemeindevorstand gewählt wurde. Bei einem Angebot von Obstbäumen erklärte dieser Herr, daß es jetzt nach der billigen Abgabe des Obstes an die unbefähigten Einwohner und ärmere Bevölkerung (die jetzt vielfach zusammengehenden USP. und SP. hatten für Pfäumen 50 Pfg., Birnen 60 Pfg. und Äpfel 80 Pfg. gefordert) sich nicht verlohne, die Straßen mit Obstbäumen zu bepflanzen. Eine Pflanzung mit Pappeln würde er vorziehen. Dabei riskierte er Seitenhiebe und gemeine Verdächtigungen gegen unsere Genossen Kretschmar, der die Überwachung und den Verkauf des Obstes leitete und der Gemeinde nach Abzug des Pflückerlohns und der Unkosten einen Reingewinn von 3000 Mk. garantierte. Es wurde dem Herrn nachgewiesen, daß Genosse Kretschmar in uneigennützigster Weise für die Gemeinde gearbeitet hat und nicht einmal den für ihn festgesetzten Lohn für diese Wochen entnommen hat.

Bezirksverband Grimma.

In der Woche vom 18. bis 24. Oktober erhalten Versorgungsberechtigte 80 Gramm Butter zu 75 Pfg. und 50 Gramm Schweinefleisch zu 1,00 Mk. auf den Abschnitt der Fettmarkte M.

Die Geschäftstätigkeit der Amtshauptmannschaft — einschließlich der Geschäftsstellen des Amtsverbandes im Schützenhause und Lange Straße 80, des Bezirksarbeits-Nachweises Gae Höhnstädter Straße und Markt, des Bezirksamts für Kriegserlösfürsorge und des Vereins „Heimatkund Grimma-Land“ (Nikolaistraße 10, Erdgeschoss) — beginnt vom 20. ds. Mts. ab bis auf weiteres an allen Werktagen vormittags 10 Uhr, und endet an den Montagen bis Freitag nachmittags 4 Uhr, für den öffentlichen Verkehr bereits 3 Uhr, an den Sonnabenden 2 Uhr.

Die Kasse der Amtshauptmannschaft ist nur bis 2 Uhr. Sonnabends nur bis 12 Uhr für den Verkehr geöffnet.

Anfragen durch Fernsprecher können nur in der für den öffentlichen Verkehr festgesetzten Geschäftszeit erledigt werden.

An Sonn- und Feiertagen ist vormittags 11—12 Uhr zur Erledigung dringender Angelegenheiten ein Beamter in der Rangliste anwesend.

Zöllinger und seine Zucht.

Von Konrad Voelke.

31] Zeichnungen von Hans Albert Förster. Nach dem siebenten Rundgange waren die Teilnehmer erschöpft, so daß sie sich wieder an ihren Patentisch setzten. Kroll ging seinem Schenknamen nach, aber der lange Strich, der ihm vom Nasenring herunterbaumelte, kam zwischen seine Beine, er stolperte und zerbrach den Ehrenhumpen eines Edelpreußen.

Diese Untat zog ihm dreißig Hiebe mit dem flachen Schläger zu. Da erschien auf Kroll's Stirn eine Wutfalte, es gelang ihm nicht mehr, den gewohnten Ausdruck stumpf-sinniger Heiterkeit zu bewahren. Als bald bemerkte ein Edelpreuße dieses verdächtige Anzeichen.

„Das Züchtlingsschwein will aufmucken! Gußt euch das Vieß an. Nehmt euch in acht!“

„Flüche, holt doch mal die Pistolen,“ befahl der Festwart. Die Flüche stießen, und der Festwart steckte Kroll, der sich auch das noch gefallen ließ, eine kleine Zielscheibe, wie sie beim Zimmerschießen benutzt wurde, an die Stelle des Herzens auf die Brust.

„Seß dich auf die Hinterbeine, Möp'schen,“ sagte er dabei, „mach ein Männchen, esendes Hundetier.“

„Wir wollen ihm doch lieber die Nasenschnur um den Hals legen,“ meinte der hoffnungsvolle Sprößling Zumbrecht.

Es geschah so, und Zumbrecht zog zum Späße an der Schnur, so daß dem Züchtling die Luft ausging. Er würgte, und ganz plötzlich wurde seine Wut größer als die ihm eingeschärftste Vorsicht, er riß sich die Schnur ab, sprang mit einem einzigen Satz zum Bierfaß, hob es mit seinen mächtigen Armen und schleuderte es brüllend auf den Tisch, der zertrümmert auseinandertrachte. Die Trinkutensilien der Edelpreußen wirbelten durch den Saal, die Humpen, die Gläser, die Wechbecher, die nagegelbesägenen Gefäßstücke, die übernen Renommierschläger schwirrten wie Sprengstücke durch die Luft, die Edelpreußen wimmerten unter Trümmern.

Der unvermutete Einschlag von Kroll's Bombe hatte ihre Gefektskraft stark heruntergesetzt. Flüche, Schmerzensschreie, Anrufe des Teufels und der Mutter Gottes mischten sich mit dem kurzen Knall vereinzelter Schüsse zu einem der edlen Körperchaft nur wenig angemessenen Getöse.

Aber die Hände und die Augen der Jünglinge waren unsicher vor Trunkenheit und Säure; nur der Vorstehende und der Festwart, beide bewährte Meisterhölzer, trafen die Scheibe auf Kroll's Brust.

Sie kamen nicht dazu, die Ringe zu zählen und sich über den Meisterschuß zu streiten; Kroll ergriff ein Tischbein, zerhug ihnen die Köpfe und zertrampelte alles, was sich im Saale bewegte. Das Gemehel war fürchterlich, und nur wenige, die starr vor Trunkenheit bereits Toten glichen, entgingen dem jähen Verderben.



Danach verließ Kroll den in eine Leichenhalle verwandelten Festsaal; er kam nicht weit, eine Kugel hatte ihm die Lorta zerlöchert, und das war selbst für ihn zuviel. Er starb, froh einer großen und guten Tat, auf der Treppe des Bundeshauses.

Dieses schreckliche Unglück, von dem die Ueberlebenden einen nur unklaren Bericht zu geben vermochten, war eine bittere Pille für die erwartungsvoll festfrohen Oberdeutschen. Soviel stand fest: es war wieder einmal ein Züchtling wild geworden. Und dieser Züchtling kam von Knobbe.

Die Inzichten genügten nun, um Knobbe vor das heimliche Gottesgericht zu laden.

„Oberdeutsch-Knobbe,“ sprach der Großgottschastverweser Gökensleuchter, und seine dumpfe Stimme hallte durch die Katafomben der Dreifaltigkeitskirche, in denen das Gericht stattfand, „wie stellen Sie sich zu folgenden drei Vertrauensfragen: Was wissen Sie von der wunderlichen Krankheit des Großgottschastverwesers? Woher kam Oberdeutsch-Januschalls Sohn? Drittens, was sagen Sie zu der entsetzlichen Mordtat des von Ihnen gestifteten Züchtlings Kroll?“

Wir glauben diese drei Fragen nicht voneinander trennen zu können. Sie scheinen uns durch ein geheimnisvolles Band miteinander verknüpft. Zweimal haben wir unseren Verdacht eingeschleifert in der Erwägung, ein Oberdeutscher von Ihrer gesellschaftlichen Stellung sei solcher Schandtaten nicht fähig. Wir möchten auch jetzt, wo die erschlagenen Edelpreußen mit dem Finger auf Sie zu deuten scheinen, an Ihre Unschuld glauben, vorerst bleibt uns aber nur die peinliche Befragung übrig.“

„Er ist vom Ausland gekauft, Oberdeutschland zu verderben.“ knurrte auf seinem Richterstuhl Januschall, der vom Duell her den Arm noch in der Binde trug.

Knobbe schrie vor Entrüstung und hielt im Gefühl seiner Zweidrittelmehrheit eine glänzende Verteidigungsrede.

Januschall überreichte ihm wortlos die beiden Anklagebriefe Stephanies.

„Ach,“ rief Knobbe nach dieser Lektüre mit rührender Klage, „jetzt verstehe ich endlich. Darum also vergoß ich das Blut meines früheren Freundes. Januschall, töten Sie mich, aber hören Sie mich vorher an. Zöllinger, der Halsling Zöllinger verübte diese Schandtaten, undankbar für mein langjähriges Wohlwollen, mit dem ich ihn überhäufte, hündisch, wie die Halslinge sind. Und nur er, er allein verblödete den armen Krappe.“

(Fortsetzung folgt.)

Herbstferien.

Skizze von Franz Winkemann.

Es war zwischen vier und fünf Uhr morgens in einer Landarbeiterwohnung. Ein Teil der Familie saß am Tisch und trank Kaffee.

Das trübliche Licht einer Oelkerze machte die arbeitsige Stube noch unfreundlicher. Die Decke war niedrig, die Wände waren laß bis auf eine, an der ein Bild der Kaiserfamilie hing. In der Wand unter diesem Bild stand ein Bett, in dem drei kleinere Kinder lagen. In einer Ecke stand Mutters Stuhl, ein Schrank, und vorn zwischen den beiden Fenstern der Tisch, an dem Kaffee getrunken wurde.

„Ferien müßte es gar nicht geben!“ murkte der dreizehnjährige Karl.

Niemand sagte etwas darauf. Die Mutter stand vor dem Tisch und schnitt Brot ab zum Mitnehmen. Dann und wann trank sie einen Schluck Kaffee und ah einen Wilsen. Neben Karl saß sein zehnjähriger Bruder Emil. Der schien noch nicht ganz aufgewacht zu sein. Alle anesantag mühte er angesetzt werden, weil ihm fortwährend die Augen zuckten, und weil er Essen und Trinken vergaß.

Der Vater ah und trank hastig. Nach einem Weilschen erst schien er begriffen zu haben, was Karl sagte.

„Ihr solltet froh sein, daß ihr ein paar Pfennige mit verdienen könnt,“ brummte er. „Ihr habt noch viel zu viel Schule. Wir brauchen bloß den Winter hinein. Da konnten wir unsre Eltern ganz anders unterstützen. Aber ihr habt eben kein bißchen Lust zur Arbeit. Das einzige, was ihr könnt, das ist den ganzen Tag seß!“

So schimpfte und brummte der Vater der beiden Jungen. Das größte Laster war bei ihm das Lesen. Karl, der sehr gern las, hätte überhaupt kein Buch in die Hand nehmen können, wenn nicht seine Mutter gern ein Auge zudrückte, wenn der Vater nicht zu Hause war. Es hieß ja auch, daß Mutter als Kind auch gern gelesen hätte. Jetzt las sie nicht mehr. Sie hatte ja keine Zeit und hätte sich auch vor ihrem Manne geschämt.

Der Vater war fertig mit Kaffeetrinken und trieb zur Eise. Die Mutter, die stets die meiste Arbeit hatte, war auch fertig geworden. Sie ging in die Kammer zur Großmutter, um noch schnell einiges zu besprechen. Dann packte sie den Tragkorb. Kartoffelsack, Brot für vier Personen, Spaten, Kaffeeflaschen, alles war drin. Sie ließ sich den Korb auf den Rücken heben. Nun konnten sie gehen.

Draußen war es noch dunkel. Ein kalter, nismuttiger Herbstmorgen. Schweigsam gingen sie ihren Weg, ein paar Minuten die Dorfstraße, dann ins Feld hinaus.

Allmählich wurde es etwas heller und man sah mehrere Trupps sich in derselben Richtung bewegen. Der Mann gewöhnlich vorn, ein paar Schritte dahinter die Frau mit dem Korb auf dem Rücken und die Kinder. Nur ein jüngeres Paar machte gewöhnlich eine Ausnahme. Der Mann trug den Korb und die Frau ging leer neben ihm. Ueber die beiden hatte es schon manches Kopfschütteln gegeben. Es gehörte sich doch nicht, daß der Mann den Korb trug. Und wie sich die haben konnten! Einmal hatten sie sich vor allen Leuten geküßt.

Auf dem Kartoffelfelde, dem Orte ihrer Tätigkeit, arbeiteten schon einige. Der Vater von Karl und Emil ärgerte sich, weil ihm einige zuvorgekommen waren. Er wollte stets der erste sein.

Der „Kartoffelackord“ war der große Kausereifer für die Dorfbewohner. Es wurde viel Geld verdient, was sehr notwendig für die Herbstausgaben gebraucht wurde. Von einer Familie ging die Sage, daß sie in einer Woche 50 Mark verdient hätte. Allerdings waren es sechs Kinder, Vater und Mutter.

Es war aber auch nicht bloß arbeiten, es war direkt ein Kampf auf Leben und Tod.

Nachdem der Aufseher und die ersten Wagen gekommen waren, ging es los. Die Männer gruben die Büsche heraus, die Kinder suchten die Kartoffeln auf und die Frauen trugen sie nach dem Wagen. Aber in welchem Tempo geschah dies alles!

Jeder Graber hatte eine größere Fläche, sechs, acht oder zehn Kartoffelreihen nebeneinander. Jeder nahm so viel wie möglich. Bled er aber bei der Arbeit zurück, so bekam er weniger Reihen. Und nun saate er auf dieser Fläche hin und her und schleuderte wie rasend Busch auf Busch heraus. Eine Pause wurde selten gemacht, und meistens auch nur, wenn den Kindern mit dem Spatenstiel mehr Eifer gemacht werden mußte.

Die Kinder suchten die Kartoffeln auf und schüttelten sie in die Tragkörbe, die von der Domäne geliefert wurden und ungefähr einen Zentner fahten. War ein Korb voll, so trug ihn die Mutter nach dem Wagen und bekam eine Wachmarke dafür. Nach der Anzahl der Marken gab es dann Lohn.

Ob die Arbeit des Vaters oder der Mutter schwerer war, war nicht leicht zu entscheiden, denn sie hatte fast ununterbrochen zu tragen. Karl hätte seine Mutter gern manchmal abgelöst, weil sie oft am Zusammenbrechen war; aber er kam ja die Treppe zum Wagen nicht hinauf mit dem schweren Korb.

Die beiden Jungen hatten auch vollauf zu tun mit dem Aufsuchen. Der Vater hatte zehn Reihen und schleuderte die Büsche nur so hin. Da machte es viel Arbeit, aus diesem Wirrwarr die Kartoffeln herauszufinden. Der kleine Emil konnte auch noch nicht so richtig. Der Korb wurde ihm schon so schwer, wenn er erst halb voll war. Dann ließ er ihn stehen und trug die Kartoffeln zu ihm hin. Karl schüttete ihm den Korb aus. Es kam auch vor, daß sich Emil auf den Korb setzte und über etwas nachdenken mußte. Sah es der Vater, so riß er ihn gar bald aus seinen Betrachtungen. Gewöhnlich durch einen Wurf mit einer Kartoffel.

Von acht bis einhalb neun sollte eigentlich Frühstückvape sein. Die Zeit wurde aber niemals eingehalten. Das Brot wurde hintergeschlungen, und dann ging es sofort weiter bis Mittag.

Mittagspause mußte richtig gemacht werden, denn der Aufseher mit den Marken ging um elf nach Hause und kam erst um ein Uhr wieder. Es wurden noch schnell alle Körbe gefüllt und dann ging man auch nach Hause.

Im Laufe des Nachmittags, besonders von der Pause an, schienen die Kräfte doch nachzulassen. Die Hezerei war lange nicht mehr so arg als am Vormittag.

Am sechs war Felerabend. Die Familien schritten ihren Wohnungen zu. Ein Glid war es, wenn eine alte Großmutter das Essen bereits gekocht hatte. Wenn eine Familie niemand hatte, so mußte die Frau jetzt noch kochen, wenn sie hundemilde nach Hause kam.

Karl und Emils Mutter hatte ja das nun nicht nötig. Das Essen hatte Großmutter fertig, und sie konnten alle gleich essen.

Nach dem Essen wurden die drei Kleinen ins Bett gebracht. Der Vater schloß gewöhnlich am Tisch ein. Emil hatte sich während des Essens kaum wachhalten können. Gleich nach Beendigung des Abendessens taumelte er in sein Bett.

Nur die Mutter mußte noch wachbleiben, denn es gab sehr viel zu silden und zu stopfen. Es kostete ihr große Anstrengung, wachzubleiben; alle Augenblicke fielen ihr die Augen zu. Dann riß sie sich zusammen und nähte oder stopfte weiter, ärgerlich darüber, daß sie sich nicht beherrichen konnte. Das schlechte Licht war auch mit schuld.

Karl blieb auch noch ein Weilschen auf. Entweder holte er ein Buch hervor, wenn Vater eingeschlafen war, und las, bis ihm die Buchstaben durcheinanderschwammen. Oder er plauderte mit der Mutter. Er hatte allerhand zu erzählen.

Nächste Ostern kam er aus der Schule. Vater hatte gewollt, daß Karl mit nach der Domäne ging, um sofort etwas Geld ins Haus zu bringen. Doch Mutter hatte es durchgesehen, daß er Maurer werden konnte. Karl wäre ja am liebsten Buchdrucker geworden; die hatten immer mit Büchern zu tun. Aber das hätten sie doch nicht ausführen können — vier Jahre Lehre. Maurer war auch ganz schön. Er wollte dann sofort nach Beendigung der Lehrzeit in die Fremde und immer Geld schicken. Dann konnten sie sich eine Petroleumlampe kaufen und ein Sofa und noch viele Sachen.

Mutter freute sich mit ihrem Festesten und träumte davon, daß sie es möglich machen möchte, keines ihrer Kinder auf die Domäne zu schicken, damit sie es einmal besser bekamen, als sie selber und Vater es hatten.

Dann verlangte die Natur auch von Karl ihr Recht, und er troch zu Emil ins Bett. froh darüber, daß wieder ein Tag von der Herbstferien um war und er wieder einen Tag näher zu Ostern gerückt war.

Wie es nur kam, daß Karl so wenig Lust zur landwirtschaftlichen Arbeit hatte, wo er doch schon so früh dazu angehalten worden war?

Kleine Chronik.

Kammerspiele (Die Freundin). Anfang der vier Jahre, als man Sudermann noch belnahe ernst nahm, schrieb Alfred Kerr über ein neues Stück von ihm ungefähr so: „Sudermann hat ein Drama geschrieben. Ein Drama! Drama! Drama! Drama! Drama!“ — Bei dem Drama ist es geblieben, diesmal heißt es Die Freundin und hat vier Akte und eine Pause. Daß darin „das Problem der gleichgeschlechtlichen Liebe zwischen Frauen behandelt“ wird, ist zuviel gesagt; Sudermann und Probleme! Es kommt nur eine Person darin vor, die Max Stirner halb neudant hat und nun das Recht des Ihs gegen Menschheit und Natur verteidigt. Auch gegen die Natur! Darin liegt die Sensation, mit der geschäftstüchtige Bühnenleiter nun haustieren gehen. Sie kommen auf ihre Rechnung, ohne Zweifel, es müßte keine wurmstichige, ausgelagte Bourgeoisie mehr geben! — Die Aufführung an sich ging an. Um die Sudermannschen Theatergruppen nun einigermaßen von der Weltkluft zu heilen, dazu bedarf es freilich ganz außerordentlicher Leistungen.

Konzert Walter Döll. In Italien, dem sonnigen Süden, wo die Natur dem Auge ungedrohtene Farben, weitgeschwungene Linien bietet, sind jene Meister der Kunst zu Hause, deren Schaffen die Freude an edler Form und abgeklärter Ausgeglichenheit auszeichnet. Tartini (Beginn des 18. Jahrhunderts) mit seiner G-Moll-Sonate ist ein treffliches Beispiel dieser aus Erhabene strebenden Kunstströmung, welche die strenge Gebundenheit der Form nicht als Fessel, sondern als höchstes Gesetz der musikalischen Schönheit empfindet. Wie anders Brahms, dessen dämonische D-Moll-Sonate Werk 108 den Abend beschloß! Der Sohn der wolkenschweren Vaterkant läßt die Stürme seiner nordischen Heimat in seinen Tönen aufbrausen, jene Stürme, die gen Süden eilen und in seiner Musik als sehnsuchtsvolle Melodien verhallen. — Walter Döll hat sich seit dem letzten Jahre vervollkommen, vor allem in der Auffassung. Seine Technik war der Chaconne von Bach indes noch nicht ganz gewachsen.

Warum der Mann am Weibe leidet und das Weib am Manne, lautet das Thema, über das Herr Gerling im Zentraltheateraal sprach. Der Redner gehört zu den Idealisten, die immer noch glauben, das Sexualproblem lasse sich durch Erziehung der Geschlechter zu gegenseitigem Verständnis lösen, also auf pädagogischem Wege. Daß diese Frage nur ein Spezialproblem in unserm gesamten verkommenen Gesellschaftsleben darstellt, das nur zu lösen ist, wenn in den ganzen Grundlagen ein Wandel eingetreten ist, das sieht er nicht. Und deswegen ist der von ihm eingeschlagene Weg natürlich in der Praxis ungangbar. Immerhin brachte er doch eine ganze Menge Auffklärung in den einschlägigen physiologischen Fragen, und es war erfreulich zu hören, wie er die traditionelle bürgerliche Moral angriff, die er an diesem Abend schuldig zu sein. Aber es bleibt doch Reis halbe Arbeit, was diese bürgerlichen Reformer trotz bestem Willen leisten können. Auch hier nicht Reform, sondern Revolution!

Städtische Theater. 18. Montag werden die ausgefallenen Anrechtvorstellungen nachgespielt, und zwar zunächst 230. Anrecht-Vorstellung (2. Folge, rot) „Der Troubadour“. Anfang 7 Uhr. — Im Alten Theater ist heute eine geschlossene Aufführung für die Deutschnationalen Volkspartei, im Operette-Theater gleichfalls eine geschlossene Vorstellung für den Leipziger Wirtschaftsvorband. — Die Aufführungen von „Piay“ für den Schillerverein nehmen am Dienstag, abends 7 Uhr, ihren Fortgang. In diesem Abend gelten die Karten mit dem Aufdruck: „Schillerverein 1b“. (Zust. öffentl. Vorst.) — Rudolf Jäger hegeht heute als Manrico im „Troubadour“ das Subtilium seines tausendsten Auftretens in Leipzig.

Schauspielsinn. Da in den letzten Tagen Proben nur sehr beschränkt abgehalten werden konnten, muß die für Dienstag geplante Aufführung von Hafenclevers Jenetts bis auf weiteres verschoben werden. — Am Sonnabend Gestaltung der Richter von Salamea. Spielleitung: Georg August Koch. — Karten auf Legrettschste können nur noch an der Tageskasse vormittags zwischen 10 und 2 Uhr entnommen werden.

Vollstühne. Am Dienstag, Mittwoch und Donnerstag wird das Schauspiel „Das Räthchen von Heilbronn“ wieder in den Spielplan aufgenommen. Die insolge des Lichtstreiks abgesetzte Aufführung der „Königin“ wird nunmehr am Sonnabend in Szene gehen.

In dem Dichter-Abend, den die Deutsche Dichter-Gedächtnis-Stiftung am Freitag im Rathhause veranstaltet, wird Ferdinand Gregori Berlin Dichtungen Dehmels zu Gehör bringen.

Der Parteitag in Halle.

Halle, 18. Oktober.

5. Verhandlungstag. Vormittags-Sitzung.

Die Verhandlungen werden gegen 10 Uhr durch den Vorsitzenden Braß eröffnet. Vor Eintritt in die Tagesordnung erhält zu einer Erklärung der Genosse Ledebour das Wort.

Er führt aus, daß seine Freunde den Wunsch haben, nach den gestrigen Sitzungen die Verhandlungen ruhiger fortzuführen. Der Sturm der Entrüstungen über die Ausführungen des Genossen Losowsky ist nicht aus irgendeiner formalen Beleidigung entstanden, sondern aus den Beleidigungen, die Sinowjew schon und dann Losowsky gegen die Gewerkschaftsbewegung richtete und die die Gewerkschaften nationalitätlicher und kapitalistischer Politik anklage. Dagegen wurde so lechhaft Sturm gelaufen. Durch einmütigen Beschluß des Kongresses war dem Genossen Sinowjew das volle Recht eines Teilnehmers des Parteitags eingeräumt. Er hat das Recht auszusprechen zu großen Beschlüssen. Losowsky hat hier nur aufzutreten als Vertreter einer ausländischen Organisation, um den Parteilag zu begrüßen. Er hat die Beleidigung eines Gastes überschritten, er hat nicht das Recht, sich in unsere internen Verhältnisse einzumischen. Das ist der Grund weshalb seine Freunde insbesondere diejenigen, die innerhalb der Gewerkschaften tätig sind, erklärt haben, daß dieser Mann nicht weiter reden darf. Wir nehmen Losowskys Zusicherung, daß er nicht mehr beleidigen werde, entgegen und sprechen die Erwartung aus, daß er das Gastrecht nicht weiter mißbrauchen wird.

Im Namen seiner Freunde erklärt Adolf Hoffmann, daß keine Anmachungen getroffen seien. Losowsky werde nur noch 3 oder 5 Minuten sprechen. Hoffmann fährt dann fort: Ich will feststellen, daß der Streit sich nicht darum dreht, daß Losowsky Beleidigungen ausgesprochen haben sollte. Aus dem Protokoll (aus dem Hoffmann zitiert) geht klar hervor, daß Losowsky keine beleidigenden Worte und Sätze ausgesprochen hat. Es geht aber daraus hervor, daß Dikmann geäußert hat: Sie sind ein internationaler Schwindler. (Pfl.) Weiter ist der Zorn gefallen: Herunter mit dem Schwindler. (Exult.) Wenn also festgelegt werden soll, wer sich schuldig hat, so gibt darüber das Protokoll die beste Auskunft. Außerdem für wir nicht partikularistisch und rationalistisch orientiert, sondern wir sind wirklich nicht darauf antwortend, ob ein russischer Genosse hier scharfe Ausführungen gegen die Gewerkschaften gemacht hat. Am Losowsky etwas am Zeug flicken zu können, mußte er heute Ausführungen Sinowjews annehmen. Im übrigen bin ich der Ansicht, daß Genosse Ledebour am wenigstens berufen ist, über etwaige beleidigende Äußerungen zu urteilen. (Stürmischer Beifall.)

Genosse Dikmann zur Geschäftsordnung: Wir haben gestern den lebendigsten Protest zum Ausdruck gebracht nicht wegen formaler Dinge, sondern wegen der Inflationierung an alles vorher Gesagte. Losowsky hat den internationalen Gewerkschaftsbund als „gelb“ bezeichnet. (Sehr richtig! links.) Dikmann zitiert die Äußerung Losowskys, die lautet: Sie, die Herren der Amsterdamer Gewerkschafts-Internationale, sind mit ihrer ganzen Taktik, mit ihrem ganzen Herzen bei der Bourgeoisie. Dikmann stellt weiter klar, wie Losowsky ihn persönlich heruntergerissen habe. Wir sagen ihm, an Hand der Beleidigungen Sinowjews und Losowskys gegen den internationalen Gewerkschaftsbund erklären wir, wir haben es satt, uns fortgesetzt beschimpfen zu lassen. (Stürmischer Beifall und Widerspruch.)

Vorsitzender Braß verliest den ganzen Wortlaut des Stenogramms, woraus hervorgeht, daß im Augenblick der stürmischen Unterbrechungen kein Anlaß zur besonderen Entrüstung vorlag, daß Losowsky nicht Dikmann persönlich und die anderen Gewerkschaftsmitglieder getroffen haben wollen.

Das Schlüsselwort erhält, von starkem Beifall begrüßt, Losowsky, der ausführt, daß von beiden Seiten festgelegt worden ist, daß er (Losowsky) keine beleidigenden Äußerungen gegen die anwesenden Gewerkschaftler getan habe, daß sich der gestrige Sturm also nur gegen die Tendenz seiner scharfen Kritik der Amsterdamer Gewerkschafts-Internationale gerichtet habe. Weiter führt Losowsky sinngemäß aus, daß, wenn man in den deutschen Gewerkschaften die Politik des Burgfriedens und der Wirtschaftsverbindung bekämpfe, man keine internationale Politik des Wirtschaftsfriedens, wie sie die Amsterdamer treibe, unterstützen dürfe. (Hier kommt es zu erneuten stürmischen Unterbrechungen der Reden.) Deshalb sprechen wir auch von der reinen Amsterdamer Gewerkschafts-Internationale; es ist mir aber nicht eingelassen, die 20 Millionen Gewerkschaftsmitglieder als „Gelbe“ zu bezeichnen. Die Kommunisten treten keineswegs für die Zerstückelung der Gewerkschaften ein, was Losowsky durch Zitate aus einer von ihm gehaltenen Rede, die als Broschüre erschienen ist, belegt. Aus einer Versammlungsbericht der Freiheit vom 14. Oktober geht hervor, daß von den Rechtssozialisten der USA der Ausschluß der „Kommunistischen Zellen“ den Verbänden empfohlen werden soll. Hier liegt in Wirklichkeit die Gefahr der Spaltung der Gewerkschaften. Wir Kommunisten wollen die Gewerkschaften nicht zerstören, sondern erobern. (Starker Beifall.)

Das Wort erhält jetzt der Genosse Longuet, für den die Genossin Sender überseht. Ich bedauere aufs tiefste, nicht in eurer Sprache zu euch sprechen zu können, aber wir sprechen ja im Grunde alle dieselbe Sprache und so werden wir uns schon verstehen. Ich bin beglückt, daß ich als erster nach den langen schweren Jahren, die hinter uns liegen, zu den deutschen Sozialisten sprechen kann. Longuet gedenkt des Kongresses von 1918, auf dem die ganze sozialistische Partei Frankreichs wieder auf den Boden des revolutionären Sozialismus zurückgebracht wurde. In allen Ländern war der Krieg die große Probe für den Sozialismus. Longuet gedenkt aller Repräsentanten des deutschen Sozialismus, Karl Liebknecht, Rosa Luxemburg, Haase, Eisner. Unsere Partei ist noch geeint. Wir haben einen Vertrag geschlossen, wie wir alle, die dem Berliner Vertrag zustimmen haben, ausgeführt. Wir werden auch weiter ausbleiben, wenn es die Einheit der Partei erfordert. Wir wollen die traurigen Stunden, wo es bei uns 5-6 Fraktionen gab, nicht mehr erleben. Ihr selbst habt ähnliches erlebt und geht noch weiterem entgegen. Ich hoffe, daß nach diesem Leidenweg das deutsche Proletariat sich wieder zu jenen von Jaures vorgezeichneten Weg der Einheit findet.

Wir sind marxistisch genug, zu glauben, daß nicht das Gefühl allein die Arbeiter nach Rußland zieht. Ich sprach kürzlich vor der englischen Arbeiterkammer in Glasgow und konnte auch da die heile Sympathie der englischen Arbeiter für Rußland feststellen. Aber so sehr ich die russische Revolution anerkenne, so sehr ich jede Kritik der russischen Methoden ablehne, um der Bourgeoisie keine Waffen zu liefern, so sehr entschieden fahre ich auch die Methoden unserer russischen Kameraden für Westeuropa.

Die Bedingungen entpringen einer spezifisch russischen Volkstheorie, und die 3. Internationale soll eine russische Internationale werden. (Lebhafter Beifall.) Die Bedingungen sind zum größten Teil unannehmbar für Frankreich, England und auch für Deutschland. Ich weiß, daß ihr in eurer Mehrheit für die Bedingungen seid. Aber diese Bedingungen sind leichter anzunehmen als durchzuführen. (Lebhafter Beifall.) Hätt ihr sie durchgeführt, wärdet ihr mancher Mühsal beraubt sein. Longuet kommt dann auf die Gewerkschaftspolitik zu sprechen und erklärt, daß Krossard in Orleans ausgesprochen hat, daß die Moskauer Gewerkschaftspolitik für Frankreich unannehmbar sei. Ich werde mich bemühen, niemand zu verletzen. (Bravo!) Aber ich muß bemerken, daß ich die russischen Methoden für gefährlich halte. (Longuet erwidert auf einen Zwischenruf, daß nicht Marx, sondern Bakunin solche Taktik betrieben habe.) Wenn es auch gelungen ist, an die Stelle der

Rechtssozialisten an. Unabhängige in die Gewerkschaften zu setzen, warum wollt ihr sie zerstören, warum arbeitet ihr so nicht weiter? Appleton ist abgelehnt, ihr könnt Regien abgeben. (Bravo!), warum wollt ihr aber zerstören?

Die Agrarfrage ist bei uns nicht einfach. In Frankreich haben die Bauern bereits das Land. (Zuruf: Aber in Deutschland nicht. Stürmische Heiterkeit.) Ihr habt hier Millionen von Industriearbeitern, wir haben Millionen von Bauern, gegen und ohne die wir keine Revolution machen können. Trotz meiner Freundschaft für Rußland, die mich meinen Parlementslehre gefolgt hat, muß ich auch erklären, daß wir mit russischer Taktik nur die Bourgeoisie stärken, und bei uns ist aber die stärkste Bourgeoisie in Europa. Wenn die Einheit der Arbeiterklasse zerstört ist, wird die Revolution noch weiter hinausgeschoben und der Kapitalismus triumphiert. (Lebhafter Beifall.) Was in Rußland, in England, in Belgien, in Amerika, in Spanien als Sekte besteht das ist nicht das Proletariat. Aber wir brauchen das ganze Proletariat. Um sich zu verheiraten, müssen zwei vorhanden sein. Wenn die Braut Schwierigkeiten bereitet, muß die Hochzeit hinausgeschoben werden. In dieser Situation befinden wir uns. Wir haben wiederholt Beweise unserer Liebe dargebracht, aber als Antwort zeigt man uns den Stock.

Ich will schließen mit dem Wort von Marx: Proletarier aller Länder, vereinigt euch! und nicht Proletarier aller Länder, zerplittert euch! (Stürmischer, anhaltender Beifall.)

Die Diskussion ist erschöpft. Zu einer persönlichen Bemerkung erklärt Martow: Es ist ganz richtig, daß meine Partei in der ersten Phase der russischen Revolution in einer Koalitionsregierung gesessen hat, aber ich und meine Freunde haben diese Regierung mit allen Mitteln bekämpft, und wir haben vor unserer Spaltung mit dieser ganzen Koalitionspolitik keinen Tisch gemacht und die rechten Genossen der Partei hinausgeschmissen. Martow geht im einzelnen auf die Vorgänge bei der Oktoberrevolution 1917 ein, aus denen hervorgeht, daß damals eine Einigung zwischen Bolschewiki und Menschewiki möglich war, daß aber Lenin und Trotzki sie verhindert. Seit drei Jahren haben Sinowjew, Kamenev und andre ihre Überzeugungen gewechselt, während ich auch heute noch meine damalige Überzeugung teile.

In einer persönlichen Bemerkung weist der Genosse Ledebour die Angriffe des Genossen Hoffmann zurück.

Ihm entgegnet in einer weiteren persönlichen Bemerkung Adolf Hoffmann, daß er gelangt habe, das Bild von Keiserungen Sinowjews solle nur die Schwäche der Lebensgrundlage begründung werden. Auf die Anpassungen wegen des Kultusministeriums will ich nicht eingehen, da ich mich damals nur dem Willen der Parteigenossen gefügt habe. In der weiteren Polemik bringt Hoffmann noch zum Ausdruck, daß sein Zorn „Glückliche Reise über Leipzig nach Kassel“ dadurch gerechtfertigt wurde, daß der Weg der Rechten bei weiterer Befolgung der eingeschlagenen Politik unbedingt zu den Rechtssozialisten führen müßte. (Beifall bei der Linken.) Genosse Braß bittet die Delegierten, in Anbetracht der Wichtigkeit der Verhandlungen, daß diese möglichst ohne persönliche Bemerkungen geführt werden.

Genossin Sender stellt folgenden Satz Longuets, der sich Widerspruch erhoben hat, klar: Wenn Sinowjew den Vorschlag machte, man möge die Bedingungen nennen, mit denen man nicht einverstanden sei. Ich will nicht annehmen, daß dies ein Kongreßmanöver sein sollte. Wenn es ehrlich gemeint war, bitte ich die russischen Genossen, die Bedingungen zu revidieren unter gleichberechtigter Mitwirkung der in Frage kommenden Parteien. Aber indem diese letzteren nicht als Untergebene gegenüber Vorgesetzten, sondern in vollem Sinne als Gleiche behandelt werden. (Lebhafter Beifall.)

Für den Deutschen Eisenbahnerverband erklärt Genosse Stephan, daß der von Losowsky vorgebrachte Fall Gelbe nichts mit dessen Parteistellung zu tun habe, da im Verbandsmitglieder aller drei Parteien sind.

Paul Schulz, Frankfurt a. M. widerspricht dieser Feststellung und erklärt sie als formal und sachlich unrichtig.

Darauf erstattet Kassel den Bericht der Mandatsprüfungskommission. Er stellt fest, daß Proteste aus fast allen Teilen Deutschlands eingegangen sind, die sich teils gegen die Urwahlen, teils gegen die Anwendung der Verhältniswahl, teils gegen ihre Unterbrechung richteten. Es muß festgestellt werden, daß bei einem so vielfältigen Wahlverfahren von einer richtigen Wahl keine Rede sein kann. Um Klarheit zu schaffen, haben wir eine bestimmte Richtlinie aufgestellt, die mit Stimmengleichheit in der Kommission abgelehnt wurde. So hat also der Parteitag selbst zu entscheiden. Es sollen nur die unstrittigen Mandate geprüft werden. Kräftig sind die Mandate von Hannover. Weiter steht offen Hamburg-Land. Als gültig anzusehen sind die 6 Mandate, ebenso die von Altona. In Hamburg-Stadt selbst sind so eigenartige Parteiverhältnisse, daß die Befürworter der Liste Bergmann keine Möglichkeit hatten, ihren Wahlvorsatz zur Kenntnis zu bringen. Die Kommission hat beschlossen, 7 Mandate der Befürworter, 3 der Gegner anzuerkennen. Das gleiche gilt für Württemberg, wo zwar Urwahl, aber keine Verhältniswahl erfolgt ist. Hier hat die Kommission 7 Mandate den Befürwortern und 2 den Gegnern zuerkannt. Stimmen Sie diesen Vorschlägen zu, dann übernehmen die Organisationen auch die Verpflichtung, die Kosten für diese Mandate zu übernehmen.

Zur Ergänzung nimmt Genosse Wegmann das Wort und erklärt, daß die Zusammenlegung des Parteitags gewiß kein getreues Spiegelbild des Willens der Mitgliedschaften ergibt. Aber ich möchte mir dennoch das Urteil nicht zu eigen machen, daß hier von einer Zufallsmehrheit gesprochen werden kann. Das ungenaue Spiegelbild liegt daran, daß die Mitteilung des Zentralkomitees, ohne Urwahl kein Mandat gültig, zu spät in die Bezirke gelangt ist. Es steht noch dahin, ob die Zentrale auf Grund des Organisationsstatus in dieser Parole berechtigt war. Der Redner stellt fest, daß durch die um 24 Stunden vergrößerte Abfertigung der Pflichtbeiträge, also durch die Schuld eines Einzigen, 42.000 Hamburger Parteimitglieder unvertreten bleiben sollten, während ihnen 21 Delegierte zustehen. Wegmann schlägt vor, die 18 aus Hamburg anwesenden Delegierten der Anstaltsbefürworter anzuerkennen und den Gegnern 3 zuzubilligen. Auch für Württemberg ist eine Einigung erzielt worden. Wenn wir sämtliche Mandate anerkennen wird an dem Stimmengleichbild doch nichts geändert werden. Werden alle strittigen Mandate anerkannt und den Gegnern die vorgeschlagenen 3 zugebilligt, so wird sich die Zahl der Delegierten auf 398 erhöhen. Bei der Urabstimmung sind nach den gesammelten Notizen 144.964 Stimmen für und 91.000 Stimmen gegen die Bedingungen abgegeben worden.

Im Auftrage seiner Württemberger Parteifreunde gibt Böttcher-Stuttgart eine Erklärung ab, in der gesagt wird, daß die Urwahlen der Parteilagsdelegierten in Württemberg auf Grund von Vereinbarungen zwischen Mehrheit und Minderheitsorganisationen stattgefunden haben, die 9 Delegierten der Mehrheit und daher zu Recht gewählt. Um jedoch keinen Konfliktstoff zu schaffen, fügen sich die Parteifreunde Böttchers dem Mehrheitsbeschlusse des Parteitags.

Hierauf gibt Genosse Rosenfeld folgende Erklärung ab: Aus dem Bericht der Mandatsprüfungskommission ergibt sich, daß bei der Wahl der Delegierten zu diesem Parteitags in zahlreichen Bezirken nicht ordnungsmäßig verfahren ist. Nach den Bestimmungen des Zentralkomitees und der Zentralleitung waren die Wahlen in allen Bezirken durch Urwahlen und als Verhältniswahlen vorzunehmen. In manchen Bezirken haben keine Ur-

wahlen, in andern Bezirken keine Verhältniswahlen stattgefunden. In diesen Bezirken wurden in einem Teil der Organisationen Urwahlen, in einem andern Teilwahlen in Versammlungen oder Konferenzen vorgenommen. In diesen Bezirken haben zum Teil Verhältniswahlen, in andern Teilen nur einfache Urwahlen stattgefunden. In manchen Bezirken sind die verschiedenartigsten Wahlmethoden angewendet worden: Urwahlen und Wahlen in Versammlungen oder Konferenzwahlen durch einfache Mehrheit und als Verhältniswahlen.

Mithin fehlt diesem Parteitags die gemeinsame rechtliche Grundlage für zahlreiche Mandate, und damit den Beschlüssen eine unanfechtbare rechtliche Grundlage. (Adolf Hoffmann ruft: Advoat!) Den Rechtsanwalt Karl Liebknecht haben wir alle verehrt (Stürmischer Beifall), den Rechtsanwalt Kurt Rosenfeld habt ihr noch bis in die letzten Tage gern in Anspruch genommen. (Stürmischer Beifall rechts.)

Ich habe weiter zu erklären: Hinzukommen noch die besonderen Vorformnisse und die größten Verstöße in den Bezirken Hamburg, Württemberg, Hannover und andern Orten. (Zuruf: Frankfurt a. M.!) Jawohl, auch Frankfurt a. M. Wir wollen in diesem historischen Augenblick keine Auseinandersetzung um Mandate entfachen. Ich enthalte mich daher völlig des Eingehens auf alle Einzelheiten. Wir werden aber gegen die Gültigkeit der Mandate stimmen.

Um den Parteitag nicht länger als unbedingt notwendig mit dieser Mandatsprüfung aufzuhalten, beschränken wir uns jetzt darauf, hier vor aller Welt feierlich Rechtsverwahrung zu erheben. (Stürmischer Beifall rechts.)

Für die Rechte gibt Genosse Rosenfeld eine Erklärung ab, in der u. a. gesagt wird, es hätten vielfach keine Urwahlen der Verbände stattgefunden. Danach fehlen gemeinsame Grundlagen für zahlreiche Mandate, und sonach erlangen die Beschlüsse der Rechtsgrundlagen. (Großer Lärm links.) Rosenfeld fährt fort: So wirkt die Anrufung des Rechts auf Sie! (Von links ruft man ihm zu: „Advoat!“) Dazu kommen noch besondere Vorformnisse, größte Verstöße in verschiedenen Bezirken. Wir wollen in diesem historischen Augenblick keine Auseinandersetzung über die Maßstäbe entfachen. Wir gehen auf Einzelheiten nicht ein, werden aber gegen die Gültigkeit stimmen. Wir legen weiter feierlich vor aller Welt Rechtsverwahrung ein. (Händeklatschen auf der Rechten.)

Koenen stellt unter dem Beifall der Mehrheit des Parteitags fest, daß die Erklärung Rosenfelds jeder Wirksamkeit entbehrt. Er verliest aus dem Organisationsstatut, um zu beweisen, daß jeder Parteilag selbständig seine Mandate prüft. Die Sitzung des Zentralkomitees, des Beirats und der Kontrollkommission am vorigen Montag haben ausdrücklich erklärt, daß die eingelaufenen Beschwerden über Verstöße bei der Urwahl der Parteilagsdelegierten unerheblich sind. Weiter lacht Koenen nachzuweisen, daß gerade auf die Vorschläge des Referenten Dikmann auf dem Parteitags in Leipzig beschlossen worden ist, keine Urwahl vorzunehmen. Es sei dem Genossen Dr. Kurt Rosenfeld vorbehalten geblieben, die Beschlüsse eines Parteitags wegen beanstandeter Mandate als nicht verbindlich zu erklären. Mit solchen Mitteln hätten die Rechtssozialisten gegen uns gekämpft. Wir erklären daher, daß die Beschlüsse des Parteitags der Unabhängigen sozialdemokratischen Partei unbedingt rechtsverbindlich sind. (Starker Beifall.) Es steht außer Zweifel, daß sich die Mehrheit der Mitgliedschaften für unsere Seite entschieden hat. Der Wille der Mitgliedschaften in den Bezirken ist zweifellos zum Ausdruck gekommen. Ich bitte Sie nun, überall im Lande zu erklären, daß wir die Unabhängige Partei sind. Der dagegen mit juristischen Argumenten kommt, begeht einen offenen Rechtsbruch. Wir sind aber bereit, alle Kompromissvorschläge in der Mandatsanerkennung anzunehmen, da sie an dem endgültigen Ergebnis nichts mehr ändern. (Starker Beifall.)

Baier-München erklärt im Namen des Beirats, daß die Rechtslage auf Seiten der Linken ist. Der Parteitag wurde einberufen, ohne daß vorher Kontrollkommission und Beirat zugezogen wurden. Dagegen habe ich auch in der letzten Sitzung des Parteilagsprotestiert. Durch die Urwahl hofften die Unabhängigen im Zentralkomitee eine große Mehrheit zu erzielen, und erst jetzt, nachdem sich das Gegenteil herausgestellt hat, machen die Unabhängigen Schwierigkeiten.

Adolf Hoffmann nun beantragt Schluß der Debatte.

Rosenfeld tritt dem Antrag Hoffmann entgegen. Dann würde sich noch klarer erweisen, daß hier nicht das Recht, sondern die Macht entscheidet. (Heftige Unruhe.) Ich erhebe Einspruch dagegen, daß ich auf Koenen nicht die Antwort geben kann, die er verdient. Ich bitte Sie dringend, nicht neue Erregung in unsere Reihen zu bringen und den Antrag Hoffmann abzulehnen.

Vorsitzender Braß weist den Vorwurf, daß die eine Seite vorgewalkt werde, vor aller Öffentlichkeit zurück. Ein schriftlich formulierter Antrag Koenen, in dem beantragt wird, im Sinne des letzten Parteitags und des Statuts über die Einberufung des jetzigen Parteitags zu verfahren und sowohl die Urwahlen als auch die Wahlen, die in Konferenzen und Versammlungen erfolgten, für gültig zu erklären, wird zurükgenommen.

Bei der Abstimmung über den Schluß der Debatte ergibt sich für die Annahme eine Mehrheit, die von Dittmann angegeben wird. Nach den Ausführungen des Genossen Braß bezieht Dittmann den Delegierten, deren Mandate angezweifelt sind, das Recht, mitzustimmen. Braß stellt dazu fest, daß es bisher immer üblich gewesen ist, solange über die Mandate nicht entschieden ist, diese Delegierten bei rein geschäftsmäßigen Fragen mitstimmen zu lassen.

Genosse Dittmann erinnert an den ersten Tag, an dem schon Zweifel über die Zahl der Mandate erhoben wurden. Ich selbst habe als Vorsitzender in mehreren Fällen vermittelt und die Differenzen beseitigt und keine formalen Abstimmungen vorgenommen. Auch Braß hat das getan. Bei der letzten Abstimmung habe ich Braß gesagt, ich hindere ihn nicht, festzustellen, was die Mehrheit ist.

Darauf wird die Abstimmung nochmals vorgenommen und das Bureau erklärt sich zur Hälfte (Braß und Reitner), daß der Schlußantrag angenommen ist. Dittmann und Hoffmann können das nicht entscheiden.

Genosse Kassel macht als Berichterstatter der Mandatsprüfungskommission einige Schlußbemerkungen. Der Vorschlag, den Wegmann nicht macht, geht über die Richtlinien der Kommission hinaus. Der Kompromissvorschlag für Hamburg würde dadurch aufgehoben werden. Kassel polemisiert gegen Koenen, dessen Anzweigungen hier zu spät kommen. Das hätte er in der Zentralleitung tun können. Der Leipziger Beschluß bestimmt die Wahl der Delegierten. Der Gothaer Beschluß bestimmt die Urwahl über sachliche Dinge. (Sehr richtig!) Wir können nur feststellen, wo die Bestimmungen nicht eingehalten worden sind. Er alliert Krossard, Solingen, wo wo gegen die Bestimmungen verstoßen wurde. Die Feststellung ist notwendig, daß dieser Parteilag ein getreues Spiegelbild der Partei darstellt, da deartige Wahlverfahren gehandhabt wurden. Nehmen Sie an, was Sie wollen. In jedem Fall bleibt das Resultat das selbe.

Genosse Dittmann stellt nochmals fest, daß nur die Mandate Stimmrecht haben, die als gültig anerkannt sind.

Darauf verliest Genosse Braß die Namen der angezweifelten Mandate, die sich nicht an der Abstimmung beteiligen sollen. Bei der nunmehr erfolgten Abstimmung wird der Antrag der Mandatsprüfungskommission, alle angezweifelten Mandate als gültig zu erklären, gleichviel durch welchen Wahlgang die Mandate zustande gekommen sind, mit 224 gegen 158 angenommen.

5. Verhandlungstag.

Nachmittags-Sitzung.

Vorsitzender Braß begrüßt als Gäste die Genossen Arz...

Theodor Liebknecht: Er wendet sich gegen die Vorwürfe...

Nachdem eine Abstimmung über die Zulassung Liebknechts...

Vorsitzender Braß erklärt für sich und seine Freunde...

Genosse Tahlmann: Hamburg gibt eine Erklärung ab...

Genosse Remmele: Württemberg beantragt einen Antrag...

Genosse Ledebour tritt diesem Antrag entgegen...

Wolff Hoffmann: Wir haben drei Tage hier verhandelt...

Genosse Dittmann bittet, sich über den vorliegenden Sach...

Vorsitzender Braß ist ebenfalls der Meinung...

Genosse Roenen zieht den Antrag zurück...

Dem tritt Genosse Ledebour entgegen...

Genosse Stoecker stellt fest...

Genosse Dittmann erklärt...

Genosse Crispian erklärt demgegenüber...

Die Abstimmung.

Darauf wird die Abstimmung vorgenommen.

Es stimmen mit Ja:

- Baden: Bod, Mag, Lürsch, Beyer; Bayern: Fuchs-Münzberg...

Es stimmen mit Nein:

- Baden: Bod, Mag, Lürsch, Beyer; Bayern: Fuchs-Münzberg...

Genosse Dittmann:

Der Parteitag ist vertagt. Die Sitzung ist geschlossen.

Genosse Crispian:

Zur Geschäftsordnung beantragt Genosse Sender...

Genosse Sender:

Genossen Sender geht noch mit einigen Worten...

Genosse Sabath:

Genosse Sabath drückt seine Freude und Genugtuung...

- Galm-Offenbach, Sumpf-Mainz, Wagner-Darmstadt, Jäger...

Mit Nein stimmen:

- Bayern: Prof. Voigt-Heimbrecht, Frau Blumenthal-Hof...

Die Trennung.

Rundmehr gibt Genosse Crispian zur Geschäftsordnung...

Als Vorsitzender der USP. und auf Beschluss des Zentral...

Ein Teil dieses Parteitages hat die 21 von der 3. Kommu...

Die Delegierten, welche den Antrag Däumig-Stoecker...

Die Delegierten, die für diese Resolution gestimmt...

Die Resolution Ledebour wird einstimmig angenommen...

Zur Geschäftsordnung beantragt Genosse Sender...

Genossen Sender geht noch mit einigen Worten...

Genosse Sabath drückt seine Freude und Genugtuung...

Genosse Crispian: Zum erstenmal sind auf unserem...

Genosse Crispian: Zum erstenmal sind auf unserem...

Genosse Crispian: Zum erstenmal sind auf unserem...

Genosse Crispian: Zum erstenmal sind auf unserem...

Genosse Crispian: Zum erstenmal sind auf unserem...

Genosse Crispian: Zum erstenmal sind auf unserem...

Genosse Crispian: Zum erstenmal sind auf unserem...

Genosse Crispian: Zum erstenmal sind auf unserem...

Genosse Crispian: Zum erstenmal sind auf unserem...

Genosse Crispian: Zum erstenmal sind auf unserem...

Genosse Crispian: Zum erstenmal sind auf unserem...

Genosse Crispian: Zum erstenmal sind auf unserem...

genen lassen. Wir sind nie nur Gewerkschaftler gewesen...

Genosse Crispian: Zum erstenmal sind auf unserem...

Genosse Crispian: Zum erstenmal sind auf unserem...

Genosse Crispian: Zum erstenmal sind auf unserem...

Genosse Crispian: Zum erstenmal sind auf unserem...

Genosse Crispian: Zum erstenmal sind auf unserem...

Genosse Crispian: Zum erstenmal sind auf unserem...

Genosse Crispian: Zum erstenmal sind auf unserem...

Genosse Crispian: Zum erstenmal sind auf unserem...

Genosse Crispian: Zum erstenmal sind auf unserem...

Genosse Crispian: Zum erstenmal sind auf unserem...

Genosse Crispian: Zum erstenmal sind auf unserem...

Genosse Crispian: Zum erstenmal sind auf unserem...

Genosse Crispian: Zum erstenmal sind auf unserem...

Genosse Crispian: Zum erstenmal sind auf unserem...

Genosse Crispian: Zum erstenmal sind auf unserem...

Genosse Crispian: Zum erstenmal sind auf unserem...

Genosse Crispian: Zum erstenmal sind auf unserem...

Genosse Crispian: Zum erstenmal sind auf unserem...

Genosse Crispian: Zum erstenmal sind auf unserem...

Genosse Crispian: Zum erstenmal sind auf unserem...

Genosse Crispian: Zum erstenmal sind auf unserem...

Genosse Crispian: Zum erstenmal sind auf unserem...

Genosse Crispian: Zum erstenmal sind auf unserem...

Genosse Crispian: Zum erstenmal sind auf unserem...

Genosse Crispian: Zum erstenmal sind auf unserem...

Übergeleitet worden. Nicht nur die Theorie, sondern auch die Methoden des Bolschewismus haben in diesen Tagen ihre erste schwere Niederlage erlitten. Es hat sich neben der politischen Klugheit auch ein tiefer sittlicher Abgrund zwischen uns und Mostau. (Lebhafte Beifall.) Man glaubt die Beschimpfungen nicht, die man gegen uns ausschleudert, denn man macht im selben Atemzuge Angebote. Das sind sittliche Begriffe, die gänzlich von den unsrigen abweichen. Sinowjew hat es nicht wagen können, ein zweites Mal zu reden, weil er einsehen mußte, daß es Schranken gibt gegenüber diesen Beschimpfungen. Gegen das revolutionäre Interesse für Sowjet-Rußland ist von niemand mehr gekündigt worden, als von den russischen Kommunisten selbst. (Stürmischer Beifall.) Wir haben auf dieser internationalen Tribüne erscheinen den Genossen Martow, und schon in dem äußeren Bilde haben wir sehen können: Auf der einen Seite eine herrschende Schicht und auf der andern Seite den Vertreter der Beherrschten, und uns hat das Herz gebebt, als wir den Genossen Martow sahen — einen russischen Proletarier, der Fleisch ist von unserm Fleisch und Blut von unserm Blut, einer von den Beherrschten, einer von den Sozialisten in Rußland, gegen die der Bolschewismus in Rußland den Kampf führt. Gegen diese Methode des Terrorismus konnte kein schärferer Protest erhoben werden, als durch das bleiche und abgemagerte Antlitz des Genossen Martow, das wir auf der Parteitribüne sahen. (Sehr richtig!)

Und nach Martow kam ein Vertreter des westeuropäischen Proletariats und wir hörten vom Genossen Longuet, daß diese Bedingungen unannehmbar sind für Frankreich und für den Kampf um die Freiheit der Arbeiterklasse in Frankreich. Er erklärt, daß die Bedingungen unannehmbar sind für England. Er erklärt einen Verstoß von Illiquidität, dem Vertreter des amerikanischen Sozialismus, daß diese Bedingungen abgelehnt werden von ihm von der Partei, sowie von dem Vertreter des amerikanischen Sozialismus, dem Genossen Davis. Aber das Auftreten von Longuet hatte nicht nur negative Bedeutung. Wir schöpfen daraus die Hoffnung, daß es uns in nächster Zeit möglich sein wird, mit den französischen, englischen, amerikanischen, schweizerischen und österreichischen Sozialisten zusammenzutreten zu einer internationalen Arbeitsgemeinschaft und diese internationale Arbeitsgemeinschaft, die wird die fortgeschrittensten europäischen Arbeiterklassen derjenigen Länder umfassen, auf die es ankommt für die Durchsetzung des Sozialismus. Das ist die große internationale Bedeutung dieser Parteitage gewesen. (Lebhafte Beifall.) Sinowjew hat noch einmal, als wir den Saal verlassen hatten, von uns gesprochen als von Agenten des Kapitalismus. (Pfl!) Wir wollen nicht in seinen Ton verfallen, in den Ton des Antworthaltens und wir wollen nicht von einer bewußten Gaunerei sprechen, aber wir wollen sagen, daß uns nach diesem Ergebnis jene Beschimpfungen vollständig taft lassen, weil wir die Pflicht haben, diesen Widerstand zu führen in aller Rücksichtslosigkeit, und das laien Sie sich gesagt sein, Genossen, mit aller Entschiedenheit. (Sehr richtig!) Und wir werden einstecken einer für jeden und alle für jede einzelne Person, die angegriffen wird, ganz gleich, von wem diese Angriffe kommen. Wir werden zu ihnen haben Brüderlichkeit und unverbrüchliche Solidarität, einer mit dem andern. (Stürmischer Beifall.) Nicht ist die Partei frei und das Manifest zeigt Ihnen, daß wir arbeiten wollen. Wir wollen das Proletariat einigen im Kampfe um konkrete Ziele. Das ist ja die Kunst, proletarische Politik zu machen, daß wir Kämpfe führen, denen auch die andern aus bestmöglichem Formalgeist heraus nicht widerstreben können. Im Mittelpunkt unserer Aktionen muß immer stehen die Verwirklichung des Sozialismus. Deshalb steht im Mittelpunkt der Forderungen die Frage der Sozialisierung des Bergbaues. Wir wissen, daß alle Einzelsozialisierungen noch nicht die Verwirklichung des Sozialismus bedeuten, aber wir wissen, daß wir es zu tun haben mit einer geschlossenen bürgerlichen Front, daß im Kampfe um diese konkreten Probleme infolge dessen das Proletariat sehr rasch an die Grenze des bürgerlichen Widerstands gelangt und daß wir aus diesem Kampfe heraus sich entwickeln werden den großen Endkampf, der von bestimmten Fortschritten ausgeht, um die Eroberung der politischen Macht geführt werden muß. (Brausender Beifall.) Wir wissen, daß die Entscheidung nicht parlamentarisch zu fällen ist, sondern erzwingen wird durch die Massenaktionen des Proletariats. In diese Massenaktionen wollen wir das Proletariat führen, damit es aufsteht, sich zu zerstreuen, um ganz abstrakte Dinge willen. (Lebhafte Beifall.) Wir haben uns mit gleicher Entschiedenheit zu wenden gegen den schwächenden Reformsozialismus der Rechtssozialisten, wie gegen die Vorkämpfer der Kommunisten. Die Kommunisten leben von jener fürchterlichen Demoralisation, von jener Umwandlung aller Begriffe, die durch den Krieg erzielt worden ist, sie leben von der Degradation der Menschheit, die das fürchterliche Massenmorden der Menschen in den letzten Jahren hervorgerufen hat. (Lebhafte Beifall.) Und wir, Genossen, wir leben davon, daß die geschichtliche Entwicklung für uns ist, daß der Kapitalismus seine Totenader selbst erzeugt, daß das Proletariat, wenn diese abschließlichen Wirkungen des Krieges überstanden sein werden, zu der Einsicht gelangt wird, daß es den Kapitalismus überwinden kann, nicht durch bloße Gewaltanwendung, sondern dadurch, daß es sich fähig zeigt, geistig und sittlich sich höher zu entwickeln, als das Bürgerium. (Beifall.) Wir leben davon, Parteigenossen, daß das Proletariat in diesen Kämpfen wachsen wird, daß es reif werden wird, sittlich, geistig und organisatorisch. (Großer Beifall.) Wir leben von der aufsteigenden Vernunft und jene, die stehen an der absterbenden Dummheit. (Minutenlanges brausender Beifall.)

Genosse Berger geht auf die Äußerungen der bürgerlichen Presse über die Parteipaktung ein und stellt unter Beifall des Parteitag fest, daß jegliche Ausnahmebestimmungen gegen Kommunisten entschieden abgelehnt werden. Er vertritt jede Annäherung an die Rechtssozialisten und schließt mit der Aufforderung, die Grundzüge der unabhängigen Sozialdemokratie hochzuhalten. (Beifall.)

Genosse Breitscheid macht auf die schweren Kämpfe aufmerksam, die uns im Innern bevorstehen. Wie wir eine Kampfschule hatten, so haben wir jetzt eine bolschewistisch-russische Schule. Aber trotzdem müssen wir unsern Weg gehen. Unsere Zeit ist nicht die alternärende Zukunft, sondern die Zeit der Depression von den Illusionen. Wir müssen endlich dazu übergehen, die Kritik an Sowjet-Rußland zu üben, die vom Standpunkt des wissenschaftlichen Sozialismus aus notwendig ist. Diese Linie muß mit aller Entschiedenheit festgehalten werden, auch gegenüber den Alt- und Neukommunisten und den Rechtssozialisten in Deutschland. Wir bleiben, was wir waren. Die Diktatur des Proletariats ist keine Methode der Erlämpfung der politischen Macht, sondern ihre Behauptung. Wir müssen positiv arbeiten und und zwar so, als wenn die Revolution noch fernläge, aber auch so revolutionär, als wenn sie morgen schon vor der Tür läge. (Sehr richtig!) Wir brauchen zunächst eine Verständigung mit den westeuropäischen Parteien, um eine Grundlage zu finden für eine spätere Verbindung mit der 3. Internationale, wenn dort die Ernüchterung gekommen ist. Breitscheid wendet sich entschieden gegen die rechtssozialistische Taktik, die die französischen Sozialisten verdrängt, daß sie nichts tun im Kampf gegen die Bourgeoisie. (Lebhafte Beifall.)

Es wird Schluß der Debatte beschlossen. Genosse Crispin verzichtet auf sein Schlusswort, da feiner sei Einwendungen gegen seine Ausführungen und gegen das Manifest erhoben worden seien. Das Manifest wird hierauf einstimmig vom Parteitag angenommen. (Bravo.) Eine Resolution Barth-Holmesfeld, welche die Reichstagsfraktion beauftragt, mit aller Kraft darauf hinzuwirken, daß eine Amnestie aller politischen Gefangenen, sowie das Zurücktritt aller politischen Gefangenen hergestellt wird, und die allen hinter Kerkermauern schmachtenden Revolutionären und allen politischen Flüchtlingen den Gruß des Parteitag anbietet, wird einstimmig angenommen.

Zum 6. Punkt der Tagesordnung: Organisationsfragen spricht Genosse Lipinski. Er verliest und erläutert die einzelnen Bestimmungen des Entwurfs der Organisationskommission.

Genosse Ludwig Hagen beantragt einige Abänderungen zu diesem Entwurf. Der gesamte Entwurf wird mit den Abänderungen einstimmig angenommen. Ebenso einstimmig wird ein Antrag Löwenthal angenommen auf Schaffung einer Bildungszentrale.

Nunmehr wird das Ergebnis der Vorstandswahl bekanntgegeben: Zu Vorsitzenden mit gleichen Rechten sind die Genossen Crispin und Ledebour mit je 107 Stimmen gewählt, als Sekretäre der Genosse Dittmann und die Genossen Zieg, als Beisitzer die Genossen Brühl, Künstler, Moses, Anna Remik, Rosenfeld, Schneider, Neumann, Mathilde Wurm. In den Beirat wurden gewählt die Genossen Dittmann, Donatius, Henke, Knaut, Kürbs, Lipinski, Ludwig, Toni Sender, Simon. In die Kontrollkommission: Lore Agnes, Bod, Hugo Nagelsburg, Günther, Karsten-Peinc, Schwarz, Krausheim, Robert Bruggels. Alle diese Wahlen sind einstimmig erfolgt.

Genosse Henke dankt dem englischen Bergarbeiterkreis und schlägt eine Sympathieresolution für die englischen Bergarbeiter vor. Diese Resolution wird einstimmig angenommen.

Der Vorsitzende, Genosse Dittmann, schließt darauf mit folgenden Worten den Parteitag:

Unsere Partei, bei den Reichstagswahlen noch die stärkste Partei, ist jetzt gespalten worden. Wir haben noch wie vor auf dem alten Boden, der Teil aber, der ausgetreten ist, hat diesen grundsätzlichen Boden, der uns mit ihm vereint, verlassen. Soweit die proletarischen Massen in Frage kommen, kann die Abwanderung nur eine vorübergehende Erscheinung sein. Der ungeheure Zustrom an Mitglieder machte es uns, da wir noch mitten in dem revolutionären Geschehen stehen, unmöglich, sie alle zu geschulten Sozialisten zu machen. Auch wir wollen die Eroberung der politischen Macht, auch wir wollen, daß das Proletariat die Allherrschchaft übernehmen soll, um den Sozialismus durchzuführen. Wir müssen Klärung schaffen im deutschen Proletariat. Lassen Sie uns alle geloben, daß wir den Kampf, der uns jetzt bevorsteht, sachlich führen. Aus diesen Kämpfen wird die Konturrevolution neue Kräfte saugen und sie wird versuchen, sich wieder in den Sattel zu setzen. Dann werden wir wieder Schulter an Schulter kämpfen mit denen, die uns eben verlassen haben. (Bravo!) Wir wollen dafür sorgen, daß die Sammlung des revolutionären Proletariats unter unserm Banner sich vollzieht. Genosse Dittmann schließt mit einem begeistert aufgenommenen Hoch auf die unabhängige sozialdemokratische Partei Deutschlands. Damit ist der Parteitag geschlossen.

Resolution Ledebour:

Die USPD beharrt bei ihrem auf dem Leipziger Parteitag gefassten Beschluß, durch Zusammenschluß mit der 3. Internationale eine aktionsfähige Internationale zu schaffen, die im Bestreben der Arbeiterklasse aus den Reihen des internationalen Kapitalismus eine entscheidende Waffe für die Weltrevolution sein wird. Für erfolgreiche Aktionen bedarf die 3. Internationale auch des revolutionären Proletariats der Westländer.

Der Parteitag beharrt deshalb, daß der 2. Kongreß der 3. Internationale dadurch seine Beschlüsse der internationalen Vereinigung des Proletariats nur nicht hindernisse bereitet hat, insbesondere durch die verlangte Aufhebung der Selbständigkeit der angeschlossenen Landesparteien, durch die geforderte Zerstümmung der Gewerkschaftsinternationale, sowie durch den distinkten Ausschluß ganzer Scharen von Parteigenossen, die solche Forderung der kommunistischen Internationale grundsätzlich ablehnen.

Die bedingungslose Unterordnung der Landesparteien unter eine internationale Zentralkommission ist unverträglich mit der großen Verschiedenheit der wirtschaftlichen, kulturellen und politischen Verhältnisse der einzelnen Länder. Diese Unterordnung widerspricht auch dem Grundcharakter des proletarischen Klassenkampfes, der uns der dauernd von unbehindertem Meinungs- und Willensausgleich getragenen Mitwirkung der Massen entscheidenden Antriebe erhalten muß.

Die in § 10 der Aufnahmebedingungen geforderte Zerstümmung der Gewerkschaftsinternationale verkennt die Aktionskraft der gesamten proletarischen Emanzipationsbewegung.

Die Ausschlußforderung spaltet die Partei, lähmt ihre Aktionsfähigkeit und schädigt dadurch aufs schwerste, die revolutionäre Bewegung. Wer die Bedingungen annimmt, verpflichtet sich, laut § 17 obendrein zum Eintritt in die jetzt bereits bestehende „Kommunistische Partei Deutschlands (Sektion der 3. Internationale)“.

Wir lehnen deshalb die Aufnahmebedingungen grundsätzlich ab.

Wie in der Vergangenheit werden wir auch in Zukunft proletarische Solidarität mit Sowjetrußland wie mit allen kämpfenden ausländischen Bruderparteien jederzeit beibehalten.

Mit aller Kraft wollen wir auch weiter hinarbeiten auf die Stärkung und Ausbreitung unserer eigenen Organisation sowie auf deren Zusammenschluß mit dem gesamten revolutionären sozialistischen Proletariat. Nur durch eine solche Verfestigung der Verbindungen und Weidlichkeit, nicht aber durch Zerstümmung, Zerstümmung und Zerstückelung fördern wir die Weltrevolution. Ledebour, Rosenfeld, Toni Sender und Genossen.

Organisations-Grundlinien.

In Ergänzung der auf dem Parteitag zu Gotha, Berlin und Leipzig beschlossenen Bestimmungen für die Organisationen der USPD, hat der Parteitag zu Halle 1920 folgendes beschlossen:

Mitglied der Partei ist, der das Aktionsprogramm der USPD, beschlossen auf dem Parteitag zu Leipzig am 5. Dezember 1919, sowie die Beschlüsse der Parteitage anerkennt und die Beiträge der Partei entrichtet. Jeder die Aufnahme entscheidet der örtliche Vorstand, endgültig die Bezirksleitung.

Die Mitgliedschaft erlischt, wenn das Mitglied den Beschlüssen der Parteiorganisation nicht nachkommt, für eine andere politische Organisationspropaganda treibt, aus der Partei austritt, oder länger als 18 Wochen mit den Parteibeiträgen im Rückstand bleibt. Gegen die Überweisung der Mitgliedschaft ist Einspruch bei der Bezirksleitung und im weiteren Verfolg an den Parteitag zulässig.

Kein Mitglied der USPD, darf einer andern Organisation angehören.

Mitglieder, welche die 21 Aufnahmebedingungen der kommunistischen Moskauer Internationale anerkannt haben, haben sich damit verpflichtet, ihre Mitgliedschaft in der USPD, aufzugeben und sich der kommunistischen Partei, Sektion der dritten Internationale, anzuschließen, sie haben mit Anerkennung der Bedingungen auszuheben, Mitglieder der USPD, zu sein.

Alle diese Mitglieder sind aus den Mitgliedslisten zu streichen, sie können öffentliche Ämter oder politische Vertretungen im Namen der Partei nicht mehr ausüben.

Treten Orts-, Kreis- oder Bezirksorganisationskommissionen geschlossen der kommunistischen Partei bei, oder suchen sie unter dem Deckmantel der USPD, die Geschäfte der Kommunisten zu besorgen, so sind neue Organisationen ins Leben zu rufen.

Da nach den Unversöhnlichen Denks die Kommunisten sich selbst mit Hilfe oder Bewußt, oder Verschweigung ihrer Mitgliedschaft in andern Organisationen einschließen wollen, so ist bei Aufnahme neuer Mitglieder Vorsicht zu verfahren.

Parteiämter kann nur berufen werden, dessen Zuverlässigkeit nachgewiesen ist, oder der mindestens ein Jahr der USPD, angehört.

Zu Kandidaten für öffentliche Ämter, zu den Gemeinderäten, Bezirken-, Kreis- und Provinzialkörperschaften, Landtagen und Reichstag kann nur vorgeschlagen werden, der mindestens drei Jahre der USPD, angehört. Das gleiche gilt für die Delegation zum Parteitag. Ausnahmen können nur mit Zustimmung der Bezirks- bzw. der Zentralkommission zugelassen werden.

Die Zentralkommission besteht aus dem Vorstand und dem Beirat. Der Vorstand ist aus Berlin und Umgebung, der Beirat aus den übrigen Bezirken zu wählen.

Der Vorstand besteht aus zwei Vorsitzenden, den Sekretären und den Beisitzern, unter denen ein Genosse sein muß.

Die Zentralkommission hat die politischen und organisatorischen Geschäfte zu führen, Massenaktionen vorzubereiten und durchzuführen, die grundsätzliche und taktische Haltung der Parteipresse zu besorgen und die geschäftlichen Unternehmungen der Partei zu leiten. Sie hat das Recht, an den Zusammenkünften aller Parteiverfassungen beratend teilzunehmen; bei Ausstellungen von Bewerbern zu den Landtagen und dem Reichstag mitzuberaaten und zu entscheiden.

Die Zentralkommission ist nicht besetzt, Kreis- oder Bezirksangelegenheiten zu besorgen. Beschlüsse zu deren Besorgung hat sie an die Bezirksleitungen abzugeben.

Der Parteitag legt sich aus Delegierten der Bezirksorganisationskommissionen zusammen. Die Gesamtzahl der Delegierten darf nicht mehr als 100 betragen. Die Verteilung der Delegierten auf die einzelnen Bezirke erfolgt nach der Mittelberechnung, für die am letzten Parteitag festgesetzte Pflichtteilnahme an die Zentralkommission abgeleitet werden. Jeder Bezirk erhält mindestens einen Delegierten.

Die wichtigsten Mitglieder sind im Verhältnis ihrer Zahl bei der Delegiertenwahl zu berücksichtigen.

Beschlüsse auf dem Parteitag haben nur die gewählten Delegierten.

Soweit Beschlüsse der Parteitage von Gotha, Berlin und Leipzig mit diesen Vorschriften im Widerspruch stehen, gelten sie als aufgehoben.

Der Parteitag bestätigt den Beschluß des Berliner Parteitags auf Einsetzung einer Organisationskommission. Die Kommission besteht aus den Genossen:

Geistlich, Köpcke, Krawinkel, Hamburg, Wöhe, Nieberbach, Frau Remik, Berlin, Brandes, Wandenburg, Toni Sender, Frankfurt, Reichner, Dresden, Ludwig Hagen, Lipinski, Leipzig, Dittmann, Frankfurt, Blum, tritt, Hof, Eisenberg, Bremen.

Die Kommission hat unverzüglich neue Entwürfe für die Partei auszuarbeiten, den Genossen zu unterbreiten und dem nächsten Parteitag zur Beschlußfassung vorzulegen.

Die Tagung der Neu-Kommunisten.

Halle, 18. Oktober.

Nach dem Auszug der Unabhängigen Sozialdemokraten aus dem Tagungslokal des Parteitag hielten die allein gebliebenen Neukommunisten eine Tagung ab. Zuerst erfolgten die voraussetzenden „Rechtserwägungen“, die Däumig und Koenen abgaben. Däumig verlas folgende beschließende Erklärung Sinowjews: „Als Vertreter und Vorsitzender der Exekutive der kommunistischen Internationale erkläre ich im Auftrag der Exekutive der kommunistischen Internationale, die Exekutive fordert nicht von der USPD, den Austritt der USPD, aus seinem 21 Punkte ist das herauszulesen. Die Exekutive ist überzeugt, daß nach dem Verlassen des Parteitag durch die opportunistischen Elemente, die jetzt in Deutschland eine vereinigte kommunistische Partei bilden wird aus der überlebenden Vereinigung der USPD, der USPD, und allen andern wirklich proletarischen Elementen.“

Dann nahm Sinowjew selbst das Wort und bewillkommte die Neukommunisten in der 3. Internationale. Die Unabhängige Partei hat sich als erste von den reformistischen Elementen getrennt. Es ist ein Irrtum zu glauben, daß die Einheit des Proletariats unter allen Umständen die Hauptsache sei; im Gegenteil, wenn sich die reformistischen Elemente von einer revolutionären Arbeiterpartei abspalten, so ist das nur zu begrüßen. Die Unabhängige Partei hat heute bewiesen, daß es trotz der Scheidemanns nach den den Arbeitern in Deutschland gibt. Ein Teil der Abgewanderten wird sicherlich zu uns zurückkehren, die andern mögen dorthin gehen, wohin sie gehören, zur Bourgeoisie.

Die Luft ist rein, nachdem die Agenten der Bourgeoisie gegangen sind. Doch schlage ich Ihnen im Namen der kommunistischen Internationale vor, sofort einen Vertreter in das Exekutivkomitee zu entsenden. (Lebhafte Bravo.) Ich heiße Sie nochmals in der kommunistischen Internationale willkommen. Es lebe die kommende vereinigte kommunistische Partei Deutschlands, es lebe die Weltrevolution! (Stürmischer Beifall.)

Die Neukommunisten gaben sich dann einen Vorstand. Als Vorsitzende wurden Däumig und Ab. Hoffmann, als Sekretäre Stöcker, Koenen, Göbel und Berta Braunthal, als Beisitzer Eichhorn, Kurt Geier, Richard Müller, Schindler und Maria Krenschke gewählt. Der Beirat wird zusammengesetzt aus: Braß, Krenschke, Stuttgart, Delsner-Halle, Meyer-Kilnberg, Hershfeld, Berlin, Thälmann-Hamburg, Road-Offenbach. Die Kontrollkommission aus: Frieß-Rain, Friedrich Geier-Leipzig, Täufer-Bodum, Kleinert-Hannover, Hejn-Suhl, Heidemann-Königsberg und Frau Reichardt-Berlin.

Nach kurzen Begrüßungsansprachen des Norwegers Grepp, des Vertreters der Jugendinternationale Arnold-Basel und der Vertreterin der Schweizer Linksozialisten, Grimm, wurde die Sitzung auf Sonntag vertagt.

Halle, 17. Oktober.

Däumig hält darauf ein etwa einundzwanzigminütiges Schlusswort; das ziemlich einträglich vorgetragen, auf die Delegierten erwidert wird. Wiederholt muß der Vorsitzende mit der Glocke zur Ruhe mahnen. Däumig führt u. a. aus: „In der bürgerlichen Presse bis hinein in die der USPD, werde man diesem Parteitage die Besur ausstellen, daß er ein Parteitag der Zerstümmung gewesen sei. Man solle sich dadurch nicht irremachen lassen. In kurzer Zeit werde die Konsolidierung der revolutionären Proletariats kommen und zum Ausgangspunkt für eine größere Aktivität der Massen werden. Über die Witzungen der nächsten Zeit hinaus müßten die Richtlinien für die revolutionären Aufgaben herausgearbeitet werden. Wie auf seinem Parteitage zuvor habe die große internationale Perspektive im Mittelpunkt der Verhandlungen gestanden. Selbst frühere internationale Kongresse hätten keinen so hohen geistigen Inhalt gehabt. Wir werden vielleicht schon in der nächsten Zeit zur Aktion bereit sein. In der Frage der Arbeitslosen und der Kontrolle der Produktion werden wir in Konflikte mit der Gewerkschaftszentralkommission geraten. So schnell wie möglich müssen die Moskauer Beschlüsse durchgeführt werden. Der Anschluß an die kommunistische Internationale ist vollzogen, nunmehr muß an das Proletariat aller Länder appelliert werden, daß sie uns nachfolgen. Dieser Parteitag habe seine Beschlüsse nach allen Regeln der proletarischen Demokratie gefaßt, sie müssen für alle bindend sein. Die andere Seite werde alles versuchen, um sich in dem Besitz des Parteiapparates zu halten, aber wenn ihnen das nicht gelingt, so werden sie noch schneller abwirtschaften als die Rechtssozialisten. Die größte Schwierigkeit bestehe in der Verpfändung der Aufnahmebedingungen, eine einheitliche Sektion der kommunistischen Internationale zu schaffen. Bevor es zur Verschmelzung kommt, werde es noch eine Weile von Meinungen geben. Der Parteitag werde diese aber dabei keine Rolle spielen. Die Selbständigkeit der USPD, müsse bis zur endgültigen Regelung erhalten werden. Unter der Leitung eines Vertreters der Moskauer Exekutive müßten jetzt die Verhandlungen mit der USPD, geführt werden, um Richtlinien zum Zusammenstoß aufzustellen. Der Schlüsselpunkt kann nur durch einen gemeinsamen Parteitag gesetzt werden. Für politische Aktionen könne schon jetzt eine Verständigung herbeigeführt werden, außerdem seien lokale Aktionsgemeinschaften zu bilden. In dem bevorstehenden Kampf der Meinungen

Sollte man die persönliche Seite nicht in den Vordergrund rücken, den auch bei den Gegnern der Bedingungen seien viele Kampfgeister, die man noch gewinnen könne. Däumig schloß seine Ausführungen mit einem Hoch auf die Kommunistische Internationale.

Auf Antrag von K e m m e r s werden die vom Leipziger Parteitag eingesetzten Kommissionen für die Organisation und für das Programm für aufgelöst erklärt, da jetzt die Bedingungen und Thesen der 3. Kommunistischen Internationale allein maßgebend seien.

Darauf schließt B r a h die Verhandlungen um 1/2 12 Uhr, die Vertreter der Bezirke halten noch eine besondere Sitzung ab. B r a h eröffnet die Sitzung um 11 Uhr.

Er verliest eine Proklamation, die an das ganze Proletariat gerichtet ist. Es heißt darin, daß die Zeit des Brüderzwieses vorüber sei (!) und die Bahn zum Zusammenstoß frei sei. Die Vereinigung aller revolutionären Elemente zu einer kommunistischen Massenpartei stehe unmittelbar bevor. Jetzt müsse der Kampf gegen die Todfeinde des Proletariats aufgenommen werden. Es gebe nur einen Ausweg, die soziale Revolution. Die Proklamation schließt. Erwartet die Kampfpartei. Es lebe die kommunistische Internationale, es lebe die Weltrevolution. Sie wird erlassen im Namen des Parteitags und der Zentralkommission.

B r a h verliest ferner einen Aufruf an die Parteigenossen. Es heißt darin: Durch die Entscheidung des Parteitags habe eine rechtsstehende Gruppe den Parteitag verlassen und die Partei zerissen. Was Scheidemann getan habe, das sei jetzt von Hilferding, Crispian, Dignmann wiederholt worden. Sie seien dem kämpfenden Proletariat in den Rücken gefallen. Bei der Abstimmung hätten sich 111 000 Mitglieder für und 81 000 gegen die dritte Internationale ausgesprochen. Der rechte Flügel werde jetzt schlimmere Methoden an als die Ehert und Genossen. Sie betrachten die Einrichtungen der Partei als ihr persönliches Eigentum und versuchen die aktiven Elemente aus der Partei zu drängen. Sie haben eine heimtückische Vorverlegung des Parteitags und eine überstürzte Urwahl vorgenommen und eine demagogische Herrschaft über die Parteipresse ausgeübt. Sie wollten die Spaltung. (1) Eine Gruppe rechtsstehender Führer unternehme es jetzt, die Front der revolutionären Arbeiter zu spalten. Sie haben aber nicht mehr das Recht, im Namen der Partei zu sprechen, sie sind nicht mehr als zur Partei gehörig zu betrachten.

Rechte bemängelt an dem zweiten Aufruf, daß darin nicht der Weg zu einer gemeinsamen Aktion mit den Kommunisten gezeigt werde, man werde in den örtlichen Organisationen auf die Vereinigung drängen. Es solle darauf hingewiesen werden, daß erst ein gemeinsamer Parteitag mit den Kommunisten entscheiden solle, vorher dürfe örtlich nichts unternommen werden.

B r a h legt dazu, daß der Aufruf sich nur an die Parteigenossen wende, was B e h n s wolle, werde besonders behandelt werden. Man solle jetzt über diese Frage nicht diskutieren.

B r a h: Es sollten noch die Hütetfrage, die Stellung der Partei zu den Gewerkschaften und Organisationsfragen behandelt werden, der größte Teil der Delegierten drängt aber nach Hause. Da wir aber bald in einem neuen Parteitag kommen müssen, der die endgültige Entscheidung zu treffen hat, brauchen weitere Punkte jetzt nicht mehr behandelt zu werden.

Gewerkschaftsbewegung.

Der Gemeindefabrikarbeiterstreik beendet.

Der Ausstand der Leipziger Gemeindefabrikarbeiter ist nunmehr beendet. Am Sonnabendmorgen nahmen die Gemeindefabrikarbeiter Stellung zu den Drohreden der Beschlüssen. Im Verlauf der lebhaften Aussprache benutzte ein Vertreter der Union, der sich durch eine Streikkarte Eintritt verschafft hatte, die Gelegenheit, den Ausstand als verloren hinzustellen, die Gewerkschaften als überflüssig zu erklären und Propaganda für die Union zu machen. Das Ergebnis dieses Zersplitterungsversuches zeigte sich in der Abstimmung: Sie war eine glatte Ablehnung der unheimlichen Methoden. Denn obwohl die Dresdener Verhandlungen nicht gebräut haben, was die Gemeindefabrikarbeiter forderten, nahmen die Versammelten doch das Angebot an und zwar mit 1747 gegen 408 Stimmen bei 82 Stimmenthaltungen.

Das Ergebnis des Ausstandes ist eine Erhöhung der Löhne und der Kinderzulagen. Vom 1. Oktober d. J. ab werden für männliche Arbeiter folgende Stundenlöhne gezahlt:

gelernte Arbeiter 5.10 Mk.
angelernte Arbeiter 4.50 Mk.
ungelernte Arbeiter 4.05 Mk.

Arbeiter von 19-21 Jahren erhalten einen um 50 Pfa., solche von 18-19 Jahren erhalten einen um 90 Pfa. und solche von 17-18 Jahren erhalten einen von 1.20 Mk. geringeren Stundenlohn.

Die Kinderzulagen werden von 30 auf 40 bzw. 50 Mk. monatlich erhöht. Dieses Abkommen gilt bis zum 31. Januar 1921 und kann dann für den 31. März 1921 gekündigt werden.

Eine besondere Aufstellung des Erzielten wird noch durch die Organisation der Gemeindefabrikarbeiter bekanntgegeben werden.

Wie die Arbeiterunion die Gewerkschaften bekämpft.

Von der Gewerkschaftskommission für Berlin und Umgebung werden wir um Aufnahme folgender Abwehr gebeten:

Der Kampfruf, Organ der Allgemeinen Arbeiterunion, hat in seiner Nr. 22 wieder einmal einige Proben seiner Unfähigkeit und demagogischen Kampfesweise abgeliefert. Wir könnten über seine Ausführungen zu unserm Geschäftsbericht über das Jahr 1919 mit Stillschweigen hinweggehen, denn alle Arbeiter — auch die Anhänger der Arbeiterunion — die den Verband nicht völlig verloren haben, werden über die giftigsten Schlußfolgerungen der Betrachtung unseres Geschäftsberichts für 1919 mit Kopfschütteln quittieren, wenn eben nicht der Lügenhaufen, den die Kampfruf-Redaktion in einem kurzen Artikel unterzubringen imstande ist, Zeugnis davon ablegen würde, wie tief die Felle und Anhänger der Arbeiterunion bzw. deren Urteilskraft eingestrichelt wird. Jedem halbwegs Einsichtigen wird hieraus klar, daß die Allgemeine Arbeiterunion solcher Mittel bedarf, um ihre Anhänger in der Hand zu behalten.

Nach der Nr. 22 des Kampfrufs betragen die Einnahmen der Berliner Gewerkschaften im Jahre 1919 über 11 Millionen, die Ausgaben 6 490 000 Mk. Diese Zahlen sind glatt erlogen! Weiter führt der Artikel aus:

Die Einnahmendeckung liegt so aus: Für Streikunterstützung 51 700 Mk., für Arbeitslosenunterstützung 780 000 Mk., für Krankenunterstützung 1 150 000 Mk., für Verwaltung, Beamte und Sonstiges 4 468 300 Mk., für Reservefonds 6 000 000 Mk., Summa: 11 490 000 Mk.

1. Beispiel: 51 700 Mk. auf 47 Verbände verteilt, macht pro Verband 1100 Mk. Schlußfolgerung: Demnach ist verdammt wenig für den „Kassentempel“ angewendet worden.

2. Beispiel: Ausgabe für Krankenunterstützung 1 150 000 Mk., Ausgabe für Arbeitslose und Streik 811 000 Mk., das macht eine Mehrausgabe für Krankenunterstützung von 338 300 Mk. Schlußfolgerung: Demgemäß wären die Verbände überwiegend Krankenunterstützungskassen.

3. Beispiel: Gesamtausgaben 6 430 000 Mk., davon an Kranken-, Streik- und Arbeitslosenunterstützung 1 961 700 Mk., übrigen 4 468 300 Mk. für persönliche, sächliche und sonstige Verwaltungskosten. Hinzu kommt der Kampf- resp. Reservefonds von 6 000 000 Mk. Schlußfolgerung: Somit sind die Gewerkschaften Berlins überwiegend Verbandsbeamtenversorgungsanstalten und Zuschußkassen für Gewerkschaftsagitatoren; im Nebenweg Unterstützungskassen mangelhafter Art. Nicht nur in Berlin, anderwärts ist es ebenso.

Zur Steuer der Wahrheit führen wir im Nachfolgenden die im Geschäftsbericht der Gewerkschaftskommission Berlins und Umgebung für das Jahr 1919 niedergelegten Zahlen an:

Die Einnahmen für 1919 betragen 82 269 740 Mk., die Ausgaben 82 760 005 Mk. Diese verteilen sich wie folgt: Streikunterstützung 25 265 910 Mk., Maßregelungsunterstützung 109 428 Mk., Reiseunterstützung 38 295 Mk., Arbeitslosenunterstützung 7 893 319 Mk., Krankenunterstützung 1 407 597 Mk., Sterbegeld 280 364 Mk., Invalidenunterstützung 211 959 Mk., Rechtschutzunterstützung 28 870 Mk., besondere Unterstützung 199 671 Mk., an die Hauptkasse 7 216 708 Mk., drückliche Ausgaben 8 374 388 Mk., andere Ausgaben 1 640 497 Mk., Summa: 82 760 005 Mk.

Die vom Kampfruf aus den Zahlen des Geschäftsberichts gezogenen Beispiele und Schlußfolgerungen erweisen sich hiernach als pure Schwimmbel, schamlose Verhöhnung der Arbeiter und gemeine Verleumdung der Berliner Gewerkschaften.

Die Sverre über die Baustelle von Edmund Becker in Leubuscher Straße, ist aufgehoben, da mit der Firma eine Einigung erzielt wurde.

Deutscher Bauarbeiterverband, Bezirksverein Leipzig.

Die neunte Tagung des Ausschusses des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes am 4. Oktober vollzog die Wahl der Delegierten zum Internationalen Gewerkschaftskongress. Die Wahl geschah nach Industriegruppen und hatte folgendes Ergebnis: Für die Gruppe Baugewerbe, keramische und Glasindustrie: P a e p l o w (Bauarbeiterverband), Stellvertreter S t r e i n e (Malerverband); Nahrungs- und Genussmittelindustrie, Fabrikarbeiter: S c h m i d t (Landarbeiterverband), Stellvertreter B r e n n (Fabrikarbeiterverband); Graphische Gewerbe Papierindustrie, künstlerische Berufe: S e i g (Buchdruckerverband), Stellvertreter H a u e i s s e n (Buchbinderverband), Bekleidungs-, Textil- und Lederindustrie: S i m o n (Schuhmacherverband), Stellvertreter J ä d e l (Textilarbeiterverband); Handels- und Verkehrsgewerbe, Gemeinde- und Staatsarbeiter: S c h e f f e l (Eisenbahnerverband), Stellvertreter U r b a n (Angestelltenverband); Bergbau, Metall- und Holzindustrie: D i g m a n n (Metallarbeiterverband) und H u e (Bergarbeiterverband), Stellvertreter K l e b e (Maschinen- und Holzwerkerverband) und T a r n o w (Holzarbeiterverband).

Eine lebhafteste Aussprache entspann sich beim 8. Punkt der Tagesordnung: Leistung von Extrabeiträgen für den Bundesvorstand. Der Bundesvorstand beantragte für das Jahr 1920 einen Extrabeitrag von 20 Pfa. für jedes Mitglied der angeschlossenen Gewerkschaften und für das nächste Jahr einen solchen von 30 Pfa. Bundesfaktoren K u b e begründete den Antrag mit der allgemeinen Teuerung und mit der Steigerung der Ausgaben, die dem Bundesvorstand zugewiesen worden sind. Die angeschlossenen Gewerkschaften erkannten einmütig die Notwendigkeit an, daß die Einnahmen des Bundesvorstandes vergrößert werden müssen, und daß die Angestellten des Bundesvorstandes in ihrer letzten geringen Zahl und bei der Beschränktheit der ihnen zur Verfügung stehenden Räumlichkeiten unmöglich ihre Aufgaben bewältigen können. Beschlossen wurde, auf die Rückzahlung der Beiträge zu verzichten, die die Verbände zur Unterstützung der notwendigen Gewerkschaftsmitglieder in Deutsch-Oesterreich vorgestreckt haben, wodurch sich die Zahlung der Extrabeiträge für das laufende Jahr erübrigt. Für das Jahr 1921 wurde der vom Bundesvorstand beantragte Extrabeitrag bewilligt.

Die Bergarbeiter des Beckens von Charleroi (Belgien) haben beschlossen, am 16. Oktober kollektiv die Streikandrosung zu übernehmen im Falle der Tagelohn nicht um 5 Franc erhöht wird.

Die Reaktion in Frankreich. Gegen die Confédération Générale du Travail ist eine neue Untersuchung eingeleitet worden. Der französische Gewerkschaftsbund soll sich durch die Aufnahme der Gewerkschaft der Beamten gegen das Gesetz von 1884 vergriffen haben. Zoubaux und andere Mitglieder des Verwaltungsrates sind bereits vom Untersuchungsrichter vernommen worden.

Gerichtssaal.

Erzwungene Freilassung von Untersuchungsgefangenen. Das Landgericht Königsberg i. Pr. hat am 31. Januar den Stadtverordneten Schriftsteller Dr. Max Heydemann, den Kaufmann Max S e n d e l und drei weitere Angeklagte wegen Mordtätigkeit zu je 6 Monaten Gefängnis verurteilt. Am 1. Mai 1919 fand auf einem öffentlichen Platz in Königsberg eine Versammlung der U.S.P. statt. Nach deren Schluß bildete sich ein Zug von etwa 200 Personen, welcher vor das Gefängnis zog, um die Freilassung von zwei in Untersuchungshaft befindlichen Parteigenossen durchzusetzen. Die fünf Angeklagten gaben sich als Abordnung der Menge zum 1. Staatsanwalt C l a a h n und forderten die Freilassung der beiden Gefangenen. Wenn der Aufforderung nicht stattgegeben werde, hätte man morgen Generalstreik und Blutvergießen sei unvermeidlich. Der Staatsanwalt erbat sich erst Bedenkzeit und ordnete dann tatsächlich die Freilassung der beiden Untersuchungsgefangenen an. Das Gericht hat in dem Verhalten der Angeklagten eine Mordtat erblickt, da die Ankündigung des Verbrechens der Kern und der Schlüsselpunkt der Unterhandlung war. Gegen das Urteil hatten die Angeklagten Revision eingelegt.

Der Angeklagte Heydemann vertritt die Meinung, daß er sich nicht als Mörder bezeichnen will. Entgegen dem Antrag des Staatsanwalts hat das Landgericht das Urteil nicht nur gegen die beiden Beschuldigten, sondern auch gegen die drei andern ebenfalls verurteilten Angeklagten auf und verwies die Sache an das Landgericht zurück. Der Tatbestand der Mordtat mit einem Mord ist nicht ausreichend festgestellt. Der Bedrohte muß das Gefühl haben, daß der Täter die Drohung selbst ausführen kann. Das Landgericht hat aber nur festgestellt, daß die Angeklagten dem 1. Staatsanwalt gesagt haben, sie würden die Volksmenge nicht hindern können, die Gefangenen zu befreien, und sie würden der Sache freien Lauf lassen. Dies genügt nicht für den Tatbestand der Mordtat und es mußten, wenn die Angeklagten verurteilt werden sollten, erst andre Feststellungen getroffen werden.

Landgericht.

Wegen Kaninchenbiefstahls hatte sich der Schlosser Georg B o g e l, 1900 in Gotha geboren, zu verantworten. B., der nach seiner Entlassung vom Militär zu den Baltikumern ging, kam nach seiner dortigen Entlassung Ende 1919 Anfang März nach Leipzig, wo er in Gemeinschaft mit dem Schlosser K. in Leipzig-Lindenau, Fischerische Straße, vier Kaninchen stahl. Er wollte diese Kaninchen in dem Lokal Kleine Markthalle verkaufen, wobei er aber verhaftet wurde. Später mußte er wegen Sphixis ins Krankenhaus eingeliefert werden. Nach seiner Entlassung ging er im April zu den Zeitreisewilligen, wurde hier wieder wegen Sphixis in ein Lazarett eingeliefert, aus dem er im Mai entließ. Er wandte sich nach Magdeburg, wo er auf dem Bahnhof einem Soldaten die Papiere stahl. Auf die gestohlenen Papiere fuhr er nach Dortmund und von dort fuhr er mit einem Militärtransportzug nach München, wo er wieder in Haft genommen wurde. Das Gericht verurteilte Bogel wegen Diebstahls der Kaninchen zu fünf Monaten Gefängnis. Von der Untersuchungshaft wurden ihm zwei Wochen angerechnet.

Wuchergericht.

Preisverbrei mit Streichhölzern. Der Händler W i l l i S., der Produzentenhändler Paul S. und die Delikatessenhändlerin Hedwig P. waren wegen Verletzung der Höchstpreisverordnung für Streichhölzer angeklagt. Ein fleißiger Großhändler W i l h e l m hatte den Angeklagten deutsche Streichhölzer als „echte Schweden“ verkauft. Der Angeklagte W. S. hatte von dem W i l h e l m auf Zurechen zu e i K i s t e n für 8000 M a r k gekauft; da er selbst so viel Geld nicht besch., nahm er sich einen zweiten dazu. Diese Streichhölzer wurden auf dem Königsplatz die Schachtel für 45 bis 50 Pfa. verkauft. Eine Kiste wurde im ganzen für 4300 M. verkauft. Da S. keinen Verkaufstand auf dem Königsplatz besaß, wurde er von der Polizei weggeschickt. Später wurden die noch nicht verkauften Streichhölzer von der Woihschutzpolizei beschlagnahmt. Wie der Händler W. S. war auch der Produzentenhändler P. S. auf das Angebot des W i l h e l m hereingefallen. S. wollte die für 5000 M a r k gekaufte Kiste Streichhölzer nicht in seinem Geschäft verkaufen, sondern an eine Verwandte für Gefüllgel und Eier weitergeben. Er hat 8 P a d an die Verwandte abgegeben und dafür entsprechend andre Ware erhalten. Der Rest ist beschlagnahmt worden.

Die Delikatessenhändlerin S. P. hat gleichfalls eine Kiste für 4500 M a r k, entgegen dem Willen ihres Mannes, gekauft. Sie hat bisher nie Streichhölzer in ihrem Geschäft geführt, nur der ständigen Nachfrage ihrer Kundschaft wegen habe sie sich entschlossen, diese Streichhölzer zu kaufen. Sie habe am andern Tag die Ware wieder zurückgeben wollen, aber auf Drängen der Kundschaft habe sie die Kiste geöffnet und ca 5 Pakete, die Schachtel zu 50 Pfa., verkauft. Von einem bestehenden Höchstpreis habe sie keine Kenntnis gehabt. Sie habe sich in einem andern Geschäft über den Preis der Streichhölzer erkundigt und den Befehl erhalten, wenn sie die Streichhölzer für 45 Pfa. gekauft, so müsse sie sie für 50 Pfa. verkaufen.

In allen drei Fällen hat W i l h e l m erklärt, es seien Auslandsstreichhölzer, für die kein Höchstpreis bestünde. In Berlin würde die Schachtel mit 60 und 70 Pfa. verkauft. Die Angeklagten W. S. und S. P. haben erst, als sie die Kisten geöffnet haben, gesehen, daß es keine Auslandsware, sondern Ware aus Anhalt war. Da sie die Ware schon bezahlt hatten, haben sie dieselbe behalten. Die S. P. hätte, da sie erst vom Lande nach der Stadt gekommen sei, keine Kenntnis vom Unterschied zwischen ausländischen und deutschen Streichhölzern gehabt. Das Urteil lautete wegen Preisverletzung und Verletzung der Höchstpreisverordnung bei W. S. auf eine Woche Gefängnis und 500 Mark, gegen S. P. und S. P. je 200 Mk. Geldstrafe.

Briefkasten der Redaktion.

P. S. 2. 1. u. 2. Die Verordnung zum Schutze der Kriegsteilnehmer gegen Zwangsvollstreckungen ist bis zum 1. Januar 1921 verlängert worden. Zwangsvollstreckungen gegen Kriegsteilnehmer sind nur mit Bewilligung des Vollstreckungsgerichts zulässig, das den Schuldner zu hören hat. 3. Sie sind verpflichtet, alle verfügbaren Mittel zu Ihrem und der Kinder Unterhalt gleichmäßig zu verwenden. — 1 Mk. Parteikasse.

D. R. 150. Von einem jährlichen Einkommen von 1500 Mk. ist ein Steuerbetrag von 141 Mk. zu zahlen.

P. S. 100. Ueber die Annahme des Kindes wird ein Vertrag geschlossen, der vom Gericht zu bestätigen ist. Der Annehmende darf keine ehelichen Abkömmlinge haben, muß 60 Jahre und mindestens 18 Jahre älter als das Kind sein. Wer noch nicht 60 Jahre alt ist, muß sich an die Regierung wenden, die Dispens erteilt. — 1 Mk. Parteikasse.

P. S. 27. Wir können Ihnen selber die Adresse nicht angeben. Vielleicht ist die Kreisbauernschaft in der Lage, Ihnen Auskunft zu geben.

P. S. 200. Weigert sich der Landwirt, eine angemessene Entschädigung zu zahlen, so müssen Sie vor Gericht klagen.

M. S. 101. Ist die Frau Erbin des Nachlasses gewesen, und besteht jetzt keine Gütertrennung, so müssen die Schulden bezahlt werden.

P. M. D. 9 1900. 1. Darüber gibt Ihnen das Standesamt Auskunft. 2. Das uneheliche Kind hat ein Erbrecht auf den Nachlaß seiner Mutter. 3. Ja. 4. Ja! — 1.50 Mk. Parteikasse.

M. T. 101. Wie beantwortet in der Regel nur Rechtsfragen. Auch wissen wir wirklich nicht, wie man am besten (ohne Mörser) trockene Kräuter pulverisiert. — 1 Mk. Parteikasse.

Arbeiter! — wer! neue — **Volkszeitungsleiter.**

Mündliche Bekanntmachungen.

Maul- und Klauenleuche ist ausgebrochen in dem Grundstück Coburger Straße 7. Gemäß §§ 161 und 165 der Bundesratsvorschriften vom 7. Dezbr. 1911 um Viehschutzgesetz und § 41 der sächsischen Ausführungsverordnung vom 7. April 1912 wird das Grundstück als Sperregebiet und der 24. Polizeibezirk als Beobachtungsgebiet bestimmt.

Erlaichen ist die Suche in den Grundstücken Gräfstraße 19/21 und Döbener Weg 17 m. Der 17. und 4. Polizeibezirk bleibt Beobachtungsgebiet und die Grundstücke Döbener Weg 17 a-p bleiben Sperregebiet.

Leipzig, am 15. Oktober 1920.
Gef.-M. 1. Der Rat der Stadt Leipzig.

Tauha. In den Grundstücken Leipziger Straße 41, Bismarckstraße 7 und Schulstraße 3 ist die Maul- und Klauenleuche ausgebrochen. Sperrebezirk: Tauha, Stadtrat Tauha.

Infolge des kolossalen Andrangs wird der Vortrag wiederholt.

Reinh. Gerling - Berlin

pricht im Elysium, Eisenstrasse 72, am Mittwoch, dem 20., und Donnerstag, dem 21. Oktober, abends 7^{1/2} Uhr, nochmals über:

Warum das Weib am Manne leidet und der Mann am Weibe.

(Die wahren Ursachen unglücklicher Ehen.)

Karten im Vorverkauf zu 6, 4, 3 u. 2 Mk. inklusive Steuer, bei Max Dietrich, Bismarckstraße 1, Herrn Dietrich, Ballische Straße 24, Kunsthandlung Louis Bernisch, Goethestraße 6, sowie an der Abendkasse von 6^{1/2} Uhr an.

Achtung Liebertwolkwitz Achtung

Dienstag, den 19. Oktober, abends 7^{1/2} Uhr

in den Drei Linden

Oeffentliche Versammlung.

Thema:

Die deutschen Arbeiter und die 3. Internationale.

Referent: Genosse Hagemann.

suden Connowitz suden

Seute Montag, den 18. Oktober, abends 7^{1/2} Uhr

in den Friedrichshallen

Oeffentliche Versammlung.

Thema:

Die deutschen Arbeiter und die 3. Internationale.

Referent: Genosse Schumann.

K. P. D. (Sektion der Kommunist. Internationale.)